

UnAufgefordert

Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität
Februar 1997

9. Jahrgang



Hasse
ma ne

Mark?

Die Berliner **Finanzen** sind in einem desolaten Zustand. UnAufgefordert
fragte: Warum ist **Berlin pleite?** Die Antworten **ab Seite 4.**

Skeptiker



Wissensvorsprung durch kostenloses 14tägiges Probestudium.

Studenten sind bekannt für ihren wachen Verstand und ihr ausgeprägtes Kritikvermögen.

Darauf setzen wir. Nicht nur weil wir möchten, daß Sie uns 14 Tage lang einer intensiven Prüfung unterziehen, sondern auch und gerade, weil Ihr Urteil und Sie uns so wichtig sind.

Deshalb finden Sie jetzt neben vielen anderen positiven Veränderungen in der Berliner Morgenpost den neuen, regelmäßigen Informations-Service über alles Wichtige und Wissenswerte aus den Berliner Hochschulen und Universitäten.

Überzeugen Sie sich dabei von der umfassenden Berichterstattung in all jenen Bereichen, die Sie zu Recht von Ihrer Zeitung erwarten. Und profitieren Sie davon besonders im lokalen und hauptstädtischen Bereich durch

eine besonders intensive Berichterstattung aus Berlin – dem Ort, wo Sie Ihr heutiges Leben und Ihre Zukunft maßgeblich gestalten.

Dabei möchten wir Ihnen helfen. Durch eine gut gemachte, weil gut gedachte Zeitung, die den kritisch-konstruktiven Journalismus verstärkt in den Vordergrund stellt.

Gehen Sie 14 Tage mit der Berliner Morgenpost in Klausur. Nach dieser Zeit endet die Lieferung automatisch – Skeptiker gehen also keinerlei Risiko ein. Falls wir Sie aber überzeugt haben, gibt es extra für Sie das besonders günstige Studenten-Abonnement. Für nur 15,90 DM im Monat.

**Einfach Postkarte abschicken oder anrufen: 030/198
12. Täglich von 8 – 20 Uhr.**

BERLINER MORGENPOST

BERLINER ALLGEMEINE

Wir bringen es zur Sprache

Editorial

Während diese UnAuf in den letzten Züge lag und sich auf den Weg in die Druckerei machte, tobte noch der StuPa-Wahlkampf. Inzwischen ist die Zeitung erschienen und zumindest das vorläufige Wahlergebnis liegt vor. Vielleicht hat ja auch jemand das Wahlergebnis angefochten – Wer weiß? Sollte das endgültige Ergebnis der Wahl zum 5. StuPa vor Drucklegung der nächsten Nummer bekannt sein, teilen wir es Euch selbstverständlich mit.

Bis dahin gibt es im Mittelteil ein ausführliches !fake zur Berlinale zu lesen. Zum Raus- und Mit-in's-Kino-nehmen.

Unser Titel beschäftigt sich diesmal mit dem Berliner Haushalt (S. 4). Auf diesen, und ein kleines bißchen auf Adlershof, geht Michaela Schreyer in ihrem Interview (S. 6) ein. Ausführlicher wird das Thema Adlershof im Politik-Teil behandelt (S. 12-16). Zum ersten Mal haben wir übrigens in der UnAuf Nr. 57 über Adlershof geschrieben. Ein ausführlicherer und sehr empfehlenswerter Artikel dazu findet sich in der Nr. 61 – falls jemand auf die damaligen Pläne zurückschauen möchte... die UnAuf-Sammler unter den Langzeitstudenten dürften hier einen kleinen Vorteil haben!

Und das Wichtigste zum Schluß: In dieser Ausgabe ist es auf Seite 33 zum letzten Mal möglich, einen Blick in HeLes Plaudertasche zu werfen. Dann verschwindet sie samt ihrer Trägerin im wilden, außeruniversitären Leben. HeLe, wir wünschen Dir viel Glück! Und unseren Lesern schöne und erfolgreiche – oder schön erfolgreiche – Semesterferien.

Eure UnAuf



"Mein linker, linker Platz ist leer..."

UnAufgefordert

Die Studentinnen- und Studentenzeitung an der Berliner Humboldt Uni.

Erstmals erschienen am 17. November 1989

Herausgeberin:

StudentInnenparlament der HUB

Chefredakteurin:

Franziska Busse (mit-e)

verantwortlich für diese Nummer:

Frank Dalichow (Al Wur),

Benjamin Pichlmaier (godot)

Redaktion:

Franziska Ahles (Franziska), Beatrix Altmann

(ix), Ingo Bach (ojoff), Stefan Beetz (atze), Elke

Binder, Sylvia Domes (HeLe), Christian

Domnitz (cd), Antje Meinhold (rebus), Ulrich

Miksch (ulli), Rüdiger Neick (roody), Sammi

Sandawi (che), Jens Schley (jot), Kathrin

Schlieter, Thomas Schmid (ts), Ulrike Stangner

(rike), Wolf-Christian Ulrich (antobus), Sylvia

Wassermann (sw)

Verantwortliche für Anzeigen: sw

Satz: atze

Titelfoto: atze

Verantwortlich für die Farbe der Zeitung ist die Autorin des Fortsetzungsromans.

Kürzel dürfen nur von Redaktionsmitgliedern verwendet werden. Alle Artikel geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder.

Kontakt:

Humboldt-Universität zu Berlin

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Hauptgebäude Raum 3022

Tel.: 2093 2288, Fax.: 2093 2754

Öffentliche Redaktionssitzungen

montags um 18.00 Uhr im Raum 2095b.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:

26. Januar 1997

Druck:

FATA MORGANA Verlag

Brunnenstr. 181

10119 Berlin

gedruckt auf Recyclingpapier

Für alle Fakten besteht das Recht auf

Gegendarstellung in angemessenem Umfang.

Nachdruck nach vorheriger Nachfrage

möglich. Wir bitten um Quellenangabe und

Belegexemplar.

Die Redaktion behält sich vor, **Leserinnen- und Leserbriefe** gekürzt zu veröffentlichen.

Nächste Ausgabe:

UNAUFGEFORDERT Nr. 83

erscheint am 7. April 1997,

Redaktionsschluß ist der 27. März 1997.

Inhalt



Widerstand zwecklos

Hintergründe der Berliner Finanzpolitik

S. 4

Zukunftssäule Wissenschaft

Interview mit Michaela Schreyer

S. 6

Die Berliner Finanzen

von Dr. Dieter Vesper (DIW)

S. 8

Einnahmen verbessern statt Tafelsilber verschern

von Dr. Kurt Lange (ÖTV Berlin)

S. 9



Njuhs

S. 11

StuPa-RefRat-Ticker

S. 10

Schöne Neue Welt

Adlershof

S. 12

Verschleppung mit System?

Adlershof auf der Kippe

S. 16

Universität schützt vor Dummheit nicht!

Rechtsextremismus an der Uni

S. 17

A minore ad maius

Zur Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen

S. 18

POLITIK

!fake

Heft im Heft zur Berlinale '97



STUDIEREN

Njuhs

S. 19

Alles auf eine(r) Karte

Testeinführung einer multifunktionalen Chipkarte?

S. 20

Nur ein paar Krakeeler?

Debattenbeitrag

S. 22

Heilung ohne Rezept

Examensgebühren für Jura und Lehramt

S. 23



KULTUR

Theater

Tod in roter Wüste

S. 24

Film

Hexenjagd im Kino

S. 26

Musik

Schwebende Echos und stehende Klangwellen

S. 28



LEBEN

Auswege aus der Gewalt

Initiative „Soziale Kooperation“

S. 30

Metropolen in Deutschland

Gifhorn

S. 31



REST

Tollheiten

HeLes Plaudertasche, zum letzten Mal

S. 33

Fortsetzungsroman

Morgenduft Rabattenzeit

S. 34

Liebesbriefe

S. 35

Comic

S. 36



Widerstand zwecklos

Hintergründe der Berliner Finanzpolitik

Berlin, so wird behauptet, steckt in einer außerordentlichen Finanzkrise. Seit dem Fall der Mauer tun sich von Jahr zu Jahr immer größere Fehlbeträge im Berliner Landeshaushalt auf. Die unstrittigen Hauptursachen hierfür sind neben dem sukzessiven Wegfall der Bundeshilfen und den vereinigungsbedingten Sonderlasten, wie der Zusammenführung der Verwaltungen beider Stadthälften sowie den nötigen Infrastrukturmaßnahmen im Ostteil Berlins, auch die historisch gewachsenen und durch den Berliner Sonderstatus bedingten Problemfelder.

Berlin nach 1945

Bereits kurz nach der Teilung Deutschlands geriet West-Berlin 1948 durch Währungsreform und einsetzende Blockade immer tiefer in die finanzielle Krise, was so weit führte, daß selbst die per Luftbrücke eingeflogenen Lebensmittel von der Stadt nicht mehr bezahlt werden konnten – auch ein Wiederaufbau der zerstörten Stadt war unter diesen Umständen undenkbar.

Schnell trafen Westdeutschland und Berlin (West) Verwaltungsvereinbarungen zur Regelung der finanziellen Beziehungen, um der Stadt aus ihrer Notlage zu helfen. Ergebnis der Verhandlungen war das "Notopfer Berlin", welches durch eine zusätzliche Einkommens-, Körperschafts- und Poststeuer finanziert wurde. Erst 1957 wurde das Notopfer Berlin im Rahmen einer umfassenden Steuerreform abgeschafft und durch die bereits 1952 einsetzenden Zahlungen der sogenannten Bundeshilfe gänzlich ersetzt. Diese Zahlungen, die durch das 3. Überleitungsgesetz geregelt wurden, sollten die finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin

(das nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehörte) langfristig regeln. In der Folge wurde Berlin aus dem horizontalen Finanzausgleich zwischen den einzelnen Bundesländern ausgenommen und ausschließlich durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt subventioniert. Dieser Globalzuschuß zur

"Erfüllung der durch die besondere Lage bedingten Aufgaben" wurde jährlich im Rahmen der Verhandlungen zum Bundeshaushalt zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Senator für Finanzen des Landes Berlin vereinbart und entwickelte sich innerhalb weniger Jahre zu einer nicht wegzudenkenden Finanzspritze, die zu Spitzenzeiten mehr als 50 Prozent der Berliner Einnahmen ausmachte.

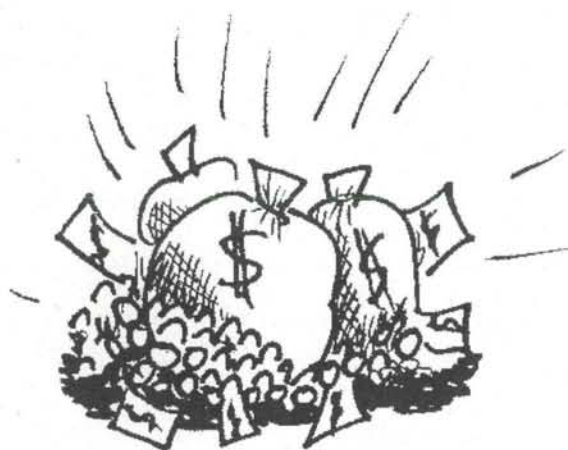
Zusätzliche Wirtschaftssubventionen

Neben den jährlichen Globalsummen zum Berliner Etat ließ der Bund dem Land Berlin jedoch noch weitere Zahlungen und Steuervergünstigungen zukommen – zugunsten der Berliner Wirtschaft wie auch der ArbeitnehmerInnen. Die Gründe für diese Maßnahmen waren vor allem strategische, denn Berlin (West wie Ost) besaß für beide deutsche Staaten Schau-fensterfunktion, sodaß aus politischen Gründen eine Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent nicht tragbar gewesen wäre.

Auch die Insellage der Stadt machte Berlin für viele Unternehmen unattraktiv, was sich besonders in massiven Industrie-aussiedelungen bemerkbar machte. Aus diesen Gründen wurde

"...plus 5, merke 2..."





Zeichnung: Roody

bereits 1950 mit der Zahlung der sogenannten Berlinförderung begonnen, um West-Berlin vor einem dauerhaften wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den anderen Bundesländern zu bewahren. Diese Förderung sah neben Umsatzsteuervergünstigungen auch Abschreibungsvergünstigungen und zinsgünstige Kredite für in Berlin ansässige Unternehmen und Haushalte vor.

Um die Stadt auch weiterhin für die Bevölkerung interessant zu machen, vergab man im Rahmen der Berlinförderung zusätzlich eine abgabenfreie Einkommenszulage in Höhe des achtprozentigen Bruttolohnes (Berlinszulage).

Berliner Größenwahn

Aufgrund dieser immensen Subventionen blieb jedoch ein leichtfertiger Umgang mit den Mitteln nicht aus. Viele Berliner Landesregierungen nutzten den "Bonner Topf", um Berlin mit jeder Menge unnötiger Dinge auszustatten – eine Mißwirtschaft, die in fast allen Bereichen zum Tragen kam. So wurde vor allem der Berliner Verwaltungsapparat kontinuierlich aufgestockt. Zwar hatte dies auch arbeitsmarktpolitische Gründe (da trotz Berlinförderung der Industriezuzug äußerst spärlich verlief), die Verwaltung in Berlin nahm jedoch schon bald gigantische Ausmaße an.

Berlin nach der Wende

So entwickelten sich die Finanzhilfen Berlins bis zur Wende zur stetig steigenden Zulage. Erst mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages änderte sich der Verteilungsschlüssel grundlegend. Innerhalb von vier Jahren (1992–1994) wurde die gesamte Bundeshilfe auf Null zurückgefahren, nachdem sie 1989 noch 49,9% der gesamten Berliner Einnahmen ausgemacht hatte. Auch die Berlinförderung lief bis Ende 1994 gänzlich aus.

Dieser rapide Abbau der Berliner Finanzstützen traf direkt auf den bereits durch Verwaltungszusammenführung und investive Infrastrukturmaßnahmen im Ostteil Berlins gebeutelten Haushalt. Hinzu kam zudem, daß Berlin (nun mit einem Umland versehen) sämtliche Nachteile des Stadtstaatenstatus zu spüren bekam. Dies konnten selbst Sonderzulagen in Milliardenhöhe, wie die des Fonds Deutsche Einheit, nicht mehr ausgleichen.

Auch die 1995 erstmals einsetzenden Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich sowie die ebenfalls 1995 einsetzenden Bundesergänzungszuweisungen konnten das rapide wachsende Defizit nicht bremsen.

Zukunftsfeindliche Politik

Berlins größtes Problem ist jedoch, daß keiner der politisch Verantwortlichen frühzeitig Konsequenzen aus der absehbaren Mittelabsenkung gezogen hat. Anstatt die zum Teil gigantischen Finanzverschwendungen zu reduzieren, wurde auch weiterhin an milliarden schweren Großprojekten wie dem Tiergartentunnel oder dem Ausbau der Olympia-Sporthallen festgehalten.

Nicht einmal ansatzweise unternahm man den Versuch, die vor allem im Bereich der unmittelbaren Bürokratie auftretende personelle Überfrachtung zu drosseln. So ergibt sich laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, innerhalb der Berliner Verwaltung ein Sparvolumen von rund 20.000 Vollzeitstellen (Total: ca. 270.000). Hierunter fällt, so die Studie, vor allem die „dringend kündigungsbedürftige“ Hauptverwaltung. Zwar wurden bereits zwischen 1992 und 1994 rund 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut, allerdings betraf die personelle Schlankheitskur überwiegend „Servicebereiche“ wie Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur.

Unterdessen wurde im Sinne einer neo-keynesianistischen Wirtschaftspolitik der Versuch unternommen, durch die drastische Erhöhung der Nettokreditaufnahme den immer größer werdenden Deckungslücken zu begegnen. So verdoppelten sich innerhalb der letzten drei Jahre die Schulden von drei auf sechs Milliarden Mark. Allein die Zinsen für die im vergangenen Jahr aufgenommenen Kredite belaufen sich auf rund eine halbe Milliarde Mark (siehe Interview Seite 6/7).

Auch die momentan diskutierten Vermögensveräußerungen stellen keine Alternative dar, und der Senat sieht sich derzeit offensichtlich außerstande, eine sinnvolle Strukturreform seines Einnahmen/Ausgaben-Konzeptes vorzulegen.

Bleibt nur, zu hoffen, daß spätestens Ende 1997 – bei den Haushaltsberatungen für 1998 – die Regierung in ihre vorerst letzte Krise gerät: den Koalitionsbruch.

che

Fonds Deutsche Einheit:

Der Fonds Deutsche Einheit wurde noch vor Inkrafttreten des Staatsvertrages zur Währungsunion vom Bund und den alten Ländern eingerichtet. Dieser diente anfangs vor allem dazu, die steigenden Defizite im DDR-Haushalt (1990 rund 30 Mrd. DM) auszugleichen. Für Berlin betrugen die Zahlungen zwischen 1991 bis 1994 rund 2,8 Mrd. DM jährlich.

Länderfinanzausgleich (horizontaler Finanzausgleich):

Finanztransfer zwischen reicheren und ärmeren Bundesländern. Stadtstaaten erhalten im Gegensatz zu Flächenstaaten einen 35-prozentigen Zuschuß, der sich nach der Bevölkerungszahl bemißt. Aus diesen Mitteln erhält Berlin 1997 rund 8 Mrd. DM.

Bundesergänzungszuweisungen:

Bundesergänzungszuweisungen, die vom Bund unter anderem für überdurchschnittliche Kosten politischer Führung oder teilungsbedingte Sonderbelastungen an finanzschwache Länder gezahlt werden, erhält nun auch das Land Berlin (1997 rund 4 Mrd. DM). Mittel aus den Bundesergänzungszuweisungen zur Haushaltskonsolidierung, wie sie bereits für Bremen und das Saarland anfallen, werden jedoch noch nicht gezahlt.



Zukunftssäule Wissenschaft

Michaela Schreyer, finanzpolitische Sprecherin Bündnis '90/Grüne Berlin, im Gespräch mit UnAuf

UnAuf: Frau Schreyer, wir befinden uns ja derzeit in den Verhandlungen zum Haushalt '97. Sind Sie mit dem derzeitigen Stand der Ergebnisse zufrieden?

Michaela Schreyer: Der Haushaltsentwurf des Berliner Senats für '97 bringt die Stadt dem Ziel der Haushaltskonsolidierung keinen Schritt näher. Zwischen den regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben von 45 Mrd. DM klafft eine Lücke von über 11 Mrd. DM. Das ist ein Rekord. Sie soll durch neue Kredite und durch Veräußerung von öffentlichem Vermögen geschlossen werden. Beides ist Politik zu Lasten der Zukunft. Der Haushalt '97 ist auch nur zum Teil ein Sparhaushalt. Zum Beispiel wird bei den Unis gekürzt. Aber insgesamt steigt das Haushaltsvolumen. Das Gerede, daß Berlin in allen Bereichen sparen müßte, findet sich im Haushalt nicht wieder.

Woraus ergibt sich das höhere Haushaltsvolumen im Gegensatz zum Vorjahr?

Den stärksten Zuwachs weisen die Zinsverpflichtungen auf. Berlin sitzt ja auf einem Schuldenberg von mittlerweile über 50 Mrd. DM. Und der Berg wächst weiter. Allein für die neuen Schulden, die die Stadt im letzten Jahr aufgenommen hat, müssen in diesem Jahr zusätzliche Zinsen von 420 Mio. DM gezahlt werden. Es wachsen de facto auch die Verpflichtungen aus der Sozialhilfe. Für deren Anstieg bei den Sozialämtern der Bezirke ist im Haushalt allerdings keine Vorsorge getroffen. Das sollen nach dem Willen des Senats die Bezirksämter durch andere Einsparungen auffangen. Hohe Wachstumsraten weisen weiter die Ausgaben für das ökologische und finanzielle Millionengrab Tiergartentunnel, für die Olympia-Sporthallen und für die Förderung des Wohnungsneubaus aus. Sie liegen ab diesem Jahr über den Zuschüssen an die Unis.

Worin sehen Sie konkrete Alternativen zum '97er Haushalt?

Maßgeblich ist vor allem, daß die Vorbelastung für zukünftige Haushaltsjahre nicht ständig weiter hochgeschraubt wird. Deshalb halte ich viel radikalere Kürzung bei der Förderung von Wohnungsneubau für unumgänglich. Nach den Planungen des Senats sollen die Zuschüsse an die Hochschulen gekürzt werden, um die steigenden Verpflichtungen bei der Wohnungsbauförderung zu finanzieren. Dabei haben wir steigenden Leerstand bei neuen Wohnungen, aber immer mehr Gedränge an den Hochschulen. Hier werden falsche Prioritäten gesetzt. Ich mache dies auch mal an folgender Überlegung deutlich: Der Neubau der Naturwissenschaften der HUB in Adlershof – dem der Senat in seinen Sonntagsreden immer höchste Priorität einräumt – würde Berlin ca. 350–370 Mio. DM kosten. Diese Millionen wären in den nächsten Jahren vorhanden, wenn der Senat heute nicht die Förderung von 2.500 neuen Eigenheimen, sondern von nur der Hälfte bewilligen würde. In meiner Prioritätensetzung ist klar: Ich halte das Projekt Adlershof für bedeutsamer für die Zukunft Berlins als weitere 1.250 neue Eigenheime in diesem Jahr. Umschichtungen schlage ich auch bei anderen Investitionen vor: Statt wie der Senat die Bausumme für die Olympia-Schwimmhalle zu erhöhen, sollte die Kürzung bei den Baumitteln für das jüdische Museum rückgängig gemacht werden und statt des Polizeiorchesters sollten die Projekte „Jugend mit Zukunft“ wei-

ter finanziert werden. Dies ist für die Gewaltprävention in Berlin wirkungsvoller.

Wäre die Ausfinanzierung der Studienplätze nicht viel wichtiger als der Umzug nach Adlershof?

Der Erhalt der Studienplätze ist natürlich Grundlage für den Umzug von Teilen der Naturwissenschaften nach Adlershof. Wenn Berlin im Wissenschaftsbereich auf Provinzniveau heruntergeschraubt wird, kann auch das Projekt Adlershof nicht mehr retten. Berlin braucht 100.000 Studienplätze, sonst bricht uns in Berlin nach dem Standbein Industrie auch noch die Zukunftssäule Wissenschaft weg.

Erst kürzlich trat der ehemalige Innensenator, Erich Pätzold, mit einem Papier in die Öffentlichkeit, in dem er u.a. die radikale Verschlankung der Verwaltung fordert. Ist dies für Sie eine gangbarer Weg?

Zu dem Bereich Personal, der zur Zeit 14 Mrd. DM zu Buche schlägt, gehört nicht nur Verwaltung im engeren Sinne, sondern z. B. auch Lehrer und Polizei. Diesen Bereich muß man also differenziert betrachten. Eine allgemeine Klage, der Personaleinsatz sei zu hoch, verkennt, daß der Staat ein Dienstleistungsunternehmen ist und das ist personalintensiv. Jedoch haben wir in der Tat eine Überausstattung im Verwaltungsbereich sowohl auf Bezirks- als auch auf der Hauptverwaltungsebene. Und vor allem auch bei der Polizei. Hier ist eine Stellenkürzung längst überfällig. Ansonsten plädiere ich für eine Arbeitszeitverkürzung, also Arbeits- und Einkommensumverteilung, damit der Arbeitsmarkt nicht zusätzlich nicht durch die Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt belastet wird.

Halten Sie zusätzliche Mittel im Rahmen der Bundesergänzungszuweisungen zur Konsolidierung des Berliner Haushaltes für sinnvoll?

Die Hoffnung, daß Bonn Berlin aus seiner finanziellen Notlage befreien wird, ist illusorisch. Berlin bekommt 4 Mrd. DM für den Aufbau Ost und zur Bewältigung teilungsbedingter Lasten. Zu dem ist Berlin mit seinen großspurigen Projekten – wie den 800 Mio. DM teuren Großsporthallen – in einer schlechten Position, von anderen mehr zu verlangen.

Dann wäre da noch der Verkauf der BEWAG. Mittlerweile heißt es nicht mehr, ob oder ob nicht, sondern deutsches oder ausländisches Unternehmen. Welche Variante bevorzugen Sie?

Das ist in Wirklichkeit eine nachrangige Frage. Wichtig ist, welcher energiepolitische Einfluß besteht und ob die Arbeitsplätze in Berlin gesichert werden. Aus diesen Gründen halte ich den Totalverkauf der Landesanteile an der BEWAG für einen sehr großen Fehler. Es muß mindestens die Sperrminorität von 25% erhalten bleiben. Eine Alternative zu dem Totalverkauf wäre ein Kreuzgeschäft mit den Hamburger Elektrizitätswerken, die derzeit noch zu 75% in der Hand des Landes Hamburg sind. Hier könnten durch den Verkauf von 25% der Berliner BEWAG-Anteile an die HEW und durch Verkauf von 25% der Hamburger HEW-Anteile an die BEWAG einerseits Verkaufserlöse für die in

beiden Ländern leeren Landeskassen erzielt werden, aber durch Verträge zwischen den Ländern der energiepolitische Einfluß gesichert werden. Statt einfach öffentliches Vermögen an Dritte zu verkaufen, sollten die Kommunen und Bundesländer viel stärker kooperieren. Es ist falsch, den derzeitigen neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungstrend noch durch Vermögensverkäufe zu beschleunigen, statt politische Allianzen zu bilden.

Ist es nicht sowieso Irrsinn, Anteile eines Unternehmens zu veräußern, dessen Rücklagen im Milliardenbereich liegen?

Die Rücklagen der BEWAG betragen derzeit ca. 2,6 Mrd. DM. Wenn die BEWAG an Dritte veräußert wird, werden mit Sicherheit zukünftig höhere Dividenden beschlossen und ausgeschüttet werden als in der Vergangenheit, wo jeweils die Hälfte des Jahresgewinns mit Zustimmung Berlins der Rücklage zugeführt wurde. Ich stelle deshalb die Frage, wie kann Berlin die Rücklage zum Wohl der Landeskasse aktivieren. Das wäre bei dem vorgeschlagenen Kreuzgeschäft der Fall.

Die SPD behauptet aber, daß die Einflußnahme über ordnungspolitische Maßnahmen viel größer sei als über die Sperrminorität oder Aktienmehrheiten bei der BEWAG.

Die Bedeutung z. B. des Konzessionsvertrages ist nicht zu unter-

schätzen. Sie darf aber auch nicht überschätzt werden, da aufgrund energiepolitischer Gesetzgebung und der Liberalisierungsmaßnahmen auf EU-Ebene der ordnungsrechtliche Rahmen schwächer wird. Auch sollte man sich nicht vormachen, man könne durch Formulierungen im Verkaufsvertrag de facto Einfluß ausüben. Papier ist geduldig. Die Preußen-Elektra unterschreibt in Hamburg auch den Ausstieg aus der Atomenergie. Eigentumstitel geben dagegen direkte Einflußmöglichkeiten. Daß das in Berlin zuwenig genutzt wurde, ist eine traurige Wahrheit, aber rechtfertigt nicht die Hergabe dieses Steuerungsinstruments.

Und wie steht es mit der Konzessionsabgabe?

Diese wird bis 1999 auf ca. 300 Mio. DM steigen. Auch wird ab 1999 eine Konzessionsabgabe von der Gasag gezahlt.

Noch eine Frage zum Abschluß: Wie lange, schätzen Sie, hält in Berlin die große Koalition?

Sie bringt zwar nichts zustande, aber ihr Bestand liegt nicht allein in der Hand der Opposition. Wir Bündnisgrüne können Neuwahlen aber gelassen ins Auge sehen.

Frau Schreyer, wir bedanken uns für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte che

Michaela Schreyer,
finanzpolitische Sprecherin der Fraktion
Bündnis 90/Grüne im
Abgeordnetenhaus
von Berlin





Die Berliner Finanzen

Ein schier auswegloses Dilemma

Spätestens die Entwicklung im abgelaufenen Jahr sollte nachdenklich stimmen. Die Politik sollte sich herausgefordert fühlen, über die Risiken des eingeschlagenen Weges nachzudenken.

Der Versuch, die staatlichen Finanzen und damit auch den Haushalt Berlins in Zeiten der Stagnation und Massenarbeitslosigkeit konsolidieren zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt. Letztlich kann eine Konsolidierung nur im Aufschwung gelingen, wenn die Steuereinnahmen wieder reichlicher fließen und die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgeht. Alles andere ist Illusion, jedenfalls dann, wenn man den öffentlichen Haushalten eine Kompensationsfunktion einräumt, d.h. gerade in einer Wirtschaftskrise das soziale Sicherungssystem seine Bewährungsprobe zu bestehen hat. Freilich ist vieles in diesem Zusammenhang primär Aufgabe des Bundes. Und es ist der Bund, der eine kontraproduktive Politik betreibt und sich einiger Verpflichtungen zu Lasten der Länder und Gemeinden – Berlin ist sowohl Land als auch Gemeinde – zu entledigen sucht. Aber auch Berlin selbst steht in der Verantwortung, obwohl das Finanzdilemma viel größer ist als anderswo. Damit kein Zweifel aufkommt: Berlin muß seine Finanzen konsolidieren, die hohen Haushaltsdefizite – jede vierte D-Mark an Ausgaben wird derzeit über Kredite finanziert !!! – werden sonst über kurz oder lang den politischen Handlungsspielraum zunichte machen. Die entscheidende Frage ist die des Zeitpunkts.

Panikpolitik

Die Politik beging einen schwerwiegenden Fehler, indem sie Glauben machte, sie könne schon sehr kurzfristig Sparerfolge erzielen. Sie hat Sparziele formuliert, die viel zu ehrgeizig gesetzt und somit realitätsfern waren. Die Crux war vor allem, daß Konzepte fehlten. Glaubwürdige Konzepte kann man nicht aus der Schublade ziehen, sie müssen entwickelt werden. Und: Sie können nur mittelfristig greifen. Berlin ist wohl den umgekehrten Weg gegangen: Erst wurde versucht zu handeln, doch geriet dies fast panikhaft, nachdem die Politik lange Zeit geschlafen hatte; vor allem aber sucht man die Konsolidierungslasten auf die nachfolgenden Ebenen wie Bezirke und Zuwendungsempfänger abzuschieben. Nicht in der staatlichen Bürokratie, also in der allgemeinen Verwaltung, der Schulverwaltung oder der Bauverwaltung, wurden Stellen eingespart – nein, die Statistik weist ein Minus von 15 000 Beschäftigten vor allem in den Bereichen Bildung und Wissenschaft sowie Gesundheit auf. Dort, wo ein Personalüberhang besteht (hierzu gehört auch die Polizei) ist bisher kaum etwas geschehen.

Eine mittelfristig ausgelegte Konzeption zur Sanierung der Berliner Finanzen muß realistisch und damit glaubwürdig sein. Zum Beispiel darf man sich nicht wundern – und dies muß den Bürgern gesagt werden – daß der geplante Defizitabbau die Arbeitsmarktlage in Berlin erheblich verschlimmern wird und damit natürlich zusätzliche Probleme geschaffen werden. Man muß den Bürgern auch sagen, welche katastrophalen Folgen für den Wirtschaftsstandort Berlin eine Halbierung der Studienplätze (insbesondere der teuren Plätze in den Naturwissenschaften) haben wird. Was für München die Alpen, sind für Berlin Wissenschaft und Kultur. Auch muß man sich darüber im klaren sein, daß eine Verringerung der Stellen im öffentlichen Dienst – zweifellos ist dies eine sehr wichtige Aufgabe, aber bitte nicht ausschließlich in den infrastrukturellen Bereichen, sondern in der

überbürokratisierten und aufgeblähten Verwaltung – nur bedingt Entlastung bringt (Stichwort: Pensionsbelastungen durch die Beamten). Hierzu gehört aber

auch eine realistische Einschätzung der Einnahmenseite. Es ist bekannt, daß die Möglichkeiten bei den Steuern und auch Gebühren begrenzt und der Spielraum hier durch die jüngsten Maßnahmen ausgeschöpft worden ist. Kein Tabu sollte für den Senat die Frage sein, wann Bundesergänzungszuweisungen zur Linderung der Haushaltsnotlage Berlins angefordert werden müssen. Mit dieser Frage wird sich der Senat über kurz oder lang und ob gewollt oder nicht gewollt auseinandersetzen müssen. Natürlich ist Berlin in einer besseren Position, wenn die Stadt zeigen kann, daß sie bereits erhebliche Vorleistungen zur Haushaltssanierung erbracht hat. Und hierzu wiederum gehört selbstverständlich die Frage, welchen Beitrag die Veräußerung von Landesvermögen leisten kann.

Die geplanten Vermögensäußerungen können natürlich nur bedingt als Ausdruck einer Konsolidierungsstrategie gewertet werden. Aus rein fiskalischer Sicht machen sie Sinn, wenn die dadurch möglichen Einsparungen bei den Zinsausgaben – es müßten ja weniger Kredite aufgenommen werden – größer wären als der Einnahmeverlust infolge der entfallenden Gewinnausschüttungen. Dabei ist natürlich auch zu fragen, ob der Senat bisher alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die öffentlichen Unternehmen diesbezüglich entsprechend „anzuzapfen“. Hier habe ich meine Zweifel, teilweise haben die Unternehmen äußerst fleißig Rücklagen gebildet. Wenn die Unternehmen zu höheren Ausschüttungen veranlaßt werden können, wird wahrscheinlich die Differenz zwischen Zinsersparnis und Einnahmen aus Ausschüttung ziemlich gering ausfallen.

Hektischer Aktionismus

Eine andere Frage ist, wie der Verlust an politischer Einflußnahme zu bewerten ist. War in der Vergangenheit die Einflußnahme – etwa bei der Bewag – effizient? Welche energiepolitischen Ziele sind auf diese Weise wirksam befördert worden? Hat die Beteiligung an der Bankgesellschaft zu günstigeren Zinskonditionen verholfen? Worin liegt das öffentliche Interesse bei einer Bankbeteiligung? Sehr vorsichtig sollte man bei der Veräußerung von Wohnungsvermögen sein. Hier spielen soziale Erwägungen eine besondere Rolle. Aber auch aus fiskalischer Sicht ist zu fragen, ob es Sinn macht, preiswerten Wohnraum zu veräußern, somit das Angebot in diesem Marktsegment zu verknappen und den Erlös zur Finanzierung hochpreisiger Eigentumsmaßnahmen zu verwenden?

Fazit: Es wird sehr schwer sein, aus der Berliner Haushaltsmisere einen Weg zu finden. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Politik einsehen würde, daß nur mittelfristig eine Chance besteht – hektischer Aktionismus wirkt kontraproduktiv. Alle Mühen werden letztlich nicht fruchten, wenn ein Konjunkturaufschwung, der den Namen auch verdient, ausbleibt.

Dr. Dieter Vesper

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Einnahmen verbessern statt Tafelsilber verscherbeln



Alternativen zur Haushaltspolitik des Senats

Der Senat ringt mit seiner Haushaltskrise. Ein Konzept hat er nicht. Die Senatsbeschlüsse zum Haushalt haben das Ziel, die Ausgaben an die Einnahmen anzupassen. Diese Politik wird ihr Ziel verfehlen.

Kein Bundesland mußte nach der Vereinigung so viel aufbauen wie Berlin und bekam dafür so wenig Geld. 1991 erhielt Berlin noch 14,5 Mrd. DM Bundeshilfe und 2,7 Mrd. DM aus dem Fonds Deutsche Einheit. 1995 wurde beides abgeschafft, Berlin wurde in den Länderfinanzausgleich einbezogen, der kaum mehr als die Hälfte der früheren Bundeshilfe, nämlich 7,8 Mrd. DM, bringt. Das alles war schon lange bekannt, aber Konsequenzen wurden nicht gezogen, gespart wurde alljährlich konzeptionslos mit der Rasenmähermethode, Steuerrückstände jedoch werden nach wie vor nicht eingetrieben.

Seit 1989 hat sich die Schuldenlast des Landes verdreifacht – wenn Berlin 1997 3,5 Mrd. DM an Zinsen aufbringen muß, sind das pro Stunde 400.000 DM. Und die neue Finanzsenatorin stopft die Löcher weiter mit dem Verkauf von Tafelsilber, Personaleinsparungen, Bettenabbau, Privatisierungen und Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Metropole verfällt immer mehr.

Die Kuh schlachten

Der von Finanzsenatorin Fugmann-Heesing geplante Verkauf der Bewag und der Gasag wäre eine energie- und arbeitsmarktpolitische Katastrophe. Das Land Berlin hätte keinerlei Möglichkeiten mehr, in die Energiepolitik einzugreifen. Statt die »Kuh zu schlachten, sollte man sie lieber melken«, ist die Meinung der ÖTV. Ein Verkauf von 25,8 Prozent Bewag-Anteilen bringt 1,7 Mrd. DM. Darüber hinaus könnte durch die Eigenkapitalverzinsung von BWB, BSR und Behala, die jährlich 150 Mio. DM ergibt, ein neuer Zwei-Milliarden-DM-Kredit gedeckt werden, indem die Eigenkapitalverzinsung in einen Zins- und Tilgungsfonds gespeist und hierauf ein Darlehen aufgenommen würde.

1997 könnten außerdem noch mindestens 1,3 Mrd. DM an Steuerrückständen haushaltswirksam eingetrieben werden. Voraussetzung dafür ist, daß die von der ÖTV schon seit Jahren geforderten Stellen für Betriebsprüfer in die Realität umgesetzt werden.

Der Beschluß des Senats, die Zahl der Bezirke auf zwölf zu reduzieren, ist eine typische Entscheidung vom grünen Tisch und an den Bürger/innen vorbei. Voraussetzung für die Bezirksgebietsreform ist die Verwaltungsreform. Identifikation mit dem Bezirk, Bürgernähe und »Kiezrechte« wird es nur durch die Einführung von Bürgerämtern geben, die jedoch nicht »amputiert« sein dürfen, sondern unter anderem auch Angebote der Steuerverwaltung, Meldestellen, Jugend- und Sozialberatungen beinhalten müssen. Erst die Verwaltungsreform wird eine optimale Bezirksgröße ermitteln können, wenn eine Kosten- und Leistungsrechnung vorliegt.

Kürzungen im öffentlichen Dienst können nur dort mitgetragen werden, wo Dienstleistungen und Verwaltungsaufgaben teurer oder besser ausgestattet sind als in vergleichbaren Ballungsgebieten. Hierfür gibt es gerade bei den sozialen

Diensten, im Erziehungsbereich und bei den direkten Dienstleistungen, insbesondere in den Bezirken, keinerlei Belege.

Eine pauschal greifende Einsparung von 30 Prozent der Dienstleistungen, wie es der Senat vorsieht, würde Berlin hinter das Niveau von Frankfurt/Oder und vergleichbaren Städten drücken.

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin wendet sich entschieden gegen die ausschließlich buchhalterische Betrachtung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage Berlins.

Besonders bei der derzeitigen Lage kann Berlin nur durch die Entwicklung innovativer Produkte und Produktionsverfahren am Standort Berlin Anschluß an die Wirtschaftsentwicklung gewinnen. Allein der Vergleich mit der Steuerkraft Hamburgs macht deutlich, daß Berlin nur auf diesem Wege einen Teil der strukturellen Schiefen des Haushalts, die sich als Einnahmenprobleme darstellen, beseitigen kann.

Und gerade auf diesem Weg einer positiven Entwicklung können und müssen die Universitäten und Forschungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten. Daher sind Kürzungen im Bereich der Universitäten und bei den Ausgaben für Forschung nur dort zu akzeptieren, wo die Leistungserstellung ungerechtfertigt teurer ist im Vergleich entsprechender Einrichtungen anderer Länder. Für die ständig wiederholte Behauptung, in Berlin sei die Leistungserstellung der Unis übersteuert, gibt es jedoch bisher keinerlei schlüssige Belege.

Dagegen steht fest, daß Berlin mit 945,- DM Nettoausgaben für Wissenschaft und Forschung pro Einwohner Bundesspitze ist (HH 709,- DM, NRW 326,- DM, Bundesschnitt 416,- DM). Diese Zahlen machen deutlich, daß in Berlin gesamtstaatliche Aufgaben erfüllt werden, die jedoch allein über den Landeshaushalt finanziert werden. Gerade bei der im Vergleich zu anderen Regionen geringen Steuerkraft muß daher vom Bund ein Ausgleich für die Erfüllung hauptstädtischer bzw. überregionaler, gesamtstaatlicher Leistungen zwingend eingefordert werden.

Die ÖTV-Alternative

Statt eines »Totalausverkaufs« und einer Verringerung der Ausgaben um 30 Prozent schlägt die ÖTV Berlin vor, die Einnahmen deutlich zu verbessern. Realistisch könnten 1997 rund sechs Mrd. DM durch folgende Schritte in die Haushaltskasse kommen:

- Eine aktive Steuerbeitreibung würde 1,3 Mrd. DM einbringen,
- der Verkauf der Feuersozietät rund 1 Mrd. DM,
- der Verkauf von 25,8 Prozent Bewag-Anteil 1,7 Mrd. DM,
- die Eigenkapitalverzinsung von BWB, BSR und Behala in Höhe von 150 Mio. DM sollte in einen Zins- und Tilgungsfonds eingespeist werden, um daraus einen Zwei-Milliarden-DM-Kredit zu finanzieren.

Dr. Kurt Lange
Vorsitzender ÖTV Berlin

StuPa

StuPa-Sitzung vom 20. Januar 1997

Oliver Calov mußte seinen Sitz im StuPa-Präsidium aufgrund eines konstruktiven Mißtrauensantrages abgeben. Zu seinem Nachfolger wurde Thorsten Grave gewählt. Der Co-Referent des Ökologie-Referats, Martin Kellner, und der Referent für Hochschulpolitik, Andreas Rüttenauer, sind offiziell zurückgetreten. Carmen Frohne wurde mit 17 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und zwei Enthaltungen zur neuen Co-Referentin für Ökologie gewählt.

Die beiden Referentinnen des Studieren mit Kind-Referats, Franziska Bünger und Jana Laxczkowiak, sind mit Dank aus ihrem Amt entlassen worden. Eva Bennewitz wurde einstimmig zur neuen Referentin für Studieren mit Kind gewählt.

Die nächste StuPa-Sitzung findet am 10. Februar 1997 ab 18:00 Uhr im Kleinen Senatsaal, Raum 2103, Unter den Linden 6, statt. Unter anderem steht die Verabschiedung des Haushaltes 1997 sowie ein Satzungsänderungsantrag und die Wahlen der fünf ausgeschriebenen ReferentInnenstellen an.

Ausschreibung

Hochschulpolitik (ReferentIn und Co-ReferentIn), Ökologie (Co-ReferentIn), Kultur (CoReferentIn) und Publikation (Co-ReferentIn)

Das Referat Hochschulpolitik ist ein Kernreferat. Neben der inhaltlichen Arbeit beteiligen sich Kernreferate an der Geschäftsführung des RefRats. Diese haben eine Pflichtenweseinheit von 12 Stunden je Woche abzusichern. Dafür wird dem Referat eine Aufwendungspauschale in Höhe eines Bafög-Höchstsatzes gewährt. Die Referate Ökologie, Kultur und Publikation sind gewöhnliche Referate, bei denen neben der inhaltlichen Arbeit zur Aufrechterhaltung der RefRat-Geschäfte eine Pflichtenweseinheit von 6 Stunden pro Woche vorgesehen ist. Da die Posten der ReferentInnen bereits besetzt sind, sollten sich Interessentinnen vor der Bewerbung mit den jeweiligen Referaten in Verbindung setzen.

Vorschläge sollten baldmöglichst beim StuPa eingegangen sein. Sie müssen Euren Namen, Matrikelnummer und Anschrift enthalten. Außerdem solltet ihr ein Konzept der inhaltlichen Arbeit beifügen. Bei den Co-ReferentInnen sollten diese Konzepte den Vorstellungen der ReferentInnen nicht zuwider laufen. Die KandidatInnen müssen bei der Wahl anwesend sein. Vorschläge können noch bis zur Wahl eingereicht werden. Gewählt wird auf der nächsten StuPa-Sitzung.

Wenn Ihr Interesse oder Fragen habt, wendet Euch an:

StuPa Präsidium

c/o RefRat

Dorotheenstr. 17

Tel.: 2093-2603, 2093-2614

Studentische Gelder nicht für Lehrmittel

Während einige Fachschaften ihre studentischen Gelder für Proteste gegen die Sparmaßnahmen und Immatrikulationsgebühren verwendet haben, wurden in anderen Fachschaften, so z.B. bei Jura, dafür Bücher für die jeweilige Zweigbibliothek gekauft. Inzwischen hat das StuPa entschieden, daß von studentischen Geldern keine Bücher und Lehrmittel für Bibliotheken der Universitätsbibliothek der HUB zum Zwecke des Auffüllens der Bestände gekauft werden dürfen. Die Bücher, die die jeweiligen Fachschaften für ihre Institutsbibliotheken bereits angeschafft haben, sind ausdrücklich als Eigentum der StudentInnenschaft der HUB auszuweisen und können ihren Standort auf Verlangen des StuPa sofort wechseln.

Food Coop an der HUB

Die Lebensmittel Kooperative an der HUB steht kurz davor, ihre erste Lebensmittelbestellung aufzugeben. Als Anschubfinanzierung für diese Bestellung sowie Inventar für den Laden wurde der Food Coop auf der StuPa-Sitzung vom 20. Januar 1997 eine einmalige Risikokostenübernahme von 5000,- DM zugesagt. Nach offizieller Anfrage bei der Bauabteilung der HUB wurde der Initiatorin der Food Coop, Carmen Frohne, der Raum 3 in der Baracke, Dorotheenstr. 12, als Laden zur Verfügung gestellt. Die Food Coop trifft sich jeden Mittwoch von 20:00 bis 22:00 Uhr im RefRat.

Maiwoche

Die HUMmel-Antifa (Antifa-Referat) organisiert auch dieses Jahr eine "Woche der Mahnung und Erinnerung - Wider das Vergessen". Sie ist Teil der politischen Arbeit der HUMmel-Antifa an der HUB. Vom 2. bis 10. Mai 1997 sollen täglich politische und kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Hauptschwerpunkte der Veranstaltungswoche sind unter anderem der Internationale Tag gegen Diskriminierung und Ausgrenzung (2.5.) der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus (5.5.) und der Tag der Bücherverbrennung (10.5.). Das StuPa hat auf seiner Sitzung vom 20. Januar 1997 beschlossen, die Maiwoche mit 10700,- DM finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus wird es in der April-Nummer der UnAuf ein Ifake zu den Themen der Maiwoche geben.

RefRat

Finanzielle Unterstützung

Seit 8 Jahren findet im Februar auch in Berlin ein Black History Month statt. Ziel der politischen und kulturellen Veranstaltungen ist es, auf die Diskriminierung farbiger bzw. ausländischer Mitbürger aufmerksam zu machen und ihr entgegenzuwirken. Der RefRat der HUB unterstützt den diesjährigen Black History Month mit 1989,50 DM für den Nachdruck von Programmheften und Plakaten. Die Protestaktion des AStA an der Universität Freiburg gegen die geplante Einführung von Immatrikulationsgebühren in Baden-Württemberg wird vom RefRat mit 500,- DM unterstützt. Ebenfalls 500,- DM in Form von Büromaterialien erhält eine Interessengruppe, die besagte Materialien an Studenten in Havanna (Kuba) verteilen wollen. Für zahlreiche Informationsveranstaltungen zur Problematik in Chiapas wurde eine finanzielle Unterstützung von 1000,- DM zugesichert. Informiert werden soll unter anderem auch über das kürzlich erschienene Buch "Die Rebellion der Habenichtse - Der Kampf um Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas" von Boris Kanzleiter und Dirk Pesara. Eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 100,- DM wurde auch den Veranstaltern des 23. Kongress' von Frauen in Naturwissenschaft und Technik vom 8. bis 11. Mai 1997 in Hannover gezahlt.

Boycott

Mit einer gemeinsamen Stellungnahme protestierten die Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende und der RefRat der Humboldt-Universität zu Berlin gegen die Euthanasieveranstaltungen in Trier vom 31. Januar bis 2. Februar 1997. Die Stellungnahme wurde am 24. Januar, dem letzten Tag der Anmeldefrist zu der Konferenz, drei Stunden lang nach Trier gefaxt, um die Faxnummer zu blockieren.

Rauchverbot

Seit dem 14. Januar 1997 gilt auch im Beratungsraum 2 des RefRats absolutes Rauchverbot. Damit steht den Zigarettenskonsumenten der studentischen Vertretung nur noch der Gang für eine Raucherpause zur Verfügung.

Kein Interesse an Fünfjahresverträgen?

Eine universitätsinterne Regelung für die Beschäftigungsverhältnisse befristeter wissenschaftlicher Mitarbeiter könnte dazu beitragen, Lehre und Betreuung an der HUB krisensicherer zu machen (und außerdem die Verwaltung entlasten).

Der Personalrat bemüht sich bereits seit einiger Zeit im Kuratorium darum, günstigere Regelungen für befristete Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Beschlußfassung zu bringen. Laut Berliner Hochschulgesetz liegt die Regelungskompetenz für solche Arbeitsverhältnisse bereits seit 1994 bei den Hochschulen. Im Gegensatz zu TU und FU hat die Humboldt-Uni von dieser Möglichkeit bis jetzt keinen Gebrauch gemacht. Der Personalrat hatte daher bereits Ende '95 auf einer Kuratoriumssitzung vorgeschlagen, eine Verordnung zu erlassen, die für befristete Arbeitsverträge künftig die Dauer von fünf Jahren bei einer Arbeitszeit von mindestens 2/3 der Tarifarbeitszeit vorsieht.

Bisher ist es üblich, Dreijahresverträge mit einer Verlängerungsmöglichkeit auf fünf Jahre abzuschließen. Die Verlängerung hängt jedoch von der Bewertung des Vorgesetzten ab. Außerdem hat es sich eingeschlichen, Arbeitsverträge für

halbe oder gar viertel Stellen abzuschließen, obwohl die Arbeitsleistung dennoch ganz erbracht wird.

In Zeiten einer unsicheren Haushaltslage wäre eine solche Verordnung ein nützliches Instrumentarium für die Universität, um eine größere Kontinuität in der Lehre zu gewährleisten und äußere Eingriffe in ihre Personalentscheidungen zu beschränken. So hat die Universität z.B. während eines Stellenbesetzungsstops häufig nicht mehr die Möglichkeit einer Vertragsverlängerung, was schon wiederholt zum Wegfall interessanter oder wichtiger Lehrangebote geführt hat. Eine Laufzeit von fünf Jahren gibt auch den Promovenden bessere Planungssicherheit. Daher würde eine „krisenfeste“ Regelung, wie sie vom Personalrat favorisiert wird, auch ein stärkeres Engagement der Mitarbeiter in Lehre und Betreuung von Studierenden begünstigen.

Auf der letzten Kuratoriumssitzung im Dezember wurde eine Diskussion über mögliche Regelungen die Vorlage des Personalrates wieder zurückgestellt. Der Kanzler erläuterte, daß sich die Uni-leitung nunmehr im Abstimmungsverfahren mit den Fakultäten befinde. Die Universitätsleitung versprach, auf der nächsten Sitzung im März eine eigene Vorlage zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Universitätsleitung favorisiert aller-

dings ein Modell von Dreijahresverträgen, gegebenenfalls mit „automatischer“ Verlängerung um zwei weitere Jahre, bei dem aber ungewiß ist, ob es bei erneuten Haushalts- oder Stellenbesetzungssperren funktionieren würde.

„Lebens-Unwert?“ Konferenz in Hadamar

Am 27. Januar 1997 fand in der Gedenkstätte Hadamar, wo während der NS-Zeit tausende kranke und behinderte Menschen ermordet bzw. zwangssterilisiert wurden, die Tagung „Lebens-Unwert? Die nationalsozialistischen Verbrechen an kranken und behinderten Menschen – Geschichte, Kontinuität, Aktualität“ statt. Die Tagung stand unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog. Es nahmen zahlreiche VertreterInnen von Betroffenenverbänden und der Politik teil.

Anliegen der Tagung war es, der Opfer von Euthanasie und Zwangssterilisation zu gedenken und wiederholt deren Anerkennung als NS-Verfolgte einzufordern. Vor allem soll endlich das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, die Grundlage der sog. Euthanasie-Aktion, für nichtig erklärt werden. Dies hätte vor allem zur Folge, daß die Geschädigten Ansprüche auf Entschädigung geltend machen können.

Darüber hinaus wurde die Bundesregierung nochmals ermahnt, der vom Europarat verabschiedeten „Menschenrechtskonvention zur Biomedizin“ nicht zuzustimmen. Diese Konvention sieht unter anderem die Möglichkeit biomedizinischer Forschung an „einwilligungsunfähigen“ Menschen vor, die als geistig behindert oder psychisch krank gelten, altersgebrechlich sind oder sich im Wachkoma befinden – auch dann, wenn diese Forschung für die Betroffenen keinen therapeutischen Nutzen birgt.

Die von der Konferenz in Hadamar verabschiedete Erklärung kann in der Redaktion eingesehen werden.

Neuer TU-Präsident

Das Konzil der Technischen Universität Berlin wählte am 22. Januar Prof. Dr. Jürgen Ewers zum neuen Präsidenten. Der 1942 geborene Ewers ist Wirtschaftswissenschaftler und war von 1980 bis 1990 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU tätig.

Seine Amtszeit beginnt am 1. April und dauert vier Jahre.

books in
Berlin

english & american literature

Kelling u. Solomon GbR · Tel & fax 313 12 33

Goethestr. 69 · 10625 Berlin-Charlottenburg

Bücher **SPRACHEN** Audio
Software Video

Joachim Letsch

Blissestr. 62 – 10713 Berlin

Tel. 821 08 59



Schöne Neue Welt

Die Wissenschaftsstadt Adlershof – Horrorvision oder Utopie?

Der riesige Saal zu ebener Erde ging nach Norden. Durch die Fenster fiel verdünntes Licht, eiskalt und hart trotz des Sommers vor den Scheiben draußen, und suchte gierig irgendeine drapierte Gliederpuppe, irgendeinen saftigen Akademieschinken, fand aber nur das Glas und Nickel und frostig glänzendes Porzellan eines Laboratoriums. Hier war alles winterlich. Die Arbeitskittel der hier Beschäftigten waren weiß, ihre Hände staken in blassen, leichenfarbenen Gummihandschuhen. Das Licht war gefroren, tot, gespenstisch.

„Schöne Neue Welt“ – Aldous Huxley

„Ein Projekt von internationaler Bedeutung, von dem die für das 21. Jahrhundert entscheidenden Impulse ausgehen werden“

Wir schreiben das Jahr 2003. Vom S-Bahn-Gebäude gelangt man auf die Rudower Chaussee. Zu rechter Hand liegt das Altstadtzentrum Adlershof, fast ein bißchen ländlich, eine Idylle, hier am südöstlichen Rande der Großstadt, gleich neben Treptower Park, Spree und Müggelsee. Aber ein überlebensgroßes Schild weist nach links – zur 'Wissenschafts- und Wirtschaftsstadt Adlershof'.

Die Chaussee ist beiderseits von Linden in saftigem Grün gesäumt. Zur Rechten das Kongreßzentrum, eine einzige endlose Glasfront, links ragen weiß verputzte, kubische Bauten in den klaren, blauen Himmel – die 'MediaCity Adlershof'. Hundert Meter weiter die ersten Gebäude der Universität und der Forschungseinrichtungen. Flaggen mit dem Humboldtschen Wappen wehen im Wind. Lichte Alleen aus Birken, Ahorn und Rotdorn führen auf das Gelände. Kekulestraße, Einsteinstraße, Planckstraße, Keplerstraße verheißen gußeiserne, verschnörkelte Straßenschilder. Sie erinnern an die Geschichte der Naturwissenschaften und ihre großen Geister. Es sind Relikte aus längst vergangenen Zeiten – hier inmitten der neuen, glänzenden Retortenstadt.

Im Kerngebiet der Wissenschafts- und Wirtschaftsstadt Adlershof reiht sich ein Institutsgebäude an das andere. Futuristisch sehen sie allesamt aus, ein bißchen wie sorgsam angeordnete Legobausteine, das eine ein gedrungener Flachbau, das

nächste ein hoch aufragender kompakter Block, die Innenhöfe mit Bäumen, Sträuchern, Parkbänken und Springbrunnen reichlich bestückt. Friedlich ist es hier. Nur das leise Summen technischer Anlagen durchbricht die Stille, gedämpfte Stimmen dringen aus den Laboratorien, die sich da hinter den Beton- und Glasfronten verbergen. Hier passiert

Wichtiges, hier wird unsere Zukunft nicht nur zurechtgebastelt, sondern auch entschieden.

„Gesamtüberblicke sind notwendige Übel für den Geist“

„Und dies“, sagte der Direktor, die Tür öffnend, „ist der Laser-raum der Synchrotronstrahlungsquelle Bessy II.“ Eine soeben eingetroffene Gruppe frischgebackener Studenten folgte aufgeregt und ziemlich beklommen. „Nur damit Sie eine Idee vom Ganzen bekommen“, erklärte er in solchen Fällen. Irgendeine allgemeine Idee mußten sie natürlich haben, um ihre Arbeit mit Verständnis verrichten zu können, andererseits aber auch nicht zuviel von einer Idee, wenn sie brauchbare und zufriedene Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden sollten. Die kleinen Einheiten sind es bekanntlich, die glücklich und tüchtig machen. Gesamtüberblicke sind notwendige Übel für den Geist. Nicht Philosophen, sondern Laubsägebastler und Briefmarkensammler bilden das Rückgrad der Menschheit. „Morgen“, fuhr der Direktor fort und lächelte ihnen mit einem nicht ganz geheueren Wohlwollen zu, „beginnt für sie der Ernst der Arbeit. Für Gesamtüberblicke werden sie dann keine Zeit haben...“ (frei nach Aldous Huxley – „Schöne Neue Welt“).

„Synergien zur Beschleunigung der Innovationszyklen“

Doch noch liegt diese wegweisende Wissenschaftsstadt in der Zukunft. Es ist 1997, Januar. Ein kalter Wind bläst mir ins

Richtungsweisend?

Richtungsweisend:



Berlin Adlershof

Die Stadt für Wissenschaft und Wirtschaft



Humboldt-Universität zu Berlin



WISTA Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort

MediaCity Adlershof

Industrie- und Gewerbe

Gesicht und zerfleddert den Stapel an Hochglanzprospekten in meiner Hand. Der verhangene Himmel spannt sich über eine verlassene Wüste aus grauen Betonbauten, die noch wie zusammenhangslos in der Landschaft stehen. „Vor sich sehen Sie das Innovations- und Gründerzentrum“, sagt die Öffentlichkeitsreferentin der WISTA Management GmbH neben mir und zeigt auf das große, klobige Gebäude vor uns. „Hier erhalten profilkonforme Jungunternehmer günstige Rahmenbedingungen für die Startphase“, fährt sie fort, „durch Zusammenarbeit dieser Unternehmen mit Wissenschaftseinrichtungen und mit der Universität sollen Synergien zur Beschleunigung der Innovationszyklen der Wirtschaft erreicht werden. Hier werden neue, zukunftsweisende Modelle für die rasche Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte entwickelt.“

„Wegweisende Bedeutung für den Standort Deutschland“

Das Land Berlin betrachtet Adlershof als wichtigstes Projekt für die Berliner Wissenschaft und Wirtschaft. In seiner Entwicklung wird eine „wegweisende Bedeutung für die Zukunft Berlins und den Standort Deutschland“ gesehen. Insgesamt sollen dort 30.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 15.000 Menschen geschaffen werden.

Als Treuhänder und Entwicklungsträger des Landes Berlin ist die WISTA GmbH für das 76 ha große Kerngebiet eingesetzt worden. Hier soll ein Forschungs- und Industriepark entstehen, in dem sich nicht nur außeruniversitäre Wissenschaftsinstitute und technologieorientierte Industrieunternehmen, sondern auch die naturwissenschaftlichen Fakultäten der Humboldt-Universität ansiedeln sollen. Dieser Technologiepark soll durch eine entsprechende Gewerbe- und Infrastruktur auf dem fast 500 ha umfassenden Gesamtgebiet ergänzt werden. Hierfür ist die treuhänderische Berlin Adlershof Aufbaugesellschaft mbH (BAAG) zuständig. Neben Gewerbeflächen werden hier Wohnsiedlungen, Freizeit- und Grünflächen angelegt – es entsteht eine eigene Stadt am Rande der Stadt, eine Modellstadt.

„Anknüpfend an die Tradition wird hier ein zukunftsweisendes Konzept umgesetzt...“

Das Gelände Adlershof ist ein traditioneller Standort für Forschung. In den bunten Prospekten der WISTA und BAAG sind auf bräunlichen Fotografien nostalgisch die ersten Flugzeuge zu sehen. Tatsächlich war die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in den Zwanziger Jahren die erste wissenschaftliche Einrichtung vor Ort. Vor und während des Zweiten Weltkrieges wurden hier Flugzeuge für militärische Zwecke entwickelt. Nach 1949 entstand auf dem Gelände schließlich das größte naturwissenschaftlich-technische Forschungszentrum der DDR, die Akademie der Wissenschaften.

Mit dem Einigungsvertrag wurde 1991 der Wissenschaftsrat mit der Evaluierung der wissenschaftlichen Einrichtungen in Adlershof beauftragt. Ein Rahmenkonzept für eine Neustrukturierung wurde vorgeschlagen – Adlershof sollte zu einer „integrierten Landschaft von Wissenschaft und Wirtschaft“ umstrukturiert werden. 1992 wurde diese grundsätzliche, künftige Nutzungsstruktur vom Berliner Senat beschlossen und das Gelände Adlershof-Johannisthal als Entwicklungsgebiet festgeschrieben. Die Zuständigkeiten liegen bei den Senatsverwaltungen für Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Technologie, Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Bau- und Wohnungswesen. Gemäß dem Standortkonzept sollen 60% des Geländes für den Wirtschaftsbereich und 40% für den Wissenschaftsbereich zur Verfügung stehen.

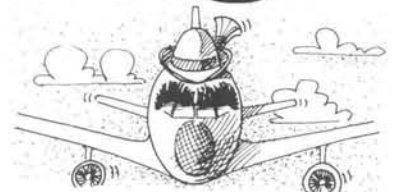
„Ein neues Selbstverständnis von Hochschule und Forschung“

Ich blättere weiter in den unzähligen Prospekten und Profilen, selbst eine eigene Zeitung gibt es hier. In Adlershof soll ein „Nährboden“ geschaffen werden „für den Aufbau neuer Unternehmenskulturen, aber auch ein neues Selbstverständnis von Hochschule und Forschung in ihrem Zusammenwirken mit der Wirtschaft.“ Es geht um eine „direkte Verfügbarkeit von Ergebnissen der Grundlagenforschung für die Industrie und somit um die Bildung strategischer Ressourcen.“

Die Integration der Institute der Humboldt-Universität ist tatsächlich ein wichtiger Bestandteil des Adlershofer Konzeptes. Die Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten I und II – das sind die Biologie, Chemie, Psychologie, Pharmazie, Physik, Mathematik, Informatik und Geographie – sollen mit 4.500 Studienplätzen und 800 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in die neu geschaffene Wissenschaftsstadt ziehen.

Dieses wissenschaftspolitische Vorhaben wurde im Dezember 1991 vom Akademi-

Ob Waigel heuer fliegt?



London ab	259,-*	→
Barcelona ab	424,-	→
Athen ab	480,-	→
Madrid ab	480,-	→
New York ab	577,-	→
Tel Aviv ab	679,-	→
Memphis ab	679,-	→
Los Angeles ab	812,-	→
Caracas ab	869,-*	→
Mexico City ab	924,-*	→
Bangkok ab	956,-*	→
Peking ab	1090,-	→
Johannesburg ab	1146,-	→
→ Osaka ab	1257,-	→
Sydney ab	1590,-	→

Weitere Angebote über unseren
Flugpreis-Faxabruf 01 90 /
25 25 15. (Talkline, DM 1,20/min.)

Internet: <http://www.statravel.de>

Jugend-/Studententarif. Preise pro Person in DM.
Tarifstand bei Redaktionsschluß.

**Der Spezialist und Marktführer für
Studenten- und Jugendtarife weltweit.**

STA Travel, 10625 Berlin,
Goethestr. 73 / Ecke Schlüterstr.,
Tel.: 0 30 / 3 11 09 50.

STA Travel, 10117 Berlin,
Marienstr. 25, Tel.: 0 30 / 28 59 82 64.

STA Travel, 10117 Berlin,
Dorotheenstr. 30, Tel.: 0 30 / 20 16 50 63.

STA
TRAVEL
Worldwide



schen Senat der Humboldt-Universität beschlossen. Der Wissenschaftsrat sprach 1993 seine Unterstützung aus, die Pläne wurden ihm zur endgültigen Begutachtung vorgelegt. Die universitätsöffentliche Diskussion war mager, vorhandener studentischer Widerstand wurde ebenso wie kritische Standpunkte einzelner Professoren und Professorinnen ignoriert...

„Der bauliche Zustand ist desolat“

Die materielle Ausstattung der naturwissenschaftlichen Institute der Humboldt-Universität wurde im Rahmen der Beurteilung durch die Landeshochschulstrukturkommission nach der Wende als miserabel befunden. Der bauliche Zustand der Institute sei desolat, er behindere und begrenze den Einsatz moderner Methoden, es fehle an den erforderlichen Installationen, die Sicherheitsvorkehrungen seien ungenügend. Zudem bestehe eine enorme Raumknappheit.

Tatsächlich ist die Universität in über Berlin-Mitte verstreuten Gebäuden untergebracht, die nur zum Teil Landes- oder Universitätseigentum sind. Ein Großteil sind Mietobjekte, die mit ihren von der Universität zu zahlenden Mieten jährlich ein tiefes Loch in den universitätseigenen Haushalt fressen. Für neue Mietobjekte fehlt das Geld. Nicht zuletzt ist Berlin zur Hauptstadt geworden, die Regierung rückt an. Grund und Boden im Zentrum der neuen Metropole werden knapp, Bund, Land und Privateigentümer konkurrieren um das kostbare Terrain und treiben die Mieten in die Höhe. Gleichzeitig bestimmt extreme Geldnot den Universitätsalltag.

Wen wundert es da noch – das Projekt Adlershof präsentiert sich in dieser Situation als rettender Strohhalm. Dort können angemessene Gebäude für die naturwissenschaftlichen Institute geschaffen werden, die geldintensiven Mietobjekte in der Innenstadt können aufgegeben oder an die geisteswissenschaftlichen Fakultäten abgegeben werden. Die Naturwissenschaften aber können draußen im Forschungs- und Technologiepark expandieren und sich einer entsprechenden Infrastruktur bedienen. Durch die räumliche Konzentration der einzelnen Institute wird die Zusammenarbeit zwischen den Instituten gefördert, Großgeräte und aufwendige, teure Einrichtungen können ge-

meinsam genutzt werden – nicht nur die universitätseigenen Geräte, sondern auch die der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Industrieunternehmen.

Ein wahres Paradies für jeden Forscher und jede Forscherin tut sich da auf. Studierende können in ihrem zukünftigen Arbeitsfeld schnuppern, Praktikumsplätze werden auf dem Tablett serviert, der lukrative und „hochwertige“ Arbeitsplatz für den praxisnah ausgebildeten Wissenschaftsnachwuchs winkt von allen Seiten...

„Eine Symbiose von Forschen, Studieren, Arbeiten, Wohnen und Freizeit“

2003. Inmitten der Legosteine erhebt sich das riesenhafte, ufoartige Gebäude des BESSY II – jener Hochbrillanz-Synchrotronstrahlungsquelle der dritten Generation, die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus der ganzen Welt in das berühmte Adlershof führt – sie ist das Wahrzeichen und Herzstück der Modellstadt. Lässt man Bessy links liegen und überquert die baumbestandene Rudower Chaussee, so gelangt man über die Newtonstraße, vorbei an den historischen und identitätsstiftenden Technikbauwerken des letzten Jahrtausends (der Windkanal ragt wie ein übergroßes Rohr neben dem tonnenförmigen Trudelturm auf – seit solchen Zeiten ist die Menschheit weit gekommen...) in eine wunderschöne Gartenstadt.

Reihenhäuser ziehen sich an den symmetrischen, schmalen Straßen entlang, hier und da eine Stadtvilla inmitten eines blühenden Gartens. Nicht weit ein Schulkomplex mit Kita, Grundschule und Gymnasium. Studenten und Studentinnen sitzen auf den Balkonen des benachbarten Wohnheimes. Um die Ecke befindet sich ein Supermarkt, müßige Menschen sitzen im Biergarten einer Kneipe, ein Kino kündigt das aktuellste Filmprogramm für den Abend an. Durchschreitet man die Gartenstadt, so gelangt man auf das sich endlos erstreckende Grün des Landschaftsparks, am Waldrand erheben sich die Gebäude des Sport- und Freizeitcenters. In der Stadt der Zukunft scheint für alles gesorgt zu sein...

„Die Wissenschafts- und Wirtschaftsskeptiker sind die ewig gestrigen...“

„BESSY ist nur eines der vielen Beispiele für unsere zukunftsreichen Investitionen in die Schlüsselfelder des 21. Jahrhunderts“, erläuterte der Direktor mit einer weitausholenden Armbewegung. Die Maschinen surrten leise. „Diese Technologien sind Schnittstelle und Einstieg für die Multimilliarden-Märkte der Informationsgesellschaft unseres Jahrhunderts.“ Mit großen Schritten durchquerte er die Kuppelhalle, die Gruppe von Studierenden zuckelte hinterher. Zaghaft zupfte ich einen dieser fleißigen Studenten am Ärmel. „Und was ist denn eigentlich aus dem Humboldtschen Ideal geworden, der Einheit von Geistes- und Naturwissenschaften, der Trennung der universitären Forschung von rein wirtschaftlichen Interessen?“

Der Student drehte sich mit einem Ruck nach mir um. „Ja, begreifen Sie denn das nicht?“ Er schüttelte den Kopf. „Wie wol-

Adlershof: Realität

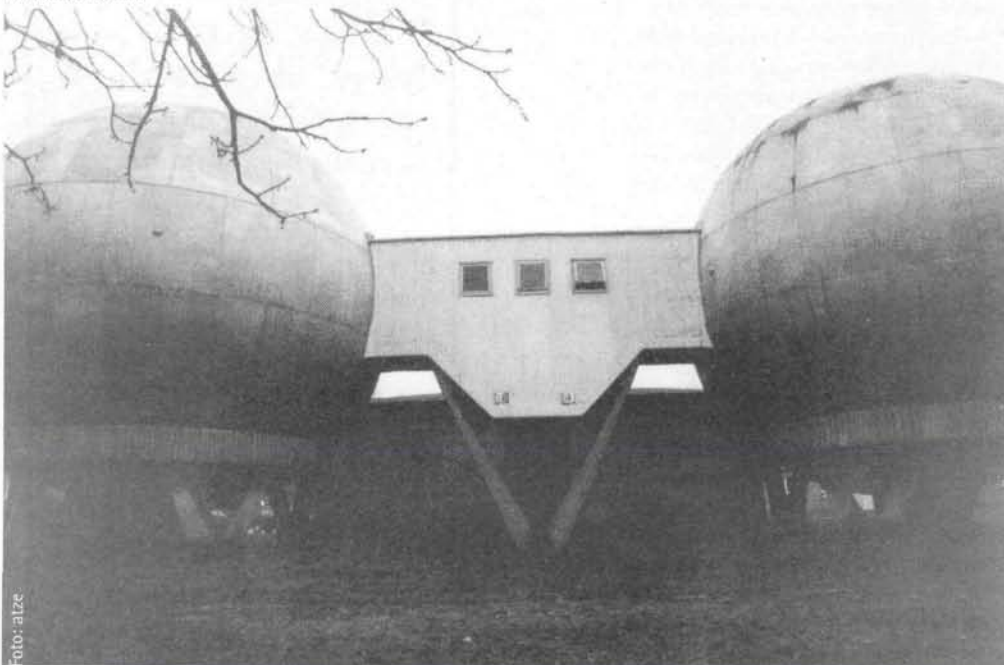


Foto: atze



len Sie denn die Zukunft gestalten, wenn Sie mit der Industrie keine Zusammenarbeit wollen?" Der Student hob den Zeigefinger mit wichtiger Miene. „Die Industrie muß doch die Zukunft umweltverträglich und lebenswert machen! Mißstände in dieser Gesellschaft bekämpfen heißt auch, neue Technologien zu entwickeln, die umweltfreundlicher sind, neue Werkstoffe zu erforschen, die sicherer und billiger sind, neue Heilverfahren für Krankheiten zu finden, wo dann bei aller Gefahr die Gentechnologie nicht nur verdammenswert ist.“

Der Student lächelte mich mitleidig an und wies auf die Gruppe Studierender, die einige Meter entfernt aufmerksam an den Lippen des Direktors hing. „Und dann vergessen die Skeptiker auch immer ein wenig, daß die Marktwirtschaft von Innovation lebt, also von jungen Absolventen praxisorientierter Universitäten. Wir sind es, die für die Zukunft und für das Wohl der Menschheit etwas erreichen werden.“

Schöne Neue Welt?

Als Aldous Huxley seinen Zukunftsroman „Schöne Neue Welt“ schrieb, bot er den Menschen nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Ein wahnwitziges Leben im High-Tech-Lande Utopia und das Leben eines Primitiven im Indianerdorf. Bei aller Kritik an ersterem ist letzteres natürlich auch nicht die Lösung. Forschung wird gebraucht, und Forschung läßt sich nicht aufhalten. Doch muß die Gesellschaft und der einzelne Mensch in ihr lernen, mit der Wissenschaft umzugehen und den unbegrenzten Fortschrittsglauben immer wieder in Frage zu stellen. Nicht Fachidioten und -idiotinnen sind deshalb gefragt, sondern Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit gesellschaftlichem Weitblick. Es kommt auf die Diskussion der Menschen aus den verschiedenen Bereichen an, auf das Zusammentreffen unterschiedlicher Denkweisen und Lösungsansätze. Doch Adlershof ist zu weit für ein geregeltes Studium an beiden Standorten und für einen Kontakt zwischen Natur- und Geisteswissenschaften. Die isolierte Modellstadt der Wissenschaft gleicht einem Elfenbeinturm, in dem im Glauben an das unbegrenzt Gute der Naturwissenschaften und des Fortschritts geforscht wird, ohne den eigentlichen Nutzen und die vorherrschende Denkweise zu hinterfragen. Und die Gelder der Industrie fließen doch wohl eher zu ihrem eigenen Nutzen...

Natürlich wäre es da naiv zu glauben, daß heute, wo Natur- und Geisteswissenschaften noch in enger räumlicher Nachbarschaft nebeneinander existieren, ein Austausch und eine Zusammenarbeit erfolge. Tatsächlich ist es nur ein Nebeneinander und kein Miteinander im Sinne einer richtig verstandenen Interdisziplinarität. Sicher ist dies ein Punkt, den es zu ändern gilt – das ist allerdings nicht mehr möglich, wenn die Naturwissenschaften sich erst einmal in Adlershof befinden.

Eine enge Verflechtung von Industrie und Forschung – so wie in Adlershof geplant – ist nur noch schwer zu überblicken und zu kontrollieren. Wer garantiert, daß bei den Forschungen an den Adlershofer Themengebieten wie Neue Werk-

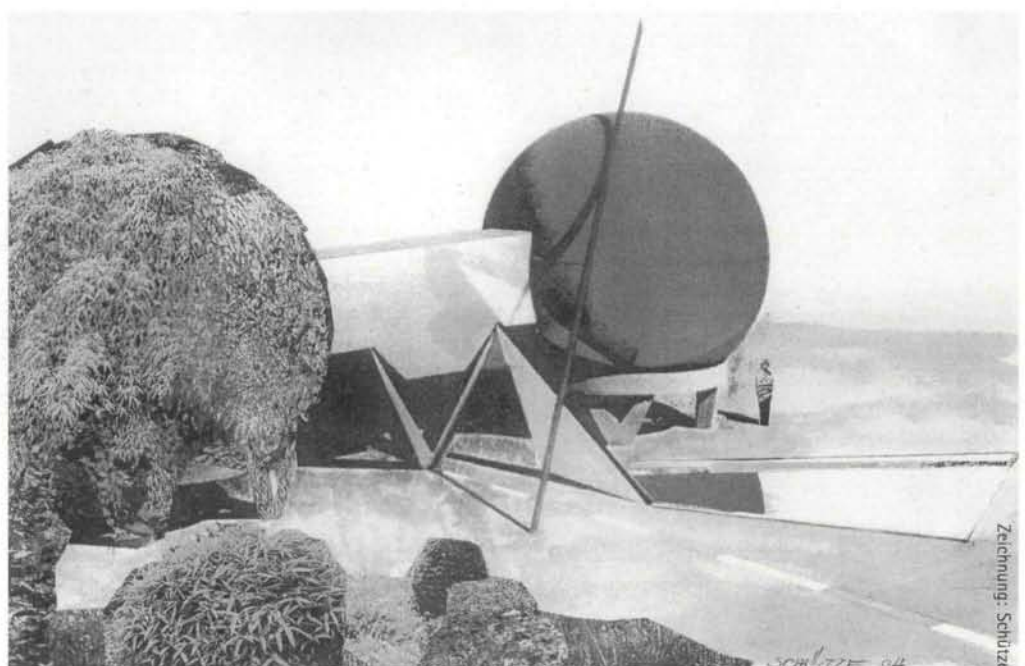
stoffe, Mikrosystemtechnik, Mikroelektronik, Photonik, Lasertechnik und Optoelektronik nicht am Ende ein Hochleistungswaffensystem herauskommt? Und ist unsere Gesellschaft überhaupt reif für die Möglichkeiten, die ihr die moderne Wissenschaft bietet? „Gutgemeinte“ Forschung kann sich fatal als das Gegenteil herausstellen, man denke nur an die pränatale Diagnostik zur Früherkennung von Erbkrankheiten – von der könnte es nicht weit sein zu Diskriminierung und Euthanasie. Ist es nicht Zeit, über Werte in der Gesellschaft nachzudenken, anstatt in der Technologie der Zukunft die Lösung für alle Probleme der Gegenwart zu sehen?

Denkt man pragmatisch, so ist es bei der Situation auf dem heutigen Arbeitsmarkt verständlich, daß ein früher Kontakt mit möglichen zukünftigen Arbeitgeber(...innen) von vielen Studierenden als positiv bewertet wird. Doch auch heute wird niemand daran gehindert, ein Praktikum in Forschung und Industrie zu machen, dazu braucht es nicht die räumliche Nähe. Studierende, die nicht einmal soviel Eigenengagement beweisen, können weder für Industrie noch im Sinne einer verantwortlichen Forschung interessant sein. Mit einer, wie in Adlershof geplanten räumlichen Nähe wird dagegen ein höherer Karriere- und Spezialisierungsdruck erzeugt. Angehende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen befinden sich schließlich direkt vor Ort, Überstunden und übermäßige Aufopferung für das eigene Spezialgebiet sind direkt vorprogrammiert.

Die Naturwissenschaften und ihre Studenten und Studentinnen werden ghettoisiert. Es ist nicht nur die Ablösung von den geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Universität, die dieses Ghetto ausmachen. Es geht auch um die Abtrennung von der Gesellschaft als solche. Adlershof ist eine eigene Stadt, es ist eine Retortenstadt. „Überwiegend hochwertige Arbeitsplätze“ werden hier in einem „adäquaten Ambiente und bei hoher Lebensqualität“ geschaffen. Doch die reale Welt sieht anders aus als eine solche heile Modellstadt. Wie sollen hier lebende Studenten und Studentinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, herausgelöst aus einem „normalen“ Kiez, für die Gesellschaft forschen und entscheiden?

Elke Binder

Adlershof: Fiktion



Zeichnung: Schütze



Verschleppung mit System?

Finanzierung des Hightech-Parks Adlershof ist immer noch ungelöst. Senatsbeschuß für Mitte Februar erwartet.

Trotz zuversichtlicher Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (CDU) hängt die Zukunft des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Adlershof am seidenen Faden. Die Finanzierung des Umzug der Naturwissenschaften der Humboldt-Universität – entscheidend für das Gesamtprojekt Adlershof – ist noch immer ungewiß. So vertagte der Senat vor kurzem eine von der Wissenschaftsverwaltung ausgearbeitete Finanzierungsvorlage und verzögert zum wiederholten Mal eine konkrete Planung auf Mitte Februar.

Weitere Probleme bereitet auch der Investitionsplan. Die Finanzverwaltung fordert eine verbindliche Festschreibung aller Großprojekte im sogenannten Investitionsplan, der gemeinsam mit dem Jahreshaushalt verabschiedet werden soll. Hingegen fordert der Regierende Bürgermeister den Verzicht auf die Erstellung eines solchen Papiers und die „unbürokratische“ Förderung anstehender Projekte. Sollte der Plan dennoch erstellt werden, würde aller Voraussicht nach der Umzug der Naturwissenschaften herausgehalten. Grund hierfür ist die selbstauferlegte Investitionsbegrenzung in Höhe von 5 Mrd. DM. Da Adlershof trotz hoher Priorität weder im alten Investitionsplan enthalten war, noch wegen Überfüllung große Chancen hat, in den neuen Plan aufgenommen zu werden, ist der Umzug akut gefährdet.

Wissenschaftsrat skeptisch

Desweiteren kündigte der mit der Begutachtung des Projekts beauftragte Wissenschaftsrat an, im Falle der geplanten Absenkung der Berliner Studienplätze auf eine Zahl unter 85.000 dem Projekt Adlershof eine Absage zu erteilen. Seit Mai 1996 erwartet Berlin die Ergebnisse der Projektevaluation, von denen auch die Bundeszuschüsse abhängig gemacht werden. Geplant war, die Hälfte der benötigten Mittel aus Bundeszuschüssen zu finanzieren. Fiele diese Quelle weg, wäre die Finanzierung unsicherer denn je.

Auch der vom Wissenschaftsrat parallel zu Adlershof evaluierte Brandenburger Technologiepark Golm, der als Konkurrent zu Adlershof und heimlicher Favorit des Wissenschaftsrates gehandelt wird, könnte dem Berliner Standort den Rang ablaufen.

Noch drehen sich die Baukräne in Adlershof



Foto: atze

Zusätzlich kritisierte das Gremium in Zusammenhang mit dem desolaten Zustand der Berliner Universitätsklinik auch die unabgestimmte und konzeptlose Wissenschaftspolitik der Berliner Regierung. Dies alles läßt zwar noch nicht auf die grundsätzliche Zusageverweigerung schließen, wirft jedoch berechnete Zweifel auf.

Adlershof auf der Kippe

Weitere Kritik erfährt die Regierung von Seiten der Wissenschaft. Tatsache ist, daß selbst im '97er Haushaltsentwurf des Abgeordnetenhauses, der Ende Februar verabschiedet werden soll, kein Geld für den Umzug der Naturwissenschaften an der Humboldt-Universität eingeplant wurde. Nach dem Zeitplan der noch Anfang 1996 von der Regierung angestrebt wurde, sollten bereits 1997 die ersten Lehrstühle der Humboldt-Chemie in Adlershof ihre Tätigkeit aufnehmen.

Auch wird entgegen der damaligen Planung bereits nicht mehr das Jahr 2003, sondern das Jahr 2005 als angestrebtes Umzugsende propagiert. Diese Verschleppung könnte jedoch nach Ansicht vieler WissenschaftlerInnen das Ende des Projekts bedeuten. Mit einer Vielzahl bereits fertiger bzw. im Bau befindlicher außeruniversitärer Forschungseinrichtungen besitzt das nahegelegene Golm schon jetzt einen klaren Vorteil gegenüber Adlershof. Während sich in dem Brandenburgischen Gebiet schon eine Reihe von Instituten angesiedelt haben, liegt in Berlin derzeit noch fast alles brach. Würde sich der Umzug der Naturwissenschaften um weitere Jahre verzögern, läge es für viele Forschungsinstitute nahe, ihre Einrichtungen in Brandenburg zu errichten.

Verfehlte Universitätspolitik

Mit großer Besorgnis beobachten vor allem die Angehörigen der „Schlüsselinstitute“, wie z. B. der Chemie, die Diskussion um den zukünftigen Standort. Ohne Übertreibung kann davon geredet werden, daß – sollte das Projekt Adlershof fallen gelassen werden – es nur eine Frage der Zeit ist, bis diesen Instituten die Abwicklung droht. Schuld hieran ist vor allem eine verfehlte Universitätspolitik, deren einziges Argument zum Erhalt der bereits seit Jahren bedrohten Fächer Adlershof war. So wurde es versäumt, die zum Teil katastrophale Raumsituation der Humboldt-Universität in Mitte zu lösen. Statt dessen wurde der Unmut über die mangelhafte Bau- und Raumsituation mit der Hoffnung auf einen baldigen Umzug nach Adlershof besänftigt. Findet dieser nun nicht statt, existieren keine weiteren Handlungsoptionen, da selbst innerhalb der Universität niemand den Mut aufbringt, sich offen und kritisch über das Projekt zu äußern, geschweige denn an den Tag nach der Absage zu denken.

Allgemein bleibt vor allem Skepsis. Neben der Tatsache, daß es bei derzeit stark sinkenden Studienplatzzahlen überaus fragwürdig ist, weitere derartige Großprojekte in Berlin zu fördern, ist das Defizit an wissenschafts- und technologiekritischen Betrachtungen so groß, daß man geradezu hoffen muß, daß die finanzpolitischen Gründe die Verantwortlichen zum Umdenken zwingen.

che

Universität schützt vor Dummheit nicht!



Braunes Gedankengut auf Hochschulebene

Unsere Universitäten waren und sind nie frei gewesen von reaktionären bis hin zu rechtsextremen Tendenzen. Waren es früher vor allem die Studentenverbindungen (Burschenschaften, Korporationen,...), die dieses Feld beackerten und es heute auch weiterhin tun, so versuchen nun verstärkt auch andere Organisationen und Gruppen der rechten und rechtsextremen Szene, im akademischen Bereich Fuß zu fassen.

Letzte „Erfolgsmeldung“ war der Einzug zweier Studenten auf einer Liste der Republikaner in das StudentInnenparlament der Universität Marburg im Januar dieses Jahres. Wie aus einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ zu entnehmen war, sind die Republikaner auf dem Weg, ihren „Republikanischen Hochschulverband“ wieder neu zu beleben, und orientieren sich dabei auf solche Hochschulstandorte wie Darmstadt, Gießen und auch Berlin. Bis jetzt haben sie immer nur geringen Einfluß an den Hochschulen in Deutschland erlangt. Aber mit der Breite an Aktivitäten, die sie entfalten, nimmt auch ihr Einfluß zu und fängt an, das Bild vom Studenten an den Universitäten in Deutschland zu prägen; nicht zuletzt, weil sie sich Ideen wie die eines beschränkten Hochschulzugangs oder einer Bildungselite zu eigen machen. Zudem stellen sie sich gern als die wahren Studentenvertreter dar und vermeiden es, offen rechtsradikale Positionen zu propagieren. Das eröffnet für sie die Möglichkeit, auch mit Gruppen außerhalb ihres begrenzten Spektrums zu kooperieren.

Im Raum Berlin/Brandenburg finden wir zuallererst die Burschenschaften, die mehr oder weniger offen an den Hochschulen und Universitäten auftreten. Dabei liegt ein Schwerpunkt natürlich am Ort des zukünftigen Regierungssitzes in Berlin, wo sie traditionell im Westteil der Stadt stärker vertreten sind als an den Universitäten der neuen Bundesländer. Hier versuchen sie natürlich bevorzugt, Fuß zu fassen. Dabei sind sie bestrebt, an alte Traditionen anzuknüpfen, wie ihre verstärkten Aktivitäten in Halle oder Jena zeigen. An der HUB ist ihnen das bisher aus verschiedenen Gründen nicht gelungen: Auf der einen Seite fanden sich nicht viele StudentInnen, die dumm genug waren, auf ihre Ideen hereinzufallen, und andererseits konnten sie bisher nicht so offen auftreten, da ihnen von offizieller Seite (Unileitung) und studentischer Seite (z.B. viele StudentInnen, Refrat, Antifa, Krähenfuß,...) Widerstand entgegengesetzt wurde. Allerdings gelang es einer Burschenschaft, im Dezember 1996 eine öffentliche Veranstaltung an der Fakultät der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität durchzuführen. Dies war der erste große öffentliche Auftritt einer Burschenschaft seit über 50 Jahren an unserer Universität. Die Burschenschaften, die hier in Berlin aktiv sind, gehören überwiegend zum rechtskonservativen bis neofaschistischen Spektrum. Im Elitedenken, der Bildung von Seilschaften in Politik und Wirtschaft sowie wertkonservativen bis rechtsextremen und revanchistischen Gedankengut sind sie sich einig. Die wenigen Burschenschaften, die sich mit der Marburger Erklärung im April 1996 von diesen unseligen Traditionen losgesagt haben, stellen leider keine Mehrheitsmeinung unter den studentischen Verbindungen dar.

Daß sie gerade in den neuen Ländern Fuß zu fassen versuchen, konnte man an der Wahl des Veranstaltungsortes des „6. Studententages des Coburger Convent“ in Berlin-Lichtenberg sehen.

Neben den Burschenschaften werden aber zunehmend auch

andere Gruppen aktiv, die aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum kommen. Einerseits liegt das daran, daß eine ganze Generation von Mitläufern und Mitgliedern der Gruppen aus dem Schulalter heraus ist und sich zum Teil nach Abitur und/oder Berufsausbildung an die Univer-

sitäten und Fachhochschulen begeben hat. Andererseits liegt heutzutage ein bevorzugtes Betätigungsfeld gerade auch im intellektuellen Bereich, um in vielen Gebieten der Wissenschaft, Kultur, etc. rechtes Gedankengut einfließen zu lassen und mit anderen weniger rechten Ideen zu verknüpfen. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit dem Bemühen der „Neuen Rechten“, eine kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen. Ziel ist es u.a., bestimmte Fronten und Isolierungen aufzubrechen und Einfluß zu gewinnen sowie gleichzeitig weniger angreifbar zu sein.

Im Raum Berlin/Brandenburg gibt es eine Hochschulgruppe der „Die Nationalen e.V.“, die, um ihrer sonstigen Nichtbeachtung zu entgehen, entsprechend auftrumpfen. Erinnert sei hier nur an ihre Forderung von Ende 95/Anfang 96, die „Viadrina“- die Europa-Universität in Frankfurt/Oder- zu schließen und an die Universität Frankfurt anzugliedern. Sie kritisierten die „Verschwendung von Millionen Mark an Steuermitteln“ für die „Propagandalüge von der deutsch-polnischen Freundschaft“. Diese Hochschulgruppe ist nach eigener Aussage mit ungefähr 30 Mitgliedern an der HUB, der Uni Potsdam und der „Viadrina“ in Frankfurt/Oder aktiv.

„Die Nationalen e.V.“ wurden am 3. September 1991 durch Mitglieder der Parteien „Die Republikaner“, der NPD, der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DL) und der „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) als „Freiheitliche Wählergemeinschaft- Wir sind das Volk“ (WSDV) gegründet. Am 28. August 1992 wurden sie in den Verein „Die Nationalen e. V.“ mit Sitz in Berlin umgewandelt. Inzwischen sind sie zu einem Sammelbecken für viele Neonazis, u.a. für Mitglieder der inzwischen verbotenen rechtsextremistischen FAP und der Deutsche Alternative (DA), geworden. Sie treten offen ausländerfeindlich und rassistisch auf, operieren oft genug aber auch versteckt. Ihr Publikationsorgan ist die „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ). Einige ihrer führenden Köpfe sind vor allem im Raum Berlin-Brandenburg aktiv. Erwähnt seien hier Detlev Cholewa, früher FAP, Mitglied der „Kameradschaft Treptow“, Kandidat der „Nationalen“ in Treptow und Mitglied der BBZ-Redaktion, oder Frank Schwerdt, ehemaliges Mitglied der NPD, der CDU, der DL und heute Herausgeber der BBZ. Selbst wenn die Zahl ihrer Aktivisten an den drei Universitäten in Berlin, Potsdam und Frankfurt/O. vielleicht zu hoch gegriffen ist, sollte man sie nicht unterschätzen. Es handelt sich nicht nur um irgendwelche dumpfen Schläger, sondern um Studenten, die ihre rassistischen und faschistischen Ideen geschickt verpackt an andere Menschen bringen können. Das Potential, das sich hier an den Universitäten befindet, hat die besten Voraussetzungen, um zur neuen Führungsschicht der rechtsextremistischen Szene zu werden und gleichzeitig führende Positionen in Politik und Wirtschaft einzunehmen. Dem etwas entgegenzusetzen und Zivilcourage zu zeigen ist das RECHT und die PFLICHT eines jeden hier an dieser Uni und überall.

HUmmel-Antifa



A minore ad maius

Zur Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen

Am 6. August 1945 zerstörte sie in Hiroshima das Leben von etwa 14.000 Menschen. Von 400.000 bei ihrem Abwurf in Hiroshima anwesenden Menschen erlebten nur 158.007 das Jahr 1950. Die Rede ist von einer Waffe, deren Energie, wenn sie freigesetzt wird, tausend oder sogar millionenfach höher ist, als die von den „sprengkräftigsten“ konventionellen Waffen: Die Atombombe.

51 Jahre nach ihrem ersten Abwurf am 7. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IHG), der Gerichtshof der Vereinten Nationen, die Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen erklärt. Dieses von der Öffentlichkeit wenig beachtete Rechtsgutachten erging anlässlich eines Antrages der UN-Generalversammlung. Die 14 RichterInnen erklärten, daß die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das Kriegsvölkerrecht und insbesondere gegen das internationale Menschenrecht verstoßen. Die Kernaussage wurde bei Stimmgleichheit durch die in einem solchen Falle ausschlaggebende Stimme des Präsidenten, Richter Bedjaoui aus Algerien, entschieden. Zu den überstimmten RichterInnen zählten diejenigen aus den Atomwaffenstaaten USA, England, Frankreich, Rußland, so daß das Rechtsgutachten ein getreues Abbild der internationalen Konflikte um die Atomwaffe ist.

Legitime Selbstverteidigung?

Der Gerichtshof ist ein Spielfeld politischer Interessen, auf dem versucht wird, es allen Beteiligten Recht zu machen. Deshalb wurde die Kernaussage abgeschwächt durch den Zusatz, daß nicht endgültig auf die Recht- oder Unrechtmäßigkeit dieser Waffen geschlossen werden könne, für den Fall, daß sich ein Staat „in einer Extremsituation legitimer Selbstverteidigung befindet, in der sein Überleben als Staat auf dem Spiel steht“. Einig waren sich die RichterInnen aber darin, die Verpflichtung der Staaten zu betonen, über atomare Abrüstung zu verhandeln.

Die Ignoranz, mit der das Rechtsgutachten in der internationalen Staatengemeinschaft bedacht wurde, ist Zeichen der begrenzten Macht des Internationalen Gerichtshofes. So beruht die „friedenssichernde Gesamtstrategie der NATO“ weiterhin auf der Androhung des Atomwaffeneinsatzes und der

Erstschlagdoktrin. Die Bundesregierung ist nach Art. 25, Art. 20 III GG gehalten, „die allgemeinen Regeln des Völkerrechts“, zu denen das Völkergewohnheitsrecht und damit auch die vom IGH in seiner Entscheidung herangezogenen

Grundsätze des sogenannten humanitären Kriegsvölkerrechts gehören, zu beachten. Für den Bereich der Bundeswehr ist darüber hinaus spezialgesetzlich in § 10 II des deutschen Soldatengesetzes bestimmt, daß Vorgesetzte „Befehle nur ... unter Beachtung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze und der Dienstvorschriften erteilen dürfen“. Trotzdem erklärt die Bundesregierung die geltende Verteidigungsstrategie der NATO und damit auch die Politik der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr, einschließlich der Beteiligung Deutschlands an der nuklearen Planungsgruppe des atlantischen Bündnisses, mit dem Völkerrecht und dem Grundgesetz vereinbar. Zu dieser Schlußfolgerung kam die Regierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen Ende letzten Jahres.

NATO-Strategie verfassungswidrig?

Die USA waren im August 1945 die einzige Atomwaffenmacht. Die Sprengkraft der abgeworfenen Bombe betrug 12,5 kt. Ihre Folgen waren verheerend. Von japanischen Frauen, die zur Zeit ihres Abwurfes schwanger waren und überlebten, hatten 28% eine Fehlgeburt, 25 % gebaren Kinder, die innerhalb des ersten Lebensjahres starben, und ein Viertel der überlebenden Kinder wies Mißbildungen des Zentralnervensystems wie Mikrozephalie und Schwachsinn auf.

Heute gibt es auf der Welt 13 Staaten, die erklärtermaßen Atombomben besitzen oder bei denen der Besitz vermutet wird. Die Sprengkraft dieser Atombomben überragt 12,5 kt bei weitem. Die Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen in der heutigen Zeit sind leicht vorstellbar: Sie könnten zur Vernichtung der Menschheit führen. Leider hat sich die Politik noch meistens logischen Schlüssen widersetzt.

Kirsten Wiese

Anzeige

Antiquariat Kurt-Georg Zeisig



Ankauf Verkauf Versand

**Bücher Platten Noten
Partituren**

Ebertystraße 51
10249 Berlin
Tel.: (030) 4 27 37 54

- ständig über 1000 Taschenbücher Stk. 2.- DM.
- umfangreiches Belletristikangebot
- Schallplatten-Klassik (E-Musik) Stk. 5.- DM.
- Noten in reicher Auswahl

Öffnungszeiten: Donnerstag, Freitag 10.00 - 18.30
Samstag: 9.00 - 14.00

Ebertystr. ist Nähe SEZ, Landsberger Allee.

!fake

Berlinale '97



Einleitung

Auf dem Wettbewerbsprogramm der diesjährigen Berlinale sind die Vereinigten Staaten mit einer Filmadaption (Regie: Nicholas Hytner) von Arthur Millers Drama „Hexenjagd“ vertreten - gleichzeitig kommt die Parabel über Diskriminierung, Verfolgung und Massenhysterie auch in die deutschen Kinos.

Millers „Hexenjagd“ reflektiert am Beispiel eines historischen Hexenprozesses im Jahre 1692 die Kommunistenjagd und Diskriminierung „unbequemer“ Künstler und Politiker in der McCarthy-Ära - ein Thema, das in den USA vielleicht momentan weniger aktuell erscheint als in Deutschland, wo mit den „Hexenjagden“ vor (DDR) und nach der Wende (man denke beispielsweise an gewisse „Ost-Lehrkräfte“ - die „Überhänger“ - an der HUB) eine besondere Sensibilität vorherrschen müßte.

Grund genug für die UnAUF, über die Hintergründe nachzudenken.

Inhalt


Eine kleine Geschichte der Berlinale

Die Retrospektive - G.W. Pabst

zoom - Ein Blick in die Tiefen des Programms

Wo geht's hier bitte zur Berlinale

Eine kleine Geschichte der Berlinale



Eigentlich ist es beinahe unmöglich, 56 Jahre Berlinale-Geschichte auch nur halbwegs erschöpfend auf zwei Seiten darzustellen: Die Chronik der Internationalen Filmfestspiele Berlin liest sich wie ein endloser Fortsetzungsroman – fast jedes Jahr ist geprägt von Intrigen, Querelen zwischen Jury, Festivalleitung und Berliner Senat, Finanzierungsschwierigkeiten, mehr oder minder großen Skandalen und Forderungen nach einer neuen Festivalkonzeption. Zugleich spiegeln die Festspiele durch die Insellage Berlins von ihrer Gründung an bis zum Fall der Mauer fast vierzig Jahre Ost-West-Konflikt. Es bleibt lediglich der Versuch, schlaglichtartig wenige Aspekte einer Berlinale-Geschichte aufflackern zu lassen...

Improvisiertes Chaos

Oscar Martay, seit 1948 als amerikanischer Filmberater in Berlin, gibt 1950 den Anstoß zur Gründung eines Ausschusses, der sich mit der Ausrichtung eines internationalen Filmfestivals in Berlin befassen soll. Die Grundstrukturen sind bald geklärt, die Dominanz alliierter Nationen bei den geplanten Beiträgen sticht ebenso ins Auge wie die Ablehnung eines Antrages auf Zulassung der Ostblockstaaten – schließlich stehen wir zu Beginn des Kalten Krieges. Die Organisationsleitung übernimmt Alfred Bauer – der zukünftig langjährige Leiter der Berlinale – und sieht sich einem, um es wohlwollend zu formulieren, Zustand

des völligen improvisierten Chaos gegenüber. „Ich arbeite nun schon bald ein halbes Jahr für die Stadt und habe immer noch keinen Vertrag in Händen“, schreibt Bauer in einem Beschwerdebrief – streckenweise werden laufende Ausgaben gedeckt, indem er ein privates Darlehen aufnimmt! Hinzu kommen Widerstände aus Frankreich und Italien, die in der Berlinale eine drohende Konkurrenz zu Cannes und Venedig wittern und die offizielle Teilnahme verweigern, und von Seiten der Spio (Spitzenorganisation der deutschen Filmwirtschaft), die im Festival eine Gefährdung der international unterlegenen und vom Krieg noch angeschlagenen deutschen Filmwirtschaft sieht. Trotz dieser Widerstände kann 1951 die erste Berlinale stattfinden – der große Bruder USA hilft mit einer kräftigen Finanzspritze, die sich teilweise aus der UFA-Liquidationsmasse speist. Termin der ersten Internationalen Filmfestspiele ist Sommer, spekuliert man doch darauf, so eine Alternativ-Veranstaltung zu den gleichzeitig im Ostsektor stattfindenden „Welt-Jugend-Spielen“ und der im Anschluß geplanten „Festwoche des volkdemokratischen Films“ zu bilden.

Zwischen Ost und West

Von ihrer Gründung an ist die Berlinale so mit dem Ost-West-Konflikt verknüpft, trägt in sich die Teilung eines Landes und einer Welt aus. So besteht ein großer Teil des Publikums der frühen Berlinale-Veranstaltungen aus Bewohnern des Ost-Sektors, es werden sogar eigens Kinos für diese Besuchergruppe angemietet.

In dieser Situation läßt sich die Berlinale aber nicht losgelöst von Weltmachtpolitik denken. So beginnt die dritte Berlinale einen Tag nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, trotz der gespannten Situation werden die Festspiele nicht abgesagt. Die Berlinale wird Beweis westlicher Präsenz und fast so etwas wie ein kulturpolitischer Brückenkopf ins sozialistische Osteuropa. Die Verhandlungen um eine sowjetische Teilnahme an den Festspielen – wie auch die Teilnahme der DDR und anderer sozialistischer Staaten – sind langwierig und zäh, immer wieder als Politikum problematisiert und stehen größeren Schwierigkeiten gegenüber als andere osteuropäische Festivals; erst 1973 können Spannungen und Mißtrauen soweit abgebaut werden, daß eine Teilnahme von UdSSR und DDR möglich wird – allerdings unter der Auflage weitgehender Rücksichtnahmen bei der Programmgestaltung. Versucht, eine Brückierung sozialistischer Staaten zu vermeiden, wurden häufig Filme, bei denen die Gefahr politischer oder ideologischer „Kompromittierung“ zu bestehen scheint, aus dem Programm entfernt oder aus dem Wettbewerb in das weniger „verfängliche“ Forum verlegt.

Der Weg zur Internationalität

Die Berlinale verkörpert in ihrer Anfangsphase aber neben dem Versuch, die deutsche Filmwirtschaft zu stärken und international zu präsentieren, auch den Anspruch, Berlin wieder in den Status einer bedeutenden Kulturmetropole zu erheben. Wo aber selbst die zukünftigen westlichen Verbündeten (Italien und Frankreich) sich der Teilnahme entziehen, verkörpert der Star als Besucher die Internationalität: Joan Fontaine, Billy Wilder, Gary Cooper und wie sie alle heißen mögen – eine unglaubliche Menschenflut umjubelte bereits am Flughafen die Gäste, die ein wenig Glamour und Farbe ins Berlin der Nachkriegszeit zu bringen schienen. Stars – das war auch der Glanz vergangener Tage, der lebendige Kinotraum, das Glück zum Anfassen – ein Stellenwert, der mit der Veränderung der Publikums- und Programmstruktur der Berlinale hin zur Leistungsschau für Filminteressierte beinahe völlig verschwunden ist. Noch hatte die Berlinale aber auch den offiziellen Status internationaler Filmfestspiele („A-Status“) nicht erreicht. Bis 1956 blieb der Berlinale der begehrte Status – aus möglicher Konkurrenz zu Cannes und Venedig – versagt, was sich bei der Preisvergabe und der Jury-Zusammensetzung auch rein praktisch auswirkte: Bis zur Anerkennung als internationale Festspiele blieb die Berlinale nicht nur kulturpolitisch seltsam isoliert, sondern konnte auch keine internationale Jury benennen.

Eine TV-Brücke über die Mauer

Nach Ablauf des Chruschtschow-Ultimatums läßt am 13. August 1961 Walter Ulbricht mit der Berliner Mauer eine ideologische Schneise durch die Stadt schlagen. Wieder einmal wird Berlin zum Prüfstein weltmachtpolitischer Konflikte, wieder einmal findet trotz der instabilen politischen Lage die Berlinale statt.

Mit dem Bau der Mauer wird die Stadt aber auch kulturell gespalten – dem Ost-Berliner Publikum, das bisher mit am Festspielprogramm teilnahm, bleibt dies nun verwehrt. Eine „TV-Brücke“, die eine knappe Woche lang Wettbewerbsfilme über die Mauer hinweg ausstrahlt, versucht, die Trennung zu überwinden.

Doch Berlin steht nicht nur unter dem Schock der jüngsten Ereignisse, sondern die Festspiele werden zugleich Fanal einer kulturellen Patt-Situation: 1962 erklärt auf den Oberhausener Kurzfilmtagen eine Gruppe junger Filmemacher, „Pappas Kino“ sei tot – man werde den „neuen deutschen Spielfilm“ schaffen. Eine wichtiges Ereignis nach der inhaltlichen Leere der vergangenen Festspiele, zeitgleich bricht die „Nouvelle vogue“ auf, die Generation der 68er klopft an die Tür – die Berlinale wird in Zukunft nicht mehr Leistungsschau, sondern Schauplatz neuer ästhetischer Auseinandersetzungen sein.

Die Emanzipation

1965 zeigen die Festspiele ein neues Gesicht: Das Programm wird gestrafft, die Anzahl der Preise verringert, die Jury in Zukunft nicht von den teilnehmenden Nationen, sondern von der Festspielleitung benannt. Man versucht, der Trägheit vergangener Jahre Herr zu werden, sieht sich aber auch selbstbewußt – man behält sich vor, künftig künstlerisch minderwertige Filme auch abzulehnen. Senator Stein faßt den neuen Mut auf Bedenken des Bundesinnenministeriums hin in Worte: „Ich kann nicht einsehen, daß die Bundesrepublik Deutschland auf ausländischen Filmfestspielen oft nicht vertreten ist, weil sich kein geeigneter Film finden ließ, daß aber umgekehrt die Internationalen Filmfestspiele Berlin jeden Film annehmen müssen, wenn er nur aus einem Land kommt, das (...) mehr als 50 Filme jährlich produziert“. Dieser neue Mut beinhaltet aber auch

den Mut, zu unbequemen Werken zu stehen, Regisseure wie Faßbinder oder Godard werden in Zukunft ihren Platz behaupten können. Auf der anderen Seite der Medaille steht damit eine ständige Auseinandersetzung mit dem Bundesinnenministerium, das besonders unter der Ägide Friedrich Zimmermanns in den 80er Jahren immer wieder versuchen wird, bei problematischen Filmen mit quasi zensorischen Mitteln auf die Programmgestaltung Einfluß zu nehmen.

„O.K.“ – der Mut reicht nicht immer...

Nicht immer reicht der Mut, sich auf die Seite schwieriger Werke zu stellen – und so kommt es 1970 zum Eklat:

In Michael Verhoevens Wettbewerbsbeitrag „O.K.“ wird die authentische Geschichte zweier GIs, die 'aus Langeweile' ein Mädchen vergewaltigten, nach Bayern verlegt. Der Vietnamkrieg ist noch nicht lange ausgebrochen – und George Stevens, der Vorsitzende der Jury, ist konservativer Amerikaner. Nach rauschender Premiere wird dem Regisseur plötzlich der Zugang in das Lokal eines amerikanischen Produzenten verwehrt, „O.K.“ aus dem Wettbewerbsprogramm gebannt. Nach Verwirrung und Ratlosigkeit – ein Wettbewerbsbeitrag darf tatsächlich gar nicht nachträglich ausgeschlossen werden – schließlich das überraschende Desaster auf einer Pressekonferenz: Stevens hatte gedroht, wenn dieser „anti-amerikanische“ Film nicht verurteilt werde, reise er ab; nur der Bruch der Schweigepflicht durch ein Jury-Mitglied offenbart den Skandal, der zum größten Debakel der Berlinale werden soll; die Berlinale muß – nicht nur der Peinlichkeit halber, sondern auch wegen Verstoßes gegen die eigenen Regeln – abgebrochen werden. Am Ende steht eine für die heutige Berlinale entscheidend prägende Umstrukturierung: Das Internationale Forum des jungen Films wird als Gegenpol zum regulären Wettbewerbsprogramm geschaffen, indem es nicht nur die Aufführung von Filmen gestattet, die keine Uraufführung darstellen, sondern auch Raum für experimentellen, mitunter „kompromißlosen“ Film bietet. Friedrich Luft konstatierte 1971: „Der wichtige Film war in das Nebenfestival (...) abgewandert. Der sogenannte relevante Film störte also nicht mehr. Was in den hohen Hallen des offiziellen Wettbewerbs übrigblieb, war meist Abspulung des unverblühten Kommerzfilms. Man war unter sich.“

Das Forum

Die Filmfestspiele von Berlin leuchten durch verschiedenste Sparten, in denen nach Preiswürdigem, nicht nur im Wettbewerb, gesucht wird. Für die Jungen oder altgewordene experimentierfreudige Macher mit kleinen Budgets oder dokumentarischem Verlangen ist bei der Berlinale das Internationale Forum der Ort für ihre filmische Öffentlichkeit. Und bedenkt man die Fixierung vieler Medien auf den Wettbewerb und den Glamour der Berühmtheiten, so bleibt für den Filminteressierten, der Neues fern des *mainstream* entdecken will, genau dieses Forum für seine Entdeckungsreise durch die Welt des Films des vergangenen Jahres. Eine Ausgliederung des Forums aus dem Berlinale-Programm ist bisher glücklicherweise nicht für sinnvoll erklärt worden, sodaß auch heuer wieder ein Kontrast zu den teuren Kinoproduktionen zu sehen ist.

Das Forum gliedert sich wie jedes Jahr in ein Hauptprogramm, ein Mitternachtsprogramm, in dem höchst schräge Filme zur Aufführung kommen, und ein Videoprogramm. Daneben gibt es diesmal einen Brasilien-Schwerpunkt, der sich aus der besonderen Situation des brasilianischen Kinos erklärt. Nach der Liquidation des nationalen Filminstituts „Embrafilme“ 1990 durch Präsident Collor de Mello gab es über die Jahre praktisch keinen brasilianischen Film mehr. Doch 1996 entstanden wieder viele Filme durch eine vom neuen Präsidenten Cardoso angeregte staatliche Filmförderung. Die in Berlin gezeigten 8 Filme, meist mit englischen Untertiteln versehen, werden nach der Berlinale in einige deutsche Programmkinos kommen. Außer diesem Länderschwerpunkt werden eine Reihe neuer deutscher Filme gezeigt und als besonderes Schmankerl, als Spezial-Programm offeriert, wurde ein Kieslowski Film von 1981 „Ein kurzer Arbeitstag“ ausgegraben, der vor dem Kriegsrecht in Polen entstand, jedoch fertiggestellt sofort verboten wurde. Er hat auf dem Forum internationale Premiere. Außerdem findet sich als Special ein Experimentalfilm der unsere Seh Wahrnehmung problematisiert „Nervous System Performances“ von Ken Jacobs.

Die Präsenz der Welt wird dieses Jahr

Die Retrospektive – G.W. Pabst

Die Erinnerung an Georg Wilhelm Pabst bewegt sich irgendwo zwischen Mißachtung, Mißverstehen und Vergessen. Pabst stellt neben Friedrich Wilhelm Murnau und Fritz Lang den dritten der großen Regisseure der Weimarer Republik dar und gilt über dies als der wichtigste Vertreter der Neuen Sachlichkeit im Filmgenre. Dennoch ist heute wenig Erinnerung an ihn zurückgeblieben, was nicht nur darin begründet liegt, daß lediglich ein geringer Teil seiner Filme vollständig erhalten ist, sondern zudem in seiner unberechtigten Einordnung als angepaßter Künstler im Dritten Reich seine Ursache findet.

Pabst, 1885 in Raudnitz geboren, findet seinen Weg zum Film über das Theater. Dem Schauspielstudium schließen sich diverse Theaterengagements an, seine erste Regiearbeit stellt er 1912 am Deutschen Theater in New York vor. Auf der Rückreise wird er 1914 vom Ausbruch des I. Weltkrieges überrascht und interniert – im Lager in Brest gründet er eine Gefangenenbühne.

Das Medium Film erobert er sich sozusagen 'über die Hintertür': 1921 lernt er den Filmregisseur Carl Fröhlich kennen und wohnt dessen Dreharbeiten zu dem Abenteuerfilm „Im Banne der Krallen“ bei, der Arbeit als Regieassistent und Autor folgt 1922 sein Regie-Debüt „Der Schatz“.

Pabsts Filmkarriere beginnt im Stummfilm, „Die freudlose Gasse“ (1925) mit Greta Garbo und der damals berühmten Ausdruckstänzerin Valeska Gert beschert ihm den Durchbruch. Seine bevorzugten Themenkomplexe Geld, Sex und Macht sind bereits angelegt, sein sozialer Realismus in der Darstellung der Erniedrigung bis zur Prostitution und der Armut des Kleinbürgertums im von der Inflation gebeutelten Wien der Nachkriegszeit voll ausgereift.


Auch die folgenden Filmproduktionen widmen sich sozial engagierten Themen, was ihm den Namen „der rote Pabst“ einbringt; „Die Büchse der Pandora“, eine freie Bearbeitung von Frank Wedekinds „Lulu“, mit der legendären Tänzerin und Schauspielerin Louise Brooks ist heute einer der großen Klassiker des Stummfilms. „Tagebuch einer Verlorenen“ hingegen greift mit der Geschichte eines Mädchens, das nach einer Vergewaltigung in eine Besserungsanstalt für „gefallene Mädchen“ gesteckt wird, wieder ein problematisches Tabuthema auf. Pabsts rigoroser sozialer Realismus und sein Mut zu unbequemen Stoffen schlägt sich während der in Sachen Zensur nicht gerade zimperlichen 20er-Jahre in zahlreichen Schnittauflagen und Verboten nieder.

Um so überraschender, daß seine Adaption der „Dreigroschenoper“ von Kurt Weill und Bertolt Brecht, die in einer französischen und einer deutschen Fassung entsteht, den Stoff weitgehend entschärft. Um eben diese Verfilmung

etwas geschmälert. Gerade ein Video-film, über eine Hauptfigur in einem bekannten iranischen Film des berühmten Regisseurs Kiarostami, „Close-up long shot“ wird es geben. Über Afrika werden zwei Filme im Programm sein.

„Afriques, comment ça va avec la douleur“ (Afrikas: Wie steht es mit den Schmerzen?) von dem Franzosen Raymond Depardon gedreht, und ein Film aus dem Niger „Moi fatigue debout, moi couche“ von Jean Rouch. Kuba fehlt diesmal gänzlich. Doch gibt es neben den brasilianischen Filmen noch einen argentinischen zu sehen: „Picado fino“ (Feiner Staub) von Esteban

Ein Blick in die



entspinnt sich in der Folge der berühmte „Dreigroschenprozess“, mit dem Brecht und Weill den Film in der Version Pabsts zu verbieten suchten.

Ein weiteres zentrales Motiv in Pabsts Filmschaffen stellt der Pazifismus dar. Schneidet der Antikriegsfilm „Westfront 1918“, einer seiner ersten Tonfilme, im Vergleich mit Lewis Milestones amerikanischen Gegenstück „All quiet on the western front“ meist schlechter ab, so erhält er für „Kameradschaft“ (1931) eine Auszeichnung vom deutschen Ausschuss des „Völkerbund-Komitees für die Annäherung der Völker durch den Film“, zur Weltausstellung 1958 in Brüssel wählt eine internationale Jury den Film unter die 30 besten Filme aller Zeiten – die rechte Presse in Deutschland greift die Parabel auf Aussöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich hart an.

1933 emigriert Pabst nach Frankreich, um sich der Nazidiktatur zu entziehen, im selben Jahr entsteht „Du haute en bas“. Dem Versuch, in Hollywood die Karriere fortzusetzen, folgt bald die Desillusion, Pabst sieht sich außerstande, sich mit den amerikanischen Produktionsbedingungen zu arrangieren und dreht nach seiner Rückkehr nach Frankreich 1938 den Spionagefilm „Madame Docteur“: Die ursprünglich von ihm intendierte – authentische – Schlußsequenz, in welcher zwei SS-Offiziere die verstorbene Agentin als „große Deutsche“ heim ins Reich holen wollen und entdecken, daß sie Jüdin ist, wird nicht gedreht.

Um dem drohenden Krieg zu entgehen plant Pabst 1939 die Übersiedlung in die USA, abermals überrascht ihn der Krieg und eine Kaskade unglücklicher Umstände zwingt ihn, in Deutschland zu bleiben. Dies und die Tatsache, daß er bis Ende des Krieges drei Filme realisiert, brachten ihm den ungerechten Vorwurf der Nachwelt ein, er habe mit der NS-Ideologie sympathisiert – tatsächlich trifft wohl zu, daß er trotz Mahnungen Goebbels Projekte bewußt hinauszögerte. Zudem beschäftigte ihn seit 1933 bereits die Verfilmung des Stückes „Die Sendung Semaels“ von Arnold Zweig, das er bereits 1920 in Prag inszeniert hatte. Sein Produzent riet ihm seinerzeit wegen antisemitischer Strömungen in Frankreich von der Realisierung ab.

Seine Werke der Nachkriegszeit stehen im Zeichen der Aufarbeitung des III. Reiches („Der letzte Akt“, „Es geschah am 20. Juli“), seine geplanten Projekte beschäftigen sich meist mit dem Toleranzgedanken und usurpatorische Diktatur.

Mitte der 50er-Jahre erkrankt Pabst an Diabetes, 1957 bricht die Parkinsonsche Krankheit aus, Pabst muß seine Arbeit aufgeben.

Am 29. Mai 1967 stirbt er in Wien; von einer durch seinen Sohn Michael vorbereiteten Biographie ist nur ein Kapitel vollendet.

der asiatischen Art der „Seifenoper“, zeigt ernstes Kino. Diese Vielzahl asiatischer Filme erklärt sich wohl auch dadurch, daß ein spezieller Preis für den besten asiatischen Film ausgeteilt wird. Osteuropa ist diesmal recht karg vertreten, Cottbus mit seinem osteuropäischem Filmfestival gräbt da wohl am vorhandenen Filmangebot. Doch gibt es gerade aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion höchst interessantes. Ein Film aus Weißrußland ist eine Satire auf den „alltäglichen Präsidenten“ Lukaschenko. Der russische Film „Die Rückkehr des Panzerkreuzers“ beleuchtet die Zeit des Neuen Ökonomischen Programms in Odessa, wo Eisenstein gerade seinen berühmten Film dreht. Und ein bulgarisch-ungarischer Film „Später Vollmond“ zeigt zerrüttete Familienverhältnisse im neuen Osteuropa.

Im rein dokumentarischen Film obliegt diesmal Bosnien. Pepe Danquart porträtiert Hans Koschnik „Nach Saison“. Zwei bosnische Frauen werden portraitiert in „Calling the ghosts“ und eine anonymisierte Künstlerin in Sarajevo öffnet ihr Tagebuch des Krieges. Aber auch andere Ereignisse boten Stoff für filmische Auseinandersetzungen. So zeichnet Ulrike Ottinger in „Exil Schanghai“ die Flucht europäischer Juden in die visafreie Stadt Schanghai (im zweiten Weltkrieg) nach. Und der Franzose Hervé Le Roux läßt in „Reprise“ ein anonymes Filmdokument aus dem Mai '68, in der Schilderung der Lebensgeschichten der Abgebildeten aus heutiger Sicht, lebendig werden.

Wer das Forum kennt, kennt auch die Zumutungen an den Kinogänger. So brachte es ein ungarischer Film „Satanstango“ einmal auf 450 Minuten Filmlänge. Oder Lanzmans „Tsahal“ dauerte auch so seine fünf Stunden. Ganz so lang wird es diesmal nicht. Aber die 270 Minuten „Frost“, ein deutscher Film über das Klima einer alles durchdringenden Kälte unter den Menschen, oder die 239 Minuten „Amsterdam, global village“, ein niederländischer Film über den europäischen „Schmelztiegel“ dokumentarisch genau, werden Sitzfleisch fordern. Da mag es beruhigen, daß für den Spaß noch Platz bleibt im Programm, wenn in „East Side Story“, 75 Minuten lang Ausschnitte aus sozialistischen Musikfilmen, sowjetischer und ostdeutscher Provenienz, als seelische Besänftigung aus alten Tagen bereitstehen.

ffen des Programms

hinzu, der Hongkong-Regisseur Allen Fong ist mit „A little life opera“ vertreten, und auch aus Taiwan wird ein Film über das Lebensgefühl der jungen Generation dort gezeigt „A cha cha for the fugitive“. Daneben steht neu ein thailändischer Film „Fun bar Karaoke“. Und selbst das größte Filmland der Welt ist diesmal mit zwei Filmen präsent: Indien, das Mekka

Sapir. Und ein asiatischer Schwerpunkt ist auszumachen: Drei Filme aus Südkorea werden gezeigt. Es wird eine Sondernovellensammlung aktueller Kurzfilme und Videos von den Streikaktionen dieser Tage geben. Drei Filme aus Japan kommen

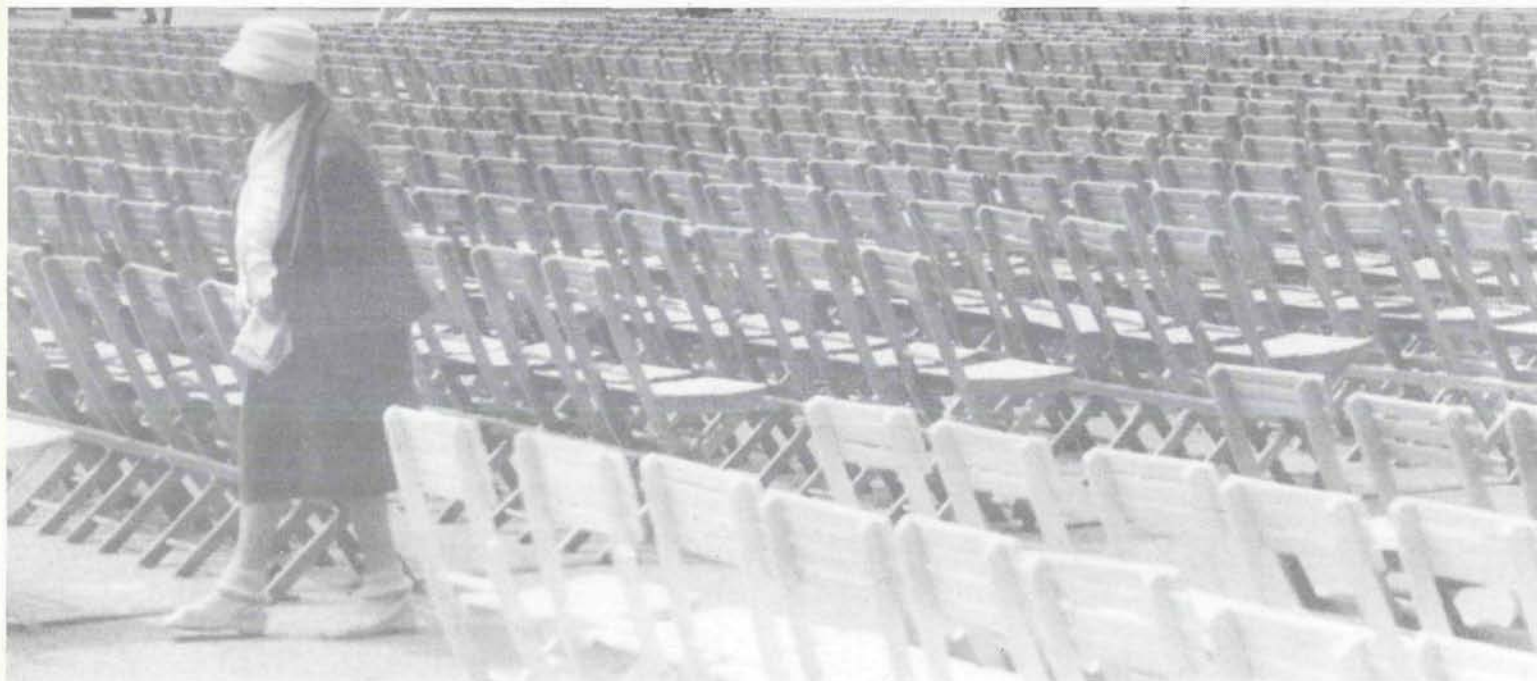
Ein Wegweiser für den Filmenthusiasten durch den Dschungel eines unübersichtlichen Festivalbetriebs

Wo gehts hier zur Berlinale?

Immer ist Winter, wenn die Medien der Welt von Berlin Notiz nehmen, und ganz sicher über die Verleihung der Goldenen oder Silbernen Bären für die von der Jury zu den Besten geschlagenen Filmwerke berichten. Peitschende Nässe oder zur Abwechslung trockene sibirische Kälte empfangen jedes Jahr die Schauspieler, Regisseure und vor allem Medienleute. Dunkel ist es in jedem Februar und vom kommenden Frühling ist regelmäßig noch lange nichts zu sehen. Doch trotz dieser Widrigkeiten fließt Berlin, einem von drei A-Filmfestivals in Europa, eine immense Aufmerksamkeit zu, die sich gerade aus dem

cher Filmbesuch zur Berlinale der Qualität wegen Bauchschmerzen bereitet, so sei doch jeder Betroffene auf die vielfältigen Überraschungen verwiesen, die sich ja nur dann einstellen können, wenn man angeregt durch Titel, Regisseur, Darsteller oder das Herkunftsland, das Unbekannte oder Fremde sucht und die Konfrontation mit anderen Filmästhetiken nicht scheut. Wer nach der Welt sucht, kann sie durch das Medium Film vermittelt, im Berlin der grauen oder kalten Februartage finden.

Wie kann man sich aber im Dschungel des Festivalbetriebs orientieren und wie kommt man neben den all überall hineindrängenden Medienvertretern auch noch in fast alle Vorstellungen?



winterlichen Termin erklärt. Filme, die zur Winterzeit ihre Fertigstellung erleben, drängen zur Premiere auf das Berliner Festival, und ignorieren so die noch fern liegenden Termine von Cannes und Venedig. Doch neben diesem hochhoffiziösen Filmbetrieb, der seinen Niederschlag mehr in den Nachrichten und vielleicht in einer bestimmten Ankaufspolitik der Verleihe findet, ist die Berlinale ein breitgefächertes Präsentationsort, an dem jeder Filminteressierte Mäuschen spielen kann und sehen mag, was das Genre Film in einem ganzen Jahr für Neuerungen hervorbrachte. Auch wenn der Film ein teures Medium ist, das den *underground* nur in den reichen Ländern der Welt möglich macht, gibt es doch höchst unterschiedliche Filmkulturen und Filmexperimente zu entdecken. Und jedem Interessierten steht in den 12 Tagen der Berlinale die Filmwelt von Ostasien bis Südamerika offen. Wer glaubt, daß die differenzierte Kinolandschaft Berlins die Vielfalt der 12 tollen Tage in den darauffolgenden Monaten einfach abbildet, der sei im vorhin ein enttäuscht. Wer die Berlinale nicht nutzt, kann dies auch mit exzessivem Kinogehen im Jahr nicht nachholen. Die Mehrheit aller gezeigten Filme erhalten keine Chance von irgendeinem Verleih oder irgendeinem engagierten Kinoclub. Und auch, wenn so man-

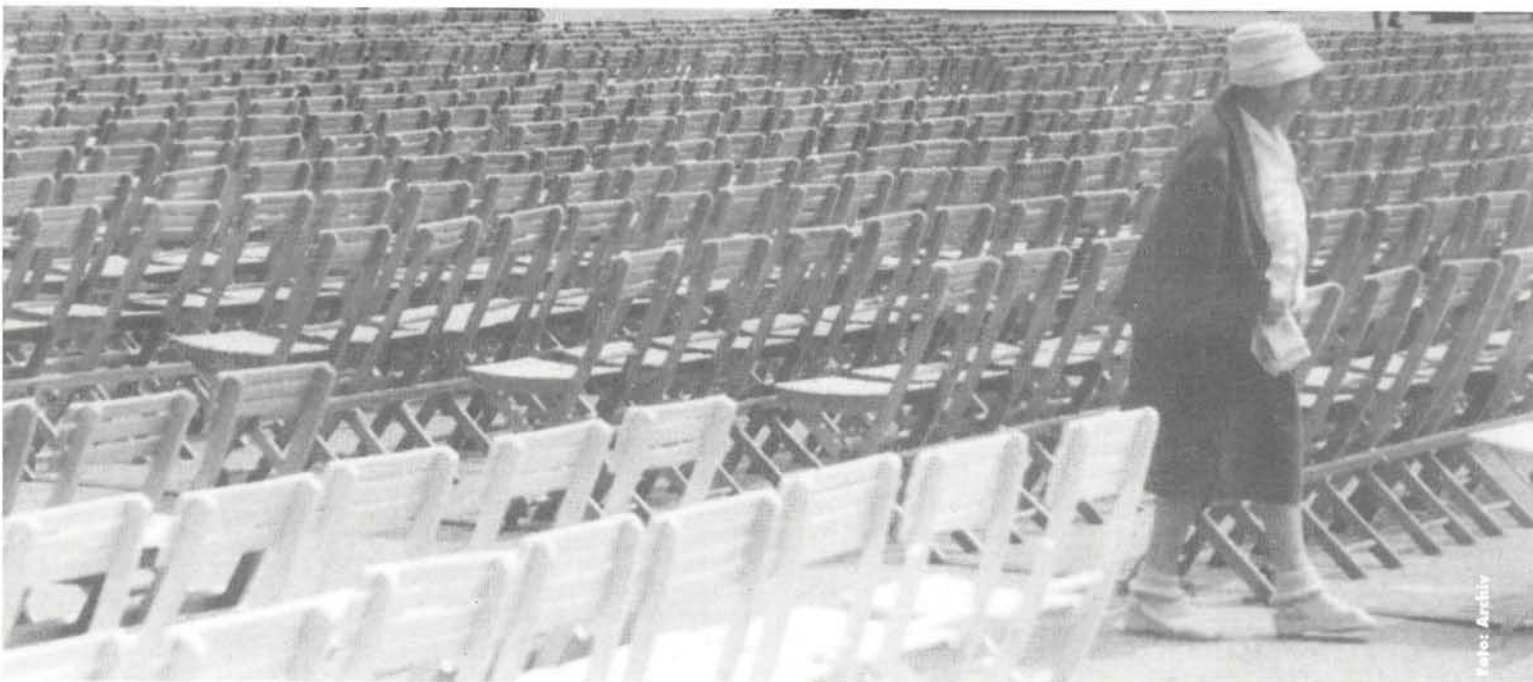
Entgegen der Publikumsorientierung der Anfangsjahre stellt sich dem heutigen stinknormalen Berlinalegänger das Filmfest als Medienereignis dar. Und nur schwierig kann er sich anhand der ausliegenden Programmübersichten erstens ein Bild von der thematischen Ausrichtung der Filme und zweitens von den Möglichkeiten diese zu besuchen machen. Dem ersten Mangel ist nur schwer beizukommen. Der Kauf des gesamten Berlinale-Programms mit allen Media-Daten versehen, kann da einzig Abhilfe schaffen, denn die Besprechungen in der Berliner Tagespresse (der "Tagesspiegel" bot bisher immer die besten Einschätzungen), kommen zwar nicht in jedem Falle zu spät, um den Film in den Wiederholungsvorstellungen zu sehen, jedoch kann es bereits zu spät sein, Karten zu bekommen. Der zweite Mangel, der auftaucht, wenn man sich für einen Film entschieden hat, ist auch nicht ganz ohne Blessuren zu beheben. Zwar gibt es zwei Zentralkassen, im Europa-Center und im Kino International, und weitere an das CTS-Netz angeschlossene Theaterkassen an denen man für Filme drei Tage im voraus Karten kaufen kann. Doch fehlen im Verkaufsrepertoire wichtige Kinos. So kann man für das Arsenal, das Zeughaus-Kino und das Kino International keine Karten zentral erwerben. Der zentrale Erwerb ist jedoch wich-

tig, denn kommt man erst zur Vorstellung des erwählten Filmes, kann bereits alles zu spät sein. Ausverkaufte Vorstellungen sind kaum vorhersehbar. Und außerdem informiert beim Einfinden an den zentralen Kassen immer aktuell eine Programmtafel über bereits gestrichene, d.h. ausverkaufte Filme. Wer darum dem Vorverkauf, wegen des besseren Überblicks und der besseren Chancen frönen will, sollte lieber vor dem Öffnungsbeginn der Kassen (12 bis 19.30 Uhr) eine Stunde warten, um dann recht zügig zu seinen Karten zu kommen, als daß er zum Opfer einer 3 bis 4 stündigen Anstellortur wird, wenn er erst zum Mittag oder zum frühen Nachmittag erscheint. Regelmäßig bildet sich nämlich zum Kartenvorverkauf entweder ein Schlangen-Bandwurm (Europa-Center, 1. Etage) oder eine Schlangen-Schnecke (Kino International, Eingangshalle).

Für die genannten Kinos ohne zentralen Vorverkauf gibt es jedoch auch die Möglichkeit drei Tage im voraus Karten in den einzelnen Kinos zu erwerben. Im Arsenal und im International richtet man sich nach dieser

Tagen böse erwachen möchte, kann sich ja zur Dauerkarte entschließen: Um die 250 DM im Berlinale-Shop, Budapester Straße 48 – zwei Paßbilder sind außerdem vonnöten. Die wesentlich attraktivere Möglichkeit der Kostenreduktion offeriert allerdings das Internationale Forum des Jungen Films. Wird man im Arsenal schnell Mitglied der Freunde der deutschen Kinematik e. V. (das geht ganz schnell), kann man ermäßigt im Arsenal selbst Eintritt finden – oder aber, was verlockender klingt, man erwirbt Sammelkarten zu 8 Eintritten für 40 DM. Mit diesen Sammelkarten kann man für alle Vorstellungen des Forums Eintritte lösen, außer dem Zeughaus-Kino.

Das Festival, das mit dem Internationalen Wettbewerb und dem Wettbewerbsverwerter Internationales Panorama, mit dem Internationalen Forum des Jungen Films und mit dem Kinderfilmfest eigentlich mindestens drei Festivals vereint, überträgt seine Vielfalt auch auf eine fast unübersichtliche Anzahl von Spielstätten. Es macht aus der Perspektive des interessierten Filmbesuchers wenig Sinn, die Verbindungen der Lichtspielhäuser mit den jeweiligen Sparten der Berlinale darzustellen, da ja ein interessierender Film im Vordergrund eines Besuchs steht und nicht dessen Auswertung



Vorgabe und verkauft an der eigenen Kinokasse die begehrten Filme, im Zeughaus gerinnt die verlockende Information der telefonischen Vorbestellung jedoch regelmäßig zum Chaos. Die drei Tage Frist wird dort nicht wahrgenommen und es wird reserviert, wie es gerade verlangt wird.

Neben dem Vorverkauf gibt es immer die Möglichkeit, am Tag der Vorstellung zu den einzelnen Spielstätten zu pilgern und Restkarten zu erwerben. Einzige Ausnahmen bilden die Gala-Veranstaltungen (Eröffnung und Preisverleihung), die im vorhinein praktisch ausverkauft sind, und das Kino 7 im Zoo-Palast, das für die Presse reserviert ist und für das erst 15 Minuten vor Filmbeginn noch Karten abgegeben werden. Wer in die großen Säle strömt (Royal-Palast, URANIA, International, Filmpalast, Delphi und Akademie der Künste), vor allem bei Wiederholungsvorstellungen oder bei Filmen des Forums, der kann sich am Tage ziemlich sicher sein, daß ihm Einlaß gewährt wird, am Abend wird es dann meistens schwieriger.

Zu den Preisen ist die betrübliche Mitteilung zu machen, sie steigen. Die exakten Preishöhen waren bei Redaktionsschluß noch nicht in Erfahrung zu bringen, schätzungsweise müssen aber nun zwischen 12 DM (für das Internationale Forum) und 30 DM (für die Gala-Veranstaltungen) berappt werden. Und Möglichkeiten der Ermäßigung gibt es kaum. Wer alles sehen will und dabei nicht hochverschuldet nach den 12 tollen

im Festival, außer dem Umstand, daß der Ort der Aufführung den Preis tangiert. Für das Forum sind die Lokalitäten und ihre preislichen Vorzüge benannt. Für den Wettbewerb sei dem Interessierten abgeraten, nach 16 Uhr in den Zoo-Palast zu pilgern, da hier dann erhöhte Preise gelten, bei gleichem Film, aber vielleicht mit ein wenig Prominenz, die jedoch in diesen Tagen überall auftauchen kann. Aus diesem Grunde ist es wichtig zu wissen, daß alle Beiträge der Berlinale in der Regel zweimalig wiederholt werden, und dies möglichst an jeweils anderem Orte, sodaß man preisliche, lokale und auch zeitliche Wahlmöglichkeiten bei der Zusammenstellung des eigenen Berlinale-Fahrplans besitzt. Es kann aber auch passieren, daß man mit seinen Interessen völlig baden geht, da beim Springen zwischen den verschiedenen Festivalparten ständige Programmüberlappungen oder unüberwindliche Fahrwege entstehen. Kommt man in diese Zwickmühle, versteht man, daß es der Berlinale-Organisation vor allem um Preisverleihungen in den einzelnen Sparten geht, und daß die Medienvertreter besonders dies reflektieren sollen. Der interessierte Besucher kommt in den Überlegungen nur am Rande vor, obwohl der doch als einziger selbst etwas dafür bezahlt.

Es ist meist schwierig, eine bestimmte Grundströmung des Panorama-Programms auszumachen, tummelt sich hier doch unter anderem auch all das, was weder in den Wettbewerb noch in das Forum zu passen schien. Interessant ist das Panorama auch dieses Jahr allemal, bietet es doch Einblick in eine wirklich reiche internationale Filmlandschaft. Über den westeuropäischen und US-amerikanischen Film findet sich 1997 ein Schwerpunkt auf Osteuropa und Südostasien, die meist auf unterschiedlichste Weise ihre jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Umbrüche reflektieren. Besonders interessante Beiträge scheinen der Bürgerkriegsfilm (ein auf der Berlinale'97 häufig wiederkehrendes Motiv) „**Otsenebebis sasaplao/Graveyard of Dreams**“ des Georgiers G. Chaidrawa und Juraj Herz' Alterswerk „**Passage**“ darzustellen.

Die Festspielleitung selbst formuliert als Thema „**Mädchen (und Jungen)**“; frische Beiträge, die sich von Bertoluccis Bilderspülung „**Stealing Beauty**“ wohltuend abheben, kommen von drei jungen amerikanischen Regisseurinnen („**All Over Me**“ und „**Hide And Seek**“), wobei „**Arresting Gina**“ zugleich das Debüt von River Phoenix' kleiner Schwester Summer darstellt.

Last but not least:

„**Conversation With The Beast**“, die Geschichte eines Mannes, der vorgibt, Adolf Hitler zu sein, markiert Armin Müller-Stahls Regie-Debüt, „**Mendel**“ des Norwegers Alexander Rosler zeichnet die Heimatsuche einer jüdischen Familie nach Überleben des Holocaustes nach und „**Der Unfisch**“, ein laut Presstext „haarsträubendes Märchen aus der alpinen Bergwelt“ bietet ein Wiedersehen mit Maria Schrader.

Wettbewerb

Präsident der Jury wird dieses Jahr Jack Lang sein – als ehemaliger Kulturminister Mitterrands, Mit-Begründer des deutsch-französischen Fernsehsenders ARTE und Europa-Abgeordneter, wesentlich an den GATT-Verhandlungen beteiligt, eine zentrale Gestalt im europäischen Film.

Das definitive Wettbewerbsprogramm stand bei Redaktionsschluß leider noch nicht fest, so daß die folgenden Angaben über die konkurrierenden Filme nur eine begrenzte Auswahl darstellen:

- „**Hexenjagd**“, amerikanische Adaption des Miller-Dramas mit Wynona Ryder und Daniel Day-Lewis in den Hauptrollen;
- Mit „**Das Leben ist eine Baustelle**“ von Jan Becker und der Lasker-Schüler-Biographie „**Mein Herz – niemand!**“ von H. Sander-Brahms bestreitet Deutschland den Wettbewerb;
- Besonders viele Beiträge stammen aus Frankreich: „**Lucie Aubrac**“ von Claude Berri („**Germinal**“), „**Port Djema**“, eine Auseinandersetzung mit dem eritreischen Bürgerkrieg, und ein Krimi-Wiedersehen mit C. Deneuve: „**Généalogies d'un crime**“;
- „**In Love and War**“ – eine Hemingway-Verfilmung von Richard Attenborough;
- er hatte sich vom Film verabschiedet – hier ist er wieder: A. Wajda reflektiert die Situation des postsozialistischen Polens in „**Miss Nobody**“;

kurz & knapp

-> **Ehrgäste:** Kim Novak wird der Goldene Bär für sein Lebenswerk verliehen zudem ist ihm die diesjährige Hommage gewidmet; Bernd Eichinger wird anlässlich der Premiere seiner Produktion „**Fräulein Smillas Gespür für Schnee**“ geehrt;

-> **Eröffnungsfilm** ist die Verfilmung des Bestsellers „**Fräulein Smillas Gespür für Schnee**“;

-> **Redaktions-Tips für's FORUM:** Besondere Geheimtipps halten die Mitternachts-Spezialprogramme bereit; so die Quasi-Uraufführung eines Streifens von Krzysztof Kieslowski, der kurz nach seiner Fertigstellung verboten wurde: „**Krotkizien pracy/Ein kurzer Arbeitstag**“ schildert als authentisches Zeitdokument die Situation Polens im Jahre 1981 vor Verhängung des Ausnahmezustandes. Die „**Nervous System Performances**“ Ken Jacobs loten – ähnlich dem „cinéma pur“ der 20er Jahre – die Grenzen visueller Wahrnehmungsfähigkeit aus.

-> Das gesamte Veranstaltungsprogramm mit den genauen Terminen liegt an allen Veranstaltungsorten aus.

-> Das gesamte Veranstaltungsprogramm mit den genauen Terminen liegt an allen Veranstaltungsorten aus.

Impressum

!fake

Textredaktion:
Ulrich Miksch
Benjamin Pichlmaier
Verantwortliche Schlußredaktion:
Wolf-Christian Ulrich
Sylvia Wassermann
Layout:
Sammi Sandawi
Titelfoto:
Alexandra Schneck

Druck:
FATA MORGANA Verlag
Brunnenstr. 181
10119 Berlin
gedruckt auf Recyclingpapier
Auflage: 6000
Produktion:
UnAufgefordert – Die Studentinnen-
und Studentenzeitung
an der Humboldt-Universität

Kontakt:
Unter den Linden 6
10099 Berlin
mit freundlicher Unterstützung
der turbinagenta media productions

Wir danken der
Berliner Festspiele GmbH
und den Mitarbeitern beim
Forum des jungen internationalen Films



Informationen der Allgemeinen Studienberatung

Umzug

Die Allgemeine Studienberatung muß leider umziehen!

Wir beraten die Studierenden ab 14. Februar 1997 zu den üblichen Sprechzeiten in der Ziegelstraße 13c, 5. Etage. Bitte beachten Sie, daß unsere Sprechstunden vom 3. Februar bis 13. Februar ausfallen müssen.

Einschreiben/Wechseln zum Sommersemester

Die Einschreibung in Studiengänge ohne Numerus clausus für das kommende Sommersemester ist noch bis zum 31. März möglich (Nachfrist bis 6. April). Bei der Allgemeinen Studienberatung werden auch individuelle Beratungen und Informationsblätter für alle angeboten, die sich mit dem Gedanken an Fach-, Studien-, oder Hochschulwechsel tragen...

Orientierungsveranstaltungen

Die Termine der Orientierungsveranstaltungen für Studienanfänger hängen ab Mitte März bei der Allgemeinen Studienberatung aus bzw. können dort telefonisch erfragt werden.

Studienprobleme?

Die nächste Veranstaltung dieser Reihe wird am Mittwoch, d. 23. April, angeboten. Studien-, Arbeits- und Berufsberater/innen sowie Psycholog(inn)en stehen zur Seite und bieten Entscheidungshilfe an. Telefonische Voranmeldung bei der Allgemeinen Studienberatung erforderlich (2093-2125).

Schülerinformationswoche

Die Schülerinformationswoche findet in diesem Jahr erst vom 23.-27.6.97 statt. Bei einer Umfrage der Allgemeinen Studienberatung hatten sich die Fakultäten für diesen Termin entschieden, um auch künftig sowohl den Berliner als auch den Brandenburger Schüler(inne)n den Besuch zu ermöglichen.

Veranstaltungsreihe „Gen-technik – Wer Wie Was?“

des Gen-ethischen Netzwerks

Donnerstag, 13. Februar 1997
Gentherapie – Die Suche nach dem Allheilmittel

Donnerstag, 13. März 1997
Keimbahneingriffe nur noch eine Frage der Zeit?

Jüngste Entwicklungen in der In-vitro-Befruchtung

Referentin: Helga Satzinger, Diplom-Biologin, Naturwissenschaftshistorikerin, Mitarbeit in der Ethikkommission der Berliner Ärztekammer

In den letzten zwei Jahren wurde die Technik der In-vitro-Befruchtung entscheidend verändert. Anfänglich behauptete man in den 80er Jahren, daß man „unfruchtbaren Frauen“ helfen wolle. Nun zeichnet sich die von kritischen Gruppen befürchtete Entwicklung ab, daß die In-vitro-Befruchtung zur Voraussetzung gentechnischer Eingriffe an der Keimbahn wird.

arbeitskreis kritischer juristinnen & juristen

Politische Justiz: der Terrorismusparagraph § 129a

Referent: Michael Schwandt
Dienstag, 18. Februar 1997
20.15 Uhr, Hegelplatz R. 305

Laut BGH begründet § 129a „eine Strafbarkeit bereits weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen.“ Ein solch präventiver Strafansatz verlangt möglichst weit und unbestimmt gefaßte Formulierungen, verlangt den Wechsel vom Tat- zu einem TäterInnenstrafrecht, da nicht erst konkrete Rechtsverletzungen die Strafbarkeit begründen soll.

Internationale Tagung

des Interdisziplinären Instituts für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik an der HUB und der Charité

Menschenbilder in der Medizin – Medizin in den Menschenbildern
vom 2. bis 5. April 1997
im AudiMax der HUB

Menschenbilder in Medizin und Kultur prägen unsere Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit, medizinisch Machbarem und ethisch Vertretbarem, von objektiv meßbaren Indikatoren und subjektivem Wohlbefinden. Über die Grenzen medizinischer Fachdisziplinen hinweg sollen Grundprobleme ärztlichen Handelns und wissenschaftlicher Forschung am Menschen auf dem Hintergrund aktueller Wandlungen im Gesundheitswesen sowie vergangener Erfahrungen und zukünftig zu erwartender Entwicklungen diskutiert werden.

Weitere Infos und Anmeldung im Interdisziplinären Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik
Am Kupfergraben 5, Tel. 2093-2983

amnesty international-Gruppe an der HU

Geplant war die Gründung einer ai-Gruppe an der HU, da es im Gegensatz zur FU an der Humboldt-Uni bisher keine Entsprechung gab. Dem ersten Treffen folgten weitere, die Anzahl der Interessierten reduzierte sich, schwankte, alte und neue Gesichter wechselten. Die ersten beiden Monate (November und Dezember) waren wichtig, um Grundsätzliches, Verwaltungstechnisches und Inhaltliches zu diskutieren. Vielen war amnesty international nur als aktiver Mahner von Menschenrechtsverletzungen durch die Presse vertraut. Die wenigsten wußten Bescheid, wie die Organisation ai aufgebaut ist, wie neue Ideen eingebracht und durchgesetzt werden und durch welche Grundwerte ai bestimmt wird, nämlich durch Unparteilichkeit, Unabhängigkeit, Demokratie und Gewaltlosigkeit. Schwieriger gestaltete sich die inhaltliche Diskussion. Vielen erschien es schwierig, bei den Menschenrechtsverletzungen in der Welt Akzente zu setzen und sich gezielt für ein Anliegen oder ein Land zu engagieren. So unterstützte die HU-Gruppe vor Weihnachten die Aktionen der FU-Gruppe: z.B. die Kampagne zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei oder eine Sammelaktion. Den Tag der Menschenrechte (10. Dezember) nutzte die ai-Gruppe, um sich der studentischen Öffentlichkeit zu präsentieren und über Anliegen und Aktionen in Sachen Menschenrechtsverletzungen zu informieren. Im Januar wurde ein zweiter Stand veranstaltet, auf dem die Thematik der HU-Gruppe präzisiert wurde. Die thematischen Schwerpunkte sind die GUS-Staaten, Südafrika und urgent actions (Eilaktionen für Menschen in akuter Situation wie z. B. Todesurteil), Asylproblematik, Todesstrafe und Migrationsprobleme, die aus Menschenrechtsverletzungen entstehen.

Die ai-Gruppe der Humboldt-Universität will ihre eigenen Akzente setzen, nimmt aber auch an überregionalen und bundesweiten Aktionen teil. Neue Mitglieder, Interessierte und Engagierte sind jederzeit willkommen.

Die Gruppe trifft sich alle 14 Tage im „Flora Soft“ an der landwirtschaftlichen Fakultät, Chausseestraße/Invalidenstraße.

Das nächstes Treffen ist am 06.02. bzw. 20.02.1997 um 19.00.



STUDIUM Alles auf eine(r) Karte

An der HU soll eine multifunktionale Chipkarte testweise eingeführt werden.

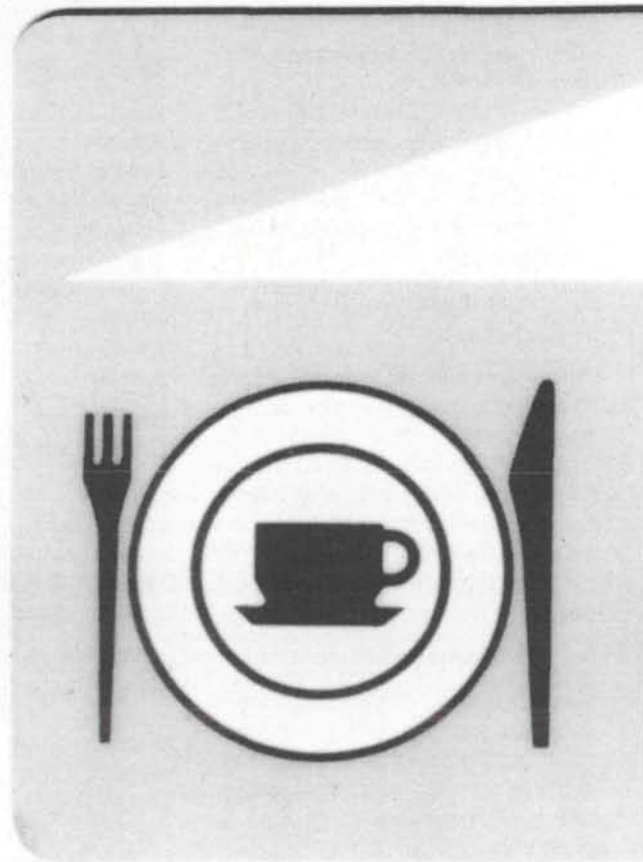
Die eine oder andere Karte (ob mit Magnetstreifen oder Chip) dürfte so ziemlich jeder mittlerweile besitzen. Und wahrscheinlich werden sich die meisten bezüglich dieser Karte keine weiteren Gedanken gemacht haben. Nun ist aber auch eine Telefonkarte noch nicht so bedenklich wie eine multifunktionale Studierenden-Chipkarte, sind doch mit der Telefonkarte beispielsweise keine datenschutzrechtlichen Bedenken verbunden.

Seit Juli letzten Jahres trifft sich einmal monatlich der "Arbeitskreis Chipkarte" (AKCK) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ursprünglich vom Kanzler, angeregt hat Joachim Baeckmann, Leiter der Studienabteilung der HUB, diesen Arbeitskreis ins Leben gerufen, um zu prüfen, wo "zusätzliche Personal- und/oder Sachmittelausstattungen" für "die wachsenden Anforderungen an die Hochschulverwaltung" (Hochschul Informations System (HIS)-Papier zur Chipkarte) vermeidbar sind. So wird über einen Einsatz einer multifunktionalen Chipkarte als Studierenden/Mitarbeiterausweis, als Bibliotheksausweis, als Raumzugangsberechtigung, als Kopierkarte, als elektronische Geldbörse, mit Funktion für Rückmeldung, Mensabnutzung etc. debattiert. Ziel dieses Arbeitskreises ist es, festzustellen, ob und wenn ja wie und in welchem Umfang eine multifunktionale Studierenden-Chipkarte Verwendung finden könnte. Die Verfahrensweise dabei ist, sich über Kostenfragen, die Menge der benötigten Karten, die Umstrukturierung von Verwaltungsabläufen usw. Gedanken zu machen. Desweiteren, so der Anspruch des Arbeitskreises, sollen datenschutzrechtliche, technische und personalrechtliche Bedenken geklärt werden. Dabei wird nach einem Verwendungsfeld gesucht, das bezahlbar und auch vom Aufwand her realisierbar ist.

Chipkarte ist nur noch eine Frage des "Wie"

Ist ein geeignetes Verwendungsfeld gefunden, bestünde die Möglichkeit, einen Feldversuch im kleinen zu starten, um die Durchführbarkeit zu testen. Die dafür benutzte Chipkarte müßte dann allerdings auch gewährleisten, daß sie (später einmal) auf andere universitäre Bereiche und Funktionen ausgeweitet werden kann. Für einen ersten Versuch biete sich die Universitätsbibliothek mit ihren Zweigbibliotheken geradezu an. Die Universitätsbibliothek beabsichtigt, elektronische Selbstverbuchungsplätze einzuführen. Eine Chipkarte würde diese Form der Verbuchung erleichtern. Darüber hinaus wäre ein Zugang zu den Bibliotheken auch zu Zeiten, da keine Beaufsichtigung stattfindet, mittels Raumzugangskontrolle denkbar. Da jeder Student die Unibibliothek bzw. ihre Zweigstellen während des Studiums nutzt, hätte auch über kurz oder lang jeder Student eine solche Chipkarte. Damit wäre sie praktisch eingeführt und ließe sich dann, so wie es von Baeckmann angedacht ist, beliebig erweitern.

Die positiv beantwortete Frage nach dem "wie" hätte in dem Fall die Frage nach dem "ob" gleich mit beantwortet. Sowohl aus diesem Grund, als auch mangelnder Klärung bezüglich Fragen wie Datenschutz, Behindertengerechtigkeit und einer generellen Infragestellung des Nutzens einer Chipkarte, lehnen sowohl das StudentInnenparlament als auch der ReferentInnenRat der Humboldt Universität die Einführung der



Chipkarte ab und haben gleichzeitig ihre Skepsis gegenüber der vom Studentenwerk eingeführten GiroVent-Karte bekundet.

Das Studentenwerk Berlin hat in seinen Mensen und Cafeterien die Barzahlung durch magnetkartengestützte Auf- und Abbuchung ersetzt. Bei der GiroVend-Karte tritt an Stelle der datenschutzrechtlichen Bedenken die Tatsache auf, daß sie nicht mit behindertengerechten Auf- und Entladegeräten eingeführt wurde. Dies stimmt für die Einführung einer wesentlich breiter angelegten Technik ähnlichen Typs äußerst bedenklich, zumal sich daran bis heute an der HUB nichts geändert hat. Zu bedenken ist außerdem, daß die Benutzung jedweder eingeführter Technik für Behinderte ohne fremde Hilfe zunächst einmal erreichbar und vor allem möglich sein muß. Desweiteren muß bei Behinderten darauf geachtet werden, daß ihr Recht auf Datenschutz bei der Bedienung von datenverarbeitenden Geräten entsprechend ihrer Behinderung gesondert zu wahren ist.

Datenschutzrechtliche Bedenken

Nach dem gegenwärtigen Stand der Technik wirft die Einführung einer universitären Chipkarte unabwendbare datenschutzrechtliche Probleme auf. Laut Berliner Datenschutzrecht ist die Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen, wie eben Universitäten, nur auf Grund einer gesetzlichen Grundlage möglich oder nach ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen. Unabhängig davon, ob die Daten auf der Karte gespeichert wer-

erheblich. Wie trennt man aber die Informationen sinnvoll voneinander, daß jede abfrageberechtigte Institution auch wirklich nur die für sie relevanten Informationen erhält?

Reine Kosten-Nutzen-Rechnung

Besondere Schwierigkeiten treten auf, wenn ein System gewählt wird, bei dem die Daten auf der Karte selbst gespeichert werden. Hier würde die für die Datensicherheit notwendige Abschottung der verschiedenen Daten für ihren jeweiligen Anwendungsbereich aufgehoben. Die Sicherheit der Daten oder die Kontrolle der Verwendung wäre dann nicht mehr zu gewährleisten. Eine hier Sicherheit schaffende Verschlüsselung ist extrem preisaufwendig. In der Diskussion über die Einführung der Karte müßte also auch über die finanzielle Machbarkeit solcher Verschlüsselungssysteme nachgedacht werden. Sogar dann, wenn – wie versichert – auf den Karten nicht mehr Informationen gespeichert werden, als derzeit auf den Immatrikulationsbescheinigungen abzulesen sind. In diesem Fall wäre die Karte reines Identifikationsmittel, das zu entsprechend weiterführenden Informationen in einem Großrechner gehört.

Darüber hinaus kann von vornherein nicht davon ausgegangen werden, daß jeder potentielle Kartenbesitzer bereit ist, eine erstmalige Einwilligung zur Erhebung und Verarbeitung seiner Daten zu geben. Sollte sich ein Student de facto weigern, diese Einwilligung zu erteilen, dürfte ihm daraus kein Nachteil entstehen. Das bedeutet, daß er, nur weil er aus rechtlichen Bedenken keine Chipkarte besitzt, nicht länger auf seine Rückmeldung warten darf als seine Kommilitonen. Diese Gefahr scheint dem Studenten jedoch zu drohen. Wie Baeckmann gegenüber dem Arbeitskreis erklärte, sei ein Stellenabbau in der Verwaltung nicht mehr von der Hand zu weisen. Trotzdem entstünde den Studierenden daraus kein Nachteil, da z.B. die Rückmeldung mit der Chipkarte personalunabhängig vonstatten gehen würde und mit einer längeren Wartezeit vor den Immatrikulationsbüros nicht zu rechnen sei. Die Chipkarte sei also im Interesse aller Studenten. In dem Fall einer Einwilligungsverweigerung spricht das Argument aber gerade gegen die Verknüpfung von Chipkarte und Stelleneinsparungen ohne Bedeutung für die Studierenden. Der verweigernde Student stünde dann wohl erst recht lange vor den Immbüros, in denen dann kaum mehr jemand sitzt...

Technikfolgeabschätzung

Eine Technikfolgeabschätzung, das heißt Abwägen von datenschutzrechtlichen und sonstigen Gefahren der neuen Technik mit ihrem Nutzen, wäre für die HUB mit 30.000 Studierenden schon aus dem Vergleich heraus zu bedenken, als der Leiter des Rechenzentrums der Universität Trier (11.000 Studierende) aussagte, daß Systeme dieser Größenordnung durchschnittlich einmal im Jahr völlig zusammenbrechen. Nimmt man diesen Fall während einer Phase der Höchstbelastung wie dem Rückmeldungszeitraum an, wäre das daraus resultierende Chaos sicherlich kontraproduktiv zu jeglichem „Einsparungseffekt“.

Vor diesem Hintergrund ist vielleicht auch verständlich, warum sich die studentischen Vertretungen gegen die Einführung einer multifunktionalen Studierenden-Chipkarte an der HUB aussprechen. Zumindest sollte man deren Widerstand nicht als ein Sich-in-den-Weg-stellen und bloßes madig-machen von technischem Fortschritt beiseite wischen.

mit-c



den oder ob über die Karte Zugang zu einem Zentralrechner geschaffen wird, auf der die Betroffenen selber Datenverarbeitungen vornehmen, handelt es sich jeweils um Datenerhebungen bzw. Verarbeitungen, für die die genannten Voraussetzungen vorliegen müssen. Da eine entsprechende Gesetzesgrundlage nicht existiert, müßten 30.000 Studierende und etwa 5.000 Mitarbeiter der HUB in diese Datenverarbeitung einwilligen. Wenn auch die Speicherung der Daten auf einer Karte durch Einwilligung der Betroffenen möglich ist, führt doch die Verwendung der Kartenfunktion immer zu einer Neuspeicherung personenbezogener Daten bei der speichernden Stelle. Angedacht sind hier das Studienbüro für Rückmeldungen, Prüfungsämter, StudentInnenwerke, aber auch Zugangskontrollsysteme in PC-Pools und Bibliotheken. Für diese Speicherungen wären Neueinwilligungen nötig. Einwilligungen dieser Art bedürfen der Schriftform. Ob diese durch ein wie auch immer geartetes Identifikationsverfahren ersetzt werden kann, ist fragwürdig; zumal dadurch das Bewußtsein der von der Datenspeicherung Betroffenen unterlaufen werden könnte. In Fällen, in denen die Betroffenen die Datenerhebung nicht realisieren und der einzelne Gefahr läuft, die Übersicht darüber zu verlieren, wer welche Daten wo und zu welchem Zweck speichert, kann nicht von einer wirksamen Einwilligung ausgegangen werden. Hinzu kommt, daß sich für die Abfrage der Informationen die Frage stellt: Wer ist berechtigt welche Daten von mir zu verarbeiten und wer nicht? Für das Prüfungsamt ist die Auskunft über die Anwesenheit eines Studenten im PC-Pool beispielsweise völlig un-



Unnütze Betrachtungen zur Vorwahlzeit

Debatte

Wenn diese UnAuf erscheint, werden die Wahlen zum neuen StudentInnen-parlament bereits Geschichte sein. Ich möchte, durch meine Funktion als Finanzreferent mehr oder weniger als Insider, noch einmal kurz versuchen, auf einige Aspekte dieser Vorwahlzeit einzugehen.

Die vergangene StuPa-Wahl hat einen ganz augenfälligen Wandel mit sich gebracht. Die StudentInnenschaft (eine modellhafte imaginäre Einheit), die bisher eher lethargisch schien, hat es diesmal zustande gebracht, eine schier unglaubliche Zahl an KandidatInnen zur Wahl zu stellen.

Sowohl aus den Vorstellungen zur Wahl und den Bewerbungen, die bisher an der Uni aushingen, als auch aus den verschiedenen Vorfelddiskussionen, lassen sich bei einigen Listen sonderbare Vorstellungen über die Realität des StuPa und des RefRats erkennen, die ich, sozusagen als Betroffener, gerne etwas klarer stellen würde.

Vorurteile contra Realität

Eine solche Vorstellung ist zum Beispiel die, die der Vorsitzende des Berliner RCDS hegt, wenn er in UnAuf Nr. 80 klagt: „In den Finanzausschüssen wird keiner von uns geduldet. Dort ist man lieber unter sich und kann so unkontrolliert z.B. Studentenvertreter auf AstA-Kosten zu einem Kongreß nach Nicaragua schicken“. Zu meinem Leidwesen – die Arbeit des Finanzreferates wäre viel einfacher, wenn hier alles wie geschmiert laufen würde – ist die Realität leider anders. Die Haushaltskommission des StuPa, die für die Kontrolle und die Überprüfung des Haushaltes zuständig ist, wird nicht etwa gewählt. Stattdessen werden durch Losverfahren drei Listen bestimmt, die diese zu besetzen haben. Es ist also gar nicht so einfach, den RCDS oder sonstwen aus diesem Gremium bewußt fernzuhalten. Ich kann mich allerdings auch nicht erinnern, daß der Vertreter des RCDS, mit dem ich vor drei Jahren zusammen in dieser Kommission war, die Einladungen zu diesen Prüfungsterminen, auf denen er die verschiedensten Unregelmäßigkeiten hervorragend hätte entlarven können, wahrgenommen hat.

Freude am Stören

Interessanter sind die verschiedenen Vorstellungen, die die neu entstandenen Gruppen (Wahlvereine?) bezüglich der bisherigen Arbeit der Gremien haben. So glaubt eine Gruppe von aktiven Historikern, in erster Linie studentische Interessen besser vertreten zu können, und dazu in erster Linie die 300.000 DM Semesterbeiträge besser kontrollieren zu müssen. Nun bezweifle ich, daß sie überhaupt wissen, wie diese bisher kontrolliert werden, und auch das "besser" scheint mir einer näheren Definition zu bedürfen. Ähnlich, wenn auch mit einem anderen Gedankengut kontaminiert, sieht auch der Akademische Studentenbund e.V. in den bisherigen StudentInnenvertretern vor allem nur ein paar Krakeeler, die oftmals aus reiner Freude am Stören demonstrieren, unfähig sind und die sich nur deshalb an der Macht halten können, weil der sich bewundernswert den Widrigkeiten stellende Student schwieg. Der Student muß künftig König sein (Warum nicht gleich Führer, Herr Weiland?).

Es gibt eine Menge solcher Ansichten, auf die ich gerne einginge, doch leider geht mir langsam der Platz aus – eine Seite ist verdammt kurz – weshalb ich diesem Text nun eine

kleine Wende geben werde. Das Problem, um das es hier eigentlich gehen soll, ist das der Rahmenbedingungen studentischer Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Wie man aus den ver-

schiedenen Ansichten der Gruppen sehen kann, vermittelt sich die Arbeit des RefRates und des StuPa nicht von selbst. Aus dieser Situation heraus entwickelt sich das Problem, daß die StudentInnenvertretung vielen offenbar als Feind der eigenen Interessen erscheint, sei es, weil es sich nur geringfügig um die jeweiligen Partikularinteressen kümmert, oder weil es diesen Steine in den Weg legt, oder auch, weil sie – man beachte dazu auch den Artikel des Kanzlers in der Unauf 81 über die Verwaltung – zum Teil für mächtiger gehalten wird, als sie eigentlich ist.

Aus solchen Ansichten entwickeln sich dann m.E. viele Vorstellungen, wie denn nun vieles „besser“ zu machen sei, und es ergibt sich das Bild eines ins megapolitische abgedrifteten RefRates, der sich nur um die „Lösung allgemeinpolitischer Probleme“ schert.

„Idioten“ ersetzen

Das Problem selbst liegt m.E. jedoch ganz woanders. Mindestens 50% aller Vertreter (nach einer gefühlsmäßigen und jeglichen empirischen Grundlagen entbehrenden Schätzung meinerseits), die in den Vertretungsorganen sitzen, haben eben mit dem Ansatz, alles grundsätzlich zu verbessern und die vorhergehenden Idioten zu ersetzen, ihre „Karriere“ in diesen Organen begonnen. Leider stellt man hier viel zu schnell fest, daß die Realitäten der Organe gar nicht so klar sind, und ein großer Teil der Leute hört einfach auf weiterzuarbeiten, da sich herausstellt, daß die angestrebte Effizienz sich nur um den Preis größter Anstrengungen, die mehr verlangen als nur sporadische Diskussionen, durchsetzen läßt.

Mehr als sporadische Diskussionen

Womit wir beim letzten Punkt sind. Das StuPa und der RefRat können immer nur so gut sein wie die Personen, die sich in ihm und um ihn herum bewegen, d.h. wie die „normalen“ StudentInnen, die hier ihre Aktivitäten, Probleme, Anregungen etc. einbringen. Ohne eine solche Arbeit können diese Gremien immer nur Teilen ihrer Aufgaben gerecht werden – und dies sind eben zumeist die weniger sichtbaren. So sind z.B. die Fachschaftsarbeiten, der Krähenfuß, der Kinoclub, das Beratungssystem etc. alles Bereiche, die aus einem Engagement entstanden sind, die nicht nur in den zentralen Gremien liegen, die aber von hier unterstützt werden.

Da ich das Zeichenlimit fast erreicht habe, will ich hier einfach mal abrupt abbrechen und all jene, die ernsthaft an einer erfolgreichen Vertretungspolitik Interesse haben auffordern, in den verschiedenen Organen der StudentInnenschaft (UnAuf, Huch, FS-Zeitungen) in einen regen und offenen Diskurs über den Sinn und Zweck, die Ziele und die Möglichkeiten der studentischen Politik an der Uni einzutreten.

Marcus Otto
Referent für Finanzen

Heilung ohne Rezept



Examensgebühren für Jurastudierende in Berlin

Eine Krankheit namens Geldnot belagert Berlin. Ihre Symptome sind ein Schuldenberg von 50 Milliarden DM und ein Haushaltsdefizit von 6 Milliarden DM im abgelaufenen Jahr. Die Senatoren und Senatorinnen greifen ohne sichtbares Rezept nach jedem Geld versprechenden Mittel, um der inflationären Krankheit Einhalt zu gebieten.

Nun sollen auch die Jurastudierenden ihren Teil zum Wohl des Landes beitragen. 500,- DM sollen sie künftig für ihr erstes Staatsexamen, 840,- DM für das zweite und 50,- DM für jeden Antrag auf Nachkorrektur einer Klausur zahlen. So sieht es der Entwurf aus dem Justizministerium für eine „Verordnung über die Erhebung von Gebühren in den juristischen Staatsprüfungen“ vor. Die Ermächtigungsgrundlage für eine solche Verordnung wurde bereits durch das veränderte Justizausbildungsgesetz in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1996 geschaffen. Eine Befreiung von den Gebühren ist neben Einzelfallprüfungen grundsätzlich nur für SozialhilfeempfängerInnen vorgesehen. Verabschiedet werden soll die Verordnung von der zuständigen Justizsenatorin Frau Peschel-Gutzeit im März dieses Jahres.

Die Erhebung von Gebühren wird die Struktur der juristischen Ausbildung aus rein finanzpolitischen Gründen verändern, ohne daß eine notwendige inhaltliche Diskussion geführt wird. Künftig wird die Wahl der Ausbildung wieder nicht nur von leistungsbezogenen, sondern auch von finanziellen Kriterien bestimmt werden. Die Kostenpflichtigkeit des Examens ist somit ein Schritt zurück in die bildungspolitische Steinzeit vor der Öffnung der Hochschulen in den 70er Jahren, in der durch Studien- und Prüfungsgebühren bedingt das Studium hauptsächlich ein Vergnügen für Kinder mit zahlungskräftigen Eltern war.

Der durch den Zahlungszwang beschränkte Zugang zum Jurastudium könnte das Recht auf Berufsfreiheit aus Art. 12 I GG verletzen. Auch das Gleichbehandlungsgebot aus Art. 3 I GG wird möglicherweise verletzt, denn die Gebühr trifft zwar alle Jurastudierenden in gleicher Höhe, jedoch sind die Kinder reicher Eltern ungleich besser in der Lage, die erforderliche Summe aufzubringen.

Wurde die Einführung der 100,- DM Rückmeldegebühr in Berlin als Testversuch für die Erhebung ähnlicher Gebühren in anderen Bundesländern geführt, so ist auch jetzt zu befürchten, daß die Lehramts-, Pharmazie- und Medizinstudierenden bald ähnliche Opfer für die Sanierung des Landeshaushaltes erbringen sollen.

Im Haushaltsstrukturgesetz 1997 wurde die zuständige Senatsverwaltung bereits ermächtigt, eine Gebührenverordnung für die Lehramtsprüfungen zu schaffen.

Von der Rezeptlosigkeit der SenatorInnen zeugt, daß der Etat für das Justizwesen einen verschwindend geringen Anteil des gesamten Berliner Haushaltes darstellt. Die eingenommenen Prüfungsgebühren, abzüglich der Verwaltungskosten für ihre Erhebung, werden demnach nur einen geringen Heilerfolg haben. hoffentlich aber im Vorfeld viele Proteste der für den Heilungsprozeß derartig in die Pflicht Genommenen hervorrufen...

Kirsten Wiese

Anzeige

Den ISIC gibt's beim AstA, vielen Studentenwerken, Studentenreisebüros sowie beim Rds Reisedienst Deutscher Studentenschaften, Grindelallee 45, 20146 Hamburg

...sprich: Prozente. Das heißt, wer auch auf Reisen günstig davonkommen will, sollte unbedingt einen ISIC im Gepäck haben: Er bringt weltweit Preisvorteile – bis zu 16 Monate lang für nur DM 15.

Für nur DM 15,-
mehr als ein Jahr
lang sparen

Die ganze Welt für wenig Geld





Tod in roter Wüste

Eine Uraufführung im Theater unterm Dach

Zwischen dem Moment, in dem eine Wüste roter Stoffbahnen den verwirrten Geist freigibt und den Sekunden, in denen sie den Abtrünnigen wieder für immer in sich aufnimmt, liegt nicht viel Zeit, liegt ein ganzes Leben. Das Theater der Entgleisung bringt dieses Leben nun mit Regisseur Friedrich A. Roesner auf die Bühne: „Der Abtrünnige oder ein verwirrter Geist“ von Albert Camus wird am 20. Februar im Theater unterm Dach, Danziger Straße 101, uraufgeführt.



Foto: Metzner

Thomas Fritz Jung verkörpert in dieser starken, bewegenden Inszenierung die Zerrissenheit zwischen Anziehung und Ekel gegenüber den Institutionen, die des Abtrünnigen Gesellschaft formen und sein Leben systematisch zerstören: die Eltern, die Kirche, die Schule als Ausfluß staatlicher Ideologie. „Der Abtrünnige oder ein verwirrter Geist“ stellt sich in den Dienst jener vergöttlichten Bosheit und bricht unter ihr zusammen. Camus' Monolog ist das letzte Aufbäumen eines Erkennenden – jemand, der fliehen wollte und nun in der Wüste verdorrt, die Salzstadt, das Ideal, in den gebrochenen Augen. „In unserer Welt der Todesurteile sind wir Künstler Zeugen des Aufstandes im Menschen gegen den Mord“ war das dichterische Credo Albert Camus'. Der Abtrünnige ist auf der Suche nach einer Gesellschaft der Anerkennung, Möglichkeit und Liebe. Er ist auf der Suche nach diesem neuen Gott und findet schließlich einen.

Samuel Barbers Adagio for strings versetzt den Zuschauer in eine Welt, die uns näher ist, als wir der ausgelegten Bühne abnehmen möchten. Auf den bloßen Stoffbahnen nun das langsame Dahinsiechen glaubhaft zu machen ohne nach plakativen Stereotypen des Schauspielernähkästchens zu greifen, gelingt Jung ohne Frage, er läßt uns mit ihm leiden, ganz intensiv und trotzdem überzeugend; diese eineinhalb Stunden gehen unter die Haut.

antrobust

Sich dem Tod widersetzende Taten

Vorgestellt: Das Freie Schauspiel

Dieser Bericht über die Produktion „Central Park West“ im Freien Schauspiel eröffnet in der UnAUF eine Reihe, in der Theater vorgestellt werden sollen, die nicht auf den Plakaten stehen, die in allen Bahnhöfen hängen.

Das Freie Schauspiel wurde 1982 von 10 Leuten (Schauspielern, Theaterwissenschaftlern und sonstigen Theaterbegeisterten) gegründet. Seit 1984 befindet sich das Theater in den Räumen einer ehemaligen Bäckerei in Neukölln – nach außen hin präsentiert sich die Spielstätte aber mit einer netten Bar, die passend zum Stück mit New York-Fotos behängt ist.

Bei „Central Park West“, im Original „Death Dying Acts“, handelt es sich um drei Einakter von den amerikanischen Dramatikern David Mamet, Elaine May und Woody Allen. Zu Beginn des Abends wird der Zuschauer durch einen düsteren, mit Trauerkränzen behängten Gang geführt, nachdem man eine steile Leiter, die den Abend nur zum Teil überleben wird, hinabgestiegen ist, landet man in einer Gruft und versammelt sich um einen Sarg – das Spiel beginnt: Eine Abgesandte der Hölle verschafft einem toten Anwalt die Möglichkeit, sich für sein Leben zu rechtfertigen, wobei leider einige Kommunikationsprobleme auftreten. Mamets Einakter „Das Verhör“ ist eine eigene Variation seines erheblich besseren Stückes „Bobby Gould in der Hölle“ – und Frank Schneider grimassiert in der Rolle des Anwalt so fürchterlich, daß Herbert Fritsch dagegen eine Wohltat ist.

Doch es geht weiter auf der Wandschaft durch New York. Man landet in der Centrale von Suicide Hotline und damit in Elaine Mays Stück „Hotline“. Wir

erleben, wie Ken seinen Job in der Selbstmordzentrale beginnt und bekommen alle Klischees und Witze über und von Psychiatern präsentiert.

Nach der Pause erzählt Woody Allen wieder einmal seine alte Geschichte: Ein Anwalt in der Midlife-Crisis hat sich in ein junges Ding verguckt, die Ehefrau – Psychiaterin – ist sauer und macht erstmal die vermeintlich aktuelle Geliebte ihres Mannes nieder. Dazu kommt noch deren Ehemann... – viele nette Dialoge, nur leider viel zu laut und grell dargestellt, so daß man sich eher in ein Kino wünscht, in dem gerade „Manhattan“ gezeigt wird.

Die Ausstattung ist liebevoll und selbst die Darsteller sind freudig dabei, was heutzutage ja leider schon fast eine Seltenheit ist. So gelingt ein Abend, der insgesamt gut bei den Zuschauern ankommt. Allerdings können nur 40 Leute diese New York Tour mitmachen, weshalb sich eine telefonische Reservierung (ermäßigte Karten kosten 17,- DM) empfiehlt. Aufgrund des großen Publikumsinteresses wird diese Produktion schließlich vom 1.3.-30.3 jeweils Do-So um 20.00 Uhr nochmals gezeigt!

Jörg Vorhaben



Gehirnwachsen

Der Pseudophilosoph: Partykiller, Oberlangweiler, Klugscheißer. Er schwafelt stundenlang über die elementaren Dinge: Woher kommen wir, wohin gehen wir und gibt es einen Gott. Wer solch einem Zeitgenossen einmal vor Augen führen möchte, wie er auf andere wirkt, der schicke ihn in die neue Inszenierung der Schaubühne „Die Sprache der Vögel“ von Farid Udin Attar. Nicht märchenhaft-mythisch wie der Titel vielleicht vermuten läßt, sondern langatmig und einschläfernd wird hier die Suche nach dem Sinn des Lebens abgearbeitet. Wer schon einmal in der Probebühne war, kennt die unbequemen Korbstühle, weiß um den einzigen Fluchtweg vor schlechten Stücken, der über die Bühne führt. Auf die Höflichkeit des Publikums bauend, diesen Ausweg nicht zu wählen, verzichtet man zusätzlich auf eine Pause. Und so sitzt man gefangen, zwei Stunden lang. Die eine findet Zuflucht im Schlaf, der andere malt Männchen in sein Programmheft. Gähnen wechselt sich mit hilflosen Blicken auf die Uhr ab. Ein paar Eifrige versuchen krampfhaft aufmerksam, dem intellektuellen Smalltalk zu folgen. Solltet ihr die Karte nicht mehr zurückgeben können, nehmt Euch ein Kissen und ein gutes Buch mit zur Vorstellung.

SW

Wohl bekomm's!

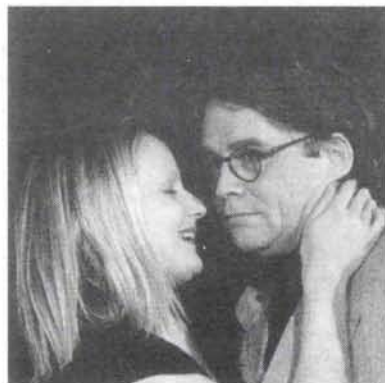
Man nehme Bromethyl, HC₂HC und Zyanalkali und erhalte eines der todsicheren Rezepte des Handlungsreisenden Monsieur Verdoux, alias Martin Wuttke. So murkst er im BE ungeniert nach und nach die ihm angetrauten Damen ab, die im wahren Leben des Stücks allesamt betagtere und reiche Witwen sind. Monsieur Verdoux beerbt sie alle. Eingebettet in eine Kulisse aus einem Stuhlberg, roten Rosen und einem Kontrabaß hält er schon Ausschau nach dem nächsten Opfer und mimt, sozusagen zwischen den Morden, kontrastvoll noch den biedereren Familienvater in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Am Ende beschuldigt ihn der Kommissar der Bigamie und des Mordes in 14 Fällen und trinkt prompt den Giftcocktail aus... Doch wer ist hier der Massenmörder? Charles S. Chaplins Stück weckt beim Zuschauer bisweilen Ratlosigkeit, sei es wegen einiger Szenenlacher (Schenkelklopfer?), der bestehenden Textunsicherheiten einiger Darsteller, der Län-

ge einzelner Szenen (Familie), obwohl nicht viel passiert. Interessanter scheinen die einzelnen Ehegeschichten des Immererben Verdoux. Besonders sehenswert ist hierbei die lebenshungrige, üppige, laut kreischende, resolute und dem tödlichen Charme doch zugängliche Annabella. Brilliant: Eva Matthes und Martin Wuttke. Insgesamt ein Stück mit Höhen und Tiefen.

Rike

Fette Männer im Rock

Nach einem Flugzeugabsturz ernähren sich Bishop, die Hauptfigur in Nicky Silvers Komödie „Fette Männer im Rock“, und seine Mutter, auf eine Insel gefesselt, die nächsten fünf Jahre von ihren Mitreisenden, zwischendurch erfahren wir durch Rückblenden einiges



über ihr Familienleben. In der Pause werden sie gerettet, und der Zuschauer muß sich vor einer Umbaumusik in die Bar retten. Im zweiten Teil befinden wir uns plötzlich in New York und Bishop kann das Menschenfressen immer noch nicht aufgeben ...

Silver schrieb eine rabenschwarze Komödie, die vor allem durch ihren Wortwitz und ihre Anspielungen auf Filme lebt. Thomas Ostermeier wiederum liefert uns mit seiner Inszenierung in der Baracke des Deutschen Theaters Boulevard: Womit der Anspruch, „Neues auszuprobieren“, eingelöst wurde (siehe Interview in UnAuf 80), bleibt ungewiß. Der streckenweise zynische Text stellt zwar eine deutsche Erstaufführung dar, ist aber vermutlich eher für die herkömmliche Guckkastenbühne geeignet als für den Versuch, ihn auf einer Arenabühne – wie in der DT-Baracke – aufzuführen. Ostermeier spielt mit Mitteln des Boulevardtheaters, großzügige Ausstattung tut hier auch meistens gut, wirkt in dieser Inszenie-

rung aber etwas ärmlich. Auch die Darsteller drücken ordentlich auf die Tube und werden gerade dadurch zum Teil unerträglich langweilig ... schade!

Jörg Vorhaben

Theater-Tip

Längst ist Quentin Tarantinos (Pulp fiction) Regie-Erstling „Reservoir dogs“ zum Kultfilm avanciert. Der Titel – so lautet die Legende – rührt daher, daß Tarantino den Filmtitel „Au revoir les enfants“ immer falsch verstand... – wie dem auch sei, der Titel weist keinerlei Bezug zur Handlung auf: Nach einem gescheiterten Coup trifft sich eine Gruppe Gangster in einer alten Lagerhalle und beginnt die nervenzerreißende Suche nach dem Verräter.

„Ein idealer Stoff für die Bühne“, sagten sich Kira Kirsch (Dramaturgie) und Max Schuhmacher (Regie) und adaptierten den psychologischen Kammerthriller als deutsche Erstaufführung für die Bühne.

Das Ergebnis kann ab 15. März in der Tanzschule Schmidt begutachtet werden – einschließlich „Gangsterparty“ nach der letzten Vorstellung (18. März).

antrobust

kurz & gut

Central Park West

Freies Schauspiel, Pflügerstr.3
(U7 Hermannpl./U8 Schönleinstr.)
1. bis 30. März, Do-So, 20.00 Uhr;
Karten: Abendkasse & Tel. 6 92 46 72

Der Abtrünnige oder Ein verwirrte Geist

Theater unterm Dach, Danzigerstr.101
20. bis 22. Februar, 20.00 Uhr;
Karten: Abendkasse & Tel. 42 40 10 80

Fette Männer im Rock

Deutsches Theater/Baracke,
Schumannstr. 13a
4./5./7./25./26./Februar, 21.00 Uhr;
Karten: Abendkasse & Tel. 2 82 84 65

Neue englischsprachige Dramatik

Deutsches Theater/Baracke;
12. bis 15. Februar

Reservoir Dogs

Tanzschule Schmidt, Rosenthalerstr. 38
15.-18. März;
Karten: Abendkasse & Tel. 785 88 98



Wider die Hysterie

Hintergründe zweier Mythen

Auf dem Wettbewerbsprogramm der diesjährigen Berlinale sind die Vereinigten Staaten mit einer Filmadaption (Regie: Nicholas Hytner) von Arthur Millers Drama „Hexenjagd“ vertreten – gleichzeitig kommt die Parabel über Diskriminierung, Verfolgung und Massenhysterie auch in die deutschen Kinos. Millers „Hexenjagd“ reflektiert am Beispiel eines historischen Hexenprozesses im Jahre 1692 die Kommunistenjagd und Diskriminierung „unbequemer“ Künstler und Politiker in der McCarthy-Ära – ein Thema, das in den USA vielleicht momentan weniger aktuell erscheint als in Deutschland, wo mit den „Hexenjagden“ vor (DDR) und nach der Wende (man denke beispielsweise an gewisse „Ost-Lehrkräfte“ – die „Überhänger“ – an der HUB) eine besondere Sensibilität vorherrschen müßte. Grund genug für die UnAUF, über die Hintergründe nachzudenken.

Arthur Miller – beinahe singulärer Anwalt des sozialen Dramas im zeitgenössischen amerikanischen Theater – stellt in seinem Drama „Hexenjagd“, zu dessen aktueller Verfilmung er auch das Drehbuch verfaßte, die Frage nach der Erzeugung gesellschaftlichen Drucks, der Denunziation und dem inneren Konflikt des Individuums in diesem Prozess.

„Hexenjagd“ zugrunde liegen die Ereignisse von 1692 in Salem, einer puritanischen Siedlung Neuenglands. Die aus England vertriebenen Protestanten suchten in der neuen Welt eine Gesellschaft zu formen, die beispielhaft sein sollte, eine „city upon the hill“, eben eine ehrlich gemeinte Bastion von Freiheit, Gerechtigkeit, Arbeit und Frömmigkeit. Den strengen Verhaltens- und Glaubenskodex zu verletzen beunruhigte die Gemeinde, man glaubte dann an „ein Werk des Satans“. Das spaßig gemeinte Spiel einiger Mädchen mit Verwirrtheit und Verleumdung entwickelte so auf dem fruchtbaren Boden der Verunsicherung eine furchtbare Eigendynamik, die ein ganzes Dorf in Verleumdungshysterie, Hexenjagd und panisches Lynchentrieb trieb.

Allgemeinhin werden hier Parallelen zum McCarthyismus gezogen, auf dessen Auswüchse sich Millers Drama auch bezieht.

Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges bestätigte die Amerikaner im Glauben an ihre freiheitlich-demokratisch organisierte Gesellschaft. Zum großen Teil aus altruistischen Motiven versuchten sie, im Bewußtsein des „by conduct and example“ anderen Staaten eine erneute diktatorische oder kommunistische Ordnung zu ersparen. Das containment-Prinzip ideologischer Balance zwischen Kommunismus und Kapitalismus wurde unter Außenmini-

ster John Foster Dulles ein ambitioniertes „roll back“ des „Weltkommunismus“, zu dem gab die im Rüstungswettlauf führende UdSSR Grund zur Verdächtigung kommunistischer Spionage und führte so zu weitreichenden Untersuchungen und Denunziationen im Regierungsapparat. Von der Angst und Hysterie der internen Kommunistenhetze waren jedoch zuerst nur Künstler, Intellektuelle und Politiker betroffen – erst Senator McCarthys spektakuläre TV-Denunziation von 205 Mitarbeitern im Außenministerium und die sofort darauf folgende Entlarvung seiner beweislosen Hetze schürte das allgemeine Bewußtsein einer „red scare“ der in den frühen Nachkriegsjahren nach Sicherheit, „motherhood and applepie“ sich sehnen- den amerikanischen Bürger. Der McCarthyismus war also weniger die von innen gewachsene Massenhetze Salems, sondern die Einführung der Formel Americanism = Antikommunismus in die amerikanische Gesellschaft: Ein gesellschaftliches Problem, eine soziale Katastrophe.

antrobis

Hexenjagden

Arthur Miller schildert in seinem 1953 uraufgeführten Drama „Hexenjagd“ die historischen Vorfälle in dem amerikanischen Dorf Salem im Jahre 1692: Einige junge Mädchen waren beim Ausleben ihrer pubertären Phantasien in einem improvisierten „Hexensabbath“ ertappt worden und begannen im Laufe des folgenden Exorzismus – zum Teil aus Rachegefühlen –, grundlos Unschuldige der Hexerei anzuklagen.

Kein einfacher Stoff für Hollywood, und man ist geneigt, hinter der Verfilmung eher das Feigenblatt „ambitionierte Literaturverfilmung“ zu vermuten, als das Bedürfnis, sich eines problemgeladenen Stoffes anzunehmen. Denn Miller thematisiert nicht nur die McCarthy-Depression, wie auch in seinem zur selben Zeit entstandenen Roman „Im Brennpunkt“, sondern seziert zudem ein anderes Phänomen: Denunziation und die Hysterie der Massen, das Ausleben unterdrückter Triebe in Gewalt gegen andere, die Relativität von Wahrheit und Schuld, wenn es darum geht, „die eigene Haut zu retten“.

McCarthy spaltete Hollywood. Millers Bekenntnis zu seinen sozialistischen Überzeugungen vor dem berüchtigten „Kongreßaus-

schuß für unamerikanische Umtriebe“ ist ebenso mutig, wie der Verrat befreundeter Künstler durch manche Regisseure verständlich – wenn auch nicht entschuldbar; wer aber möchte nach DDR und Wolf Biermann den ersten Stein werfen?

Dennoch bleibt die Ungewißheit der eigenen Reaktion unter Druck oder angesichts der Möglichkeit, innerhalb eines Denunziationssystems selbst Profit zu schlagen...

Miller bezog sich ausdrücklich auch auf die stalinistischen Säuberungen in Sowjetrußland – wie auch ein weiterer Schriftsteller: Auch Aldous Huxley wählt einen Hexenprozeß, um dieselbe Thematik darzustellen, auch seine „Teufel von Loudun“ sind historisch. Unterdrückung artet in neue Unterdrückung aus, ein erlösendes Wort kommt leicht von den Lippen, wenn die Rettung vor dem Scheiterhaufen oder die Rache an einem alten Feind vor Augen steht.

Und an dieser Stelle wird „Hexenjagd“ wieder brisant – auch in unserer „ach so toleranten“ Gesellschaft. Und die Uraufführung in Berlin gibt zu denken...

godot



Larry Flint ist ein unsympatischer Kerl. Er hat keine Manieren und ist Stolz darauf. Er liebt Gruppensex und gibt Pornomagazine heraus. Er scheißt auf die Meinung anderer. Er beleidigt, prügelt und kennt kein Maß. Er will einen Haufen Geld machen und so viel Spaß wie möglich haben.



Wie tolerant eine Gesellschaft wirklich ist, kann sie am besten an einem Outlaw wie Larry, dem Herausgeber des Hustler-Magazin, testen. Larry (gespielt von Woody Harrelson) tritt vehement für sein Recht auf freie Meinungsäußerung ein. Toll, jeder hat schließlich in den USA das verfassungsmäßig geschützte Recht auf freie Meinungsäußerung. Doch Larry äußert seine Meinung in Nacktaufnahmen. Er bezichtigt in satirischer Form den berühmten Fernsehprediger Jerry Falwell mit seiner Mutter Sex auf der Außentoilette gehabt zu haben. Ein schlechter Scherz, eine Frage des Geschmacks? Larrys Leben ist gekennzeichnet von Prozessen, Gefängnis- und Nervenheilanstaltsaufenthalten. Von Anschlägen auf sein Leben. Aber es gibt auch die Liebe mit seiner Ehefrau Althea (Courtney Love).

„Larry Flint-Die nackte Wahrheit“ von Milos Forman ist ein Film, der auf unterhaltsame, traurig nachdenkliche Art einem vor Augen führt, was Demokratie wirklich bedeutet. Freiheit ist auch immer die Freiheit der Andersdenkenden.

SW

Der Film startet am 20. Februar.

Knockin' on Heaven's Door

Nach bewegten Dreiecksgeschichten hat die neue deutsche Komödie nun den Gangsterfilm entdeckt. Blieb „Sexy Sadie“ eher im Off-Bereich, bringt Regie-Neuling T. Jahn einen hitverdächtigen Mix aus Gangsterklamaus und Totkranken-Roadmovie für's ganze Volk. Wie gerade Tom Hanks hat nun auch Til Schweiger das Produzieren als Nebenjob entdeckt in Deutschland sowieso eine heroische Aufgabe – und sich selber schön in der Hauptrolle inszenieren lassen: Zwei Krebskranke fliehen aus dem Krankenhaus, klauen zwei Gangstern das Auto und haben so eine Menge Probleme... – alles nur geklaut? Jawoll, sie klauen – nicht nur die Gangster, sondern auch der Film als solcher: Alles schon gesehen („Pulp fiction“, „True Romance“) – aber eben doch anders. Daher: Alles nur persifliert. Denn die Witze sitzen so locker wie die Klischees – die zwar wie blöde ballern, aber eben nur WIE blöde, und außerdem kein Blut fließen lassen.

Selten so gelacht – es leben die, die am Himmel anklopfen.

Max Schumacher

Der Film startet am 20. Februar.

in kürze

Fräulein Smillas Gespür für Schnee

Die Bestsellerverfilmung mit Julia Ormond in der Hauptrolle eröffnet die diesjährige Berlinale und gilt bereits jetzt als potentieller Hit.

ab 13. Februar

Mütter & Söhne

Das Mutter-Sohn-Drama vor dem Hintergrund des Nordirland-Konfliktes wurde 1996 mit dem Felix ausgezeichnet.

ab 13. Februar

Hexenjagd

Parabel auf Massenwahn und Denunziation nach A. Miller.

ab 20. März

In love and war

Großes Gefühlskino um eine Liebesaffäre des jungen Hemingways.

ab 6. März

William Shakespeare's „Romeo & Julia“

Die verkrampt modernisierte Adaption scheiterte bei der amerikanischen Jugend ausgerechnet an Shakespeares Text...

ab 6. März

„Kleines Arschloch“

Walter Moers Kultfigur saut über die Leinwand!

ab 6. März



Dub Syndicate im Knaack

Schwere Bässe, geeint mit schwebenden Echos und stehenden Klangwellen

Dub Syndicate, am
12. Februar im Knaack

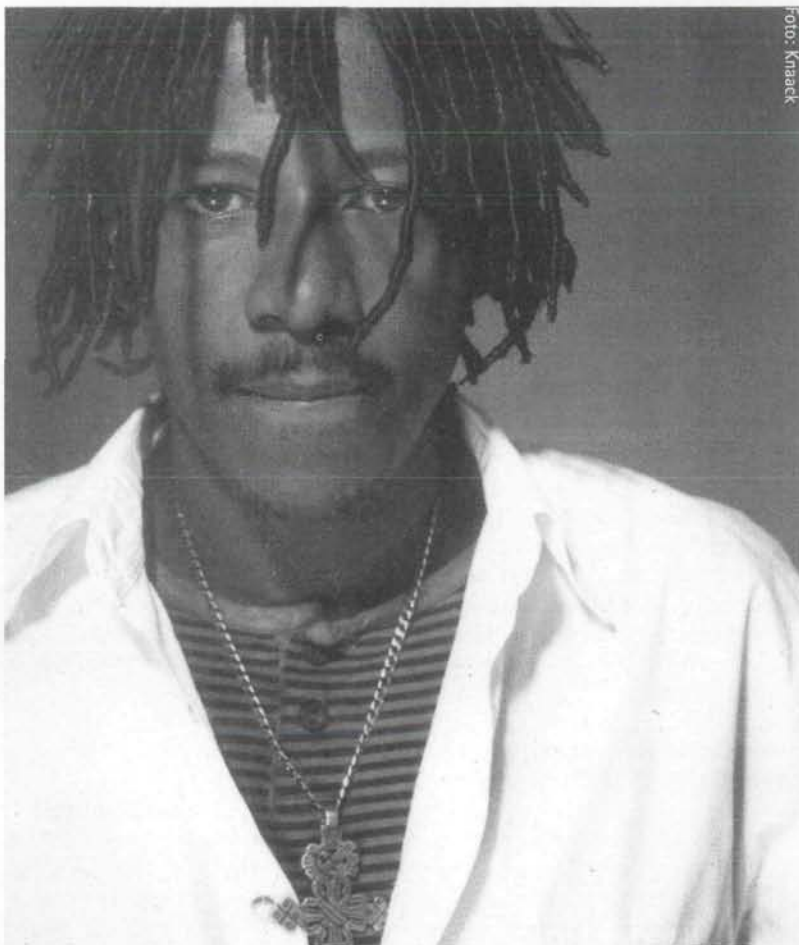


Foto: Knaack

Style Scott,
führender Kopf von
Dub Syndicate

Man kann aus gar fürchterlich schlechten Titeln einen guten Dub zaubern. Das ist alles nur eine Frage des musikalischen Könnens, und, seitdem die Dub Pioniere nicht mehr mit kaputten Vierspurgeräten und halben Plattenspielern aus dem jamaikanischen Hausmüll herumbasteln, auch immer mehr eine Frage des Umgangs mit modernen Samplingtechniken.

Ein prominenter Vertreter der heute in London konzentrierten Dub-Szene ist zweifellos Style Scott, der unter dem Dach des Labels ON-U Sound fähige Tüftler vereint hat zu Dub Syndicate, dem erfolgreichsten und trotzdem linientreuen Projekt, was diese Szene hervorbrachte.

Mit „Ital Breakfast“ hat die Formation im März letzten Jahres ein sorgfältig produziertes Album präsentieren können. Da liegt es nahe, die verdienten Lorbeeren zu genießen und, ganz gelassen, mal hier und mal da zu spielen.

Am 12. Februar kann man sich die vier Musiker im Knaack ansehen, falls sie sich nicht hinter dichten, psychoaktiven Nebelwolken verbergen. Eine lohnenswerte Sache, denn im Gegensatz zu den Disco-Betreibern des Clubs haben die Konzertveranstalter immer wieder mal ein goldenes Händchen.

cd

Mit neuer Kraft zu alten Wurzeln

Mit „Brighten the Corners“ erscheint das fünfte Album von Pavement

Pavement, „Brighten the Corners“, erscheint dieser Tage bei Rough Trade

Die wenigsten Bands finden nach einem gelungenen kommerziellen Erfolg wieder zurück zu sich und ihren musikalischen Ursprüngen. Schnell verdientes Geld lockt, und den früher so oft herbeigesehten Vertrag mit dem Majorlabel möchte niemand gern weggeben. Selbst wenn der Absprung halbwegs gelang, gebrannte Kinder bleiben die meisten Musiker doch. Der Erfolg hinterließ Narben: Man ist jetzt wichtig, und nichts ist mehr wie früher.

Pavement, die amerikanische Truppe mit den kratzig-schrägen Melodien, hat mit ihrer neuen Platte „Brighten the Corners“ diese Klippe recht gut umschifft.

Denn „Wowie Zowie“, deren letztes Album, hatte einen Schönheitsfehler: Es sorgte zwar vor zwei Jahren mit seinen lasziv-melancholischen, dem Nirvana-Mythos kompatiblen Stücken für restlose Ausbuchung der größeren und teureren Konzerthallen unseres Landes, doch sobald es zur Sache gehen sollte, blieb der Hörspaß stecken wie ein Strandmobil in einer Schneewehe. Die coole Aura konnte ihn nicht ersetzen.

So entschlossen sich die Musiker zu einer kreativen Verschnaufpause, an deren Ende sich der verlorengegangene Spaß wiederfand. Auf „Brighten the Corners“ reihen sich dreizehn, fast sommerliche Titel, manche faul-genießerisch, andere straight heraus, aber alle auf jeden Fall ehrlich.

Ein gelungener Abschluß der Discographie einer Band, deren ungewöhnlicher und einfallsreicher Sound schon seit Anfang der Neunziger überzeugte.

cd

kurz & gut

Für alle die, die rauchende Verstärker und geschmolzene Endstufen mögen, spielen am 19. Februar TOOL im Metropol. Ohrenstöpsel mitnehmen!

Ich höre was,
was du
nicht siehst.

In Berlin:

Deutschlandfunk. UKW 97,7

Das Informationsprogramm.

DeutschlandRadio Berlin. UKW 89,6

Information. Kultur. Musik.

Weitere Frequenzen und Infos: 01 80-230 42 72

ARD/ZDF-Videotext: Tafeln 630-637; Internet: <http://www.d-radio.de>



Auswege aus der Gewalt

Initiative "Soziale Kooperation"

An den RefRat wenden sich zunehmend mehr soziale Initiativen mit der Bitte um Zusammenarbeit auf logistischer und informeller Ebene. Eine dieser Initiativen ist die „Soziale Kooperation“ im Nachbarschaftsladen Moabit e.V., der wir hier die Möglichkeit einer Selbstdarstellung geben wollen. Verbunden damit ist die Hoffnung, daß sich der eine oder die andere für die dort geleistete Arbeit interessiert und dann vielleicht aktiv engagiert.

Die Situation von Gefangenen in der U-Haft ist geprägt von Isolation, Orientierungslosigkeit, Auseinandersetzung mit Straftat und Haft, Sorgen um den Erhalt von Wohnraum, um Arbeit, soziale Bindungen und den ungewissen Ausgang der Prozesse. Die Gefangenen verlieren den Zugang zu sich selbst und gesellschaftlichen Werten. Es kommt zu suizidaler Selbstgefährdung – denn je ungerechter sich jemand behandelt fühlt, desto destruktiver ist er gegenüber sich selbst bzw. anderen.

Die „Soziale Kooperation“ im Nachbarschaftsladen Moabit e.V. ist eine Gruppe ausgangsberechtigter Gefangener und engagierter Menschen, die mit ausgangsberechtigten Gefangenen vom Senator für Justiz anerkannte Resozialisierungsmaßnahmen in Form handwerklicher und gemeinnütziger sozialer Tätigkeiten durchführt. Mit Hilfe verschiedenster Arbeitsansätze vermittelt die Arbeit in den Gruppen soziales Wissen, um soziale Kompetenz zu erhöhen bzw. wiederzuerlernen sowie Bewußtsein für Rolle

und Stellenwert sozialer und individueller Beziehungen (Beziehungsfähigkeit) und Verantwortung für sich selbst und für andere zu entwickeln. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Thematisierung des Umgangs mit Geld im Spannungsfeld Arbeit/Freizeit und Alkohol/

Sucht/Drogen. Dabei geht es nicht um primäre Wissensvermittlung, sondern darum, sich im Gruppenprozeß Erkenntnisse und Wissen über sich selbst und andere zu erschließen.

In der Praxis erfolgt die Arbeit der „Sozialen Kooperation“ in sechs sogenannten 'Kooperationsgruppen', die gemeinsam mit der Gruppe Ausgangsberechtigter geplant wurde und den Wünschen, Interessen und Fähigkeiten der Gefangenen nachkommt. In den 'Kooperations-Gruppen' werden sozialtherapeutische Grundlagen und Inhalte aus den Selbsthilfegruppen und Resozialisierungsmaßnahmen in praktischer Umsetzung vermittelt. Auf Grund der unterschiedlichen Arbeitsansätze ergeben sich verschiedenste Möglichkeiten des Engagements:

1. Offenes Treffen mit Frühstück der Gruppe ausgangsberechtigter Gefangener und Haftentlassener jeden Sonnabend 10.00 Uhr im Nachbarschaftsladen Moabit, Huttenstr. 36.

2. Kiezwerkstatt für stadtteilbezogene handwerkliche Aktivitäten für sich selbst und andere Menschen; jeden Mi 15.00 – 18.00 Uhr und So 8.00– 13.00 Uhr im Nachbarschaftsladen, 3. Forum „Auswege aus der Gewalt“ Diskussionsreihe, öffentlichen Veranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen und besondere Veranstaltungen für SchülerInnen und Jugendliche.

Die handwerklichen Aktivitäten Gefangener und anderer Nutzer (Nachbarn, sozial Benachteiligte) werden z.Zt. von einer ABM-Kraft angeleitet. Nachbarschaftshilfe, Mitarbeit im Projekt AUSWEGE AUS DER GEWALT und in der Stadtteilarbeit werden u.a. von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Sozialen Kooperation e.V. und PraktikantInnen der Sozialarbeit betreut.

Zur sozialen Sicherung der „Sozialen Kooperation“ und deren Arbeitserfolge brauchen wir – wie so viele Initiativen – Eure Unterstützung: Um Menschen Mut zu machen, neue Lebensperspektiven, Handlungsräume und Verantwortung zu entwickeln, um Zeichen zu setzen, soziale Aufgaben wahrzunehmen und zu verwirklichen.

Für mehr Infos, Kritik, Anregungen findet Ihr bei

Jan/Axel im RefRat (2093-2603)

oder direkt beim

Nachbarschaftsladen Moabit
Huttenstr. 36; Tel.: 3452979
immer ein offenes Ohr.

Axel Humsch

Anzeigen

Leben und Einkaufen im Prenzlauer Berg

10407 BERLIN/PRENZLAUER BERG

**OBLOMOW
T E E**

LADEN&STUBE

KÄTHE-NIEDERKIRCHNER-STR. 15

HAGEN STOLETZKI

TEL. 030 / 4254634

CONDOM - MIX

Die Condomerie mit
Lieferservice und
Postversand für
Condoms, Gleitgel,
Naturkosmetik und
für alles andere!



Dunckerstr. 1a, 10437 Berlin Tel. 4429208
<http://www.b-net.de/b-net/lust>



Naturkost
Naturwaren
Bistro
Partyservice

Mo-Di, Fr 9-18.30 Uhr
Do 9-19.00 Uhr
Sa 9-13.00 Uhr

Hufelandstr. 22
Prenzlauer Berg
Tel. 424 97 45

UnAufgefordert

Metropolen in Deutschland



Die Zickenstadt Gifhorn auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

Die Reihe "Metropolen in Deutschland" lenkt den Blick auf zu unrecht übersehene Flecken, in denen Bewegendes jenseits unserer egomanen Hauptstadtperspektive zu beobachten ist. Der zweite Teil beleuchtet die Stadt Gifhorn in Niedersachsen.

Im Jahre 2000 ist die Expo in Hannover. Die Kleinstadt Gifhorn möchte da nichts verpassen, denn Gifhorn ist die Schnittstelle im Herzen Deutschlands. Hier schneiden sich Elbe-Seitenkanal und Mittellandkanal, die Bahn von Uelzen nach Braunschweig mit der von Hannover nach Berlin, die B188 mit der B4. Früher schnitten sich hier Salzstraße und Kornstraße.

Niemand weiß, warum Gifhorn eigentlich nicht Frankfurt/Aller heißt. In alten Zeiten, als noch Feen und Elfen durch die Moränen und Sümpfe der Norddeutschen Tiefebene schwebten, überquerten Reisende den Weser-Zufluß Aller an einer besonders flachen Stelle, einer Furt. Dieser Flecken errang existentielle Bedeutung, als man über besagte Furt Salz von Lüneburg nach Braunschweig und Korn von Magdeburg nach Celle schaffte. Bald baute sich Herzog Franz von Celle-Lüneburg ein kleines, aber wunderschönes Jagd-Schloßchen, von einem Wassergraben umgeben, mit großem See zum Schlittschuhlaufen und Räumen für ein Heimatmuseum. Noch heute ist dort Gifhorns Kerker. Durch einen geheimen Tunnel, so munkelt man, sei das damalige Gästehaus und älteste erhaltene Gebäude, das Kavaliershaus von 1514, mit dem Schloß verbunden.

Das Volkswagen-Wandlitz Gifhorn strahlt den Abteilungsleiter-Charme des benachbarten Wolfsburger Autokonzerns aus. Als es die Zonenrandförderung für vergessene Orte nahe der DDR noch gab, ging es dem einst größten Landkreis der damaligen Bundesrepublik blendend. Seit der Wende jedoch gibt es Probleme. Nicht nur mit der Integration vieler zugewanderter Spätaussiedler, der Arbeitslosigkeit und der hohen Kriminalitätsrate, sondern auch, weil das zusätzliche Geld fehlt. Nur dem Internationalen Mühlenmuseum, DER Touristenattraktion, wirft man es noch hinterher. Weil Michael Gorbatschow hier zudem die Schirmherrschaft für ein deutsch-russisches Handwerkszentrum übernahm und vom Mühlenmuseum aus nun goldene Zwiebeltürme die Stadt überstrahlen, verzichtet man gern auf Steuern, schießt immer mal ein paar Hunderttausend zu und duldet Umweltfreveln. Außerdem soll Gifhorn mit seinem Mühlenmuseum ja der Magnet der Expo 2000 in Hannover sein. Thema: "Mensch, Natur, Technik". Die Stadt plante Großes: eine zivilisationsgestaffelte Landschaft mit integriertem Mühlen- und Solarpark. Um sich bei der Expo-Gesellschaft mit einem förderungswürdigen Konzept zu bewerben, schuf man eine Halbtagsstelle und besetzte sie mit einer Hausfrau und Mutter.

So ganz im Grünen feiert sich Gifhorn als legendäres "Südtor zur Lüneburger Heide". Weil auch ein Südtor seinen Stolz hat, wird jeder Besucher zu einem Spaziergang durch die Gifhorer Schweiz genötigt: da blöken schon ihre wolligen, schnuckligen Bewohner, die Heidschnucken (Schafe) mit ihrem kauzigen Hirten.

Stolpert man ihnen durch das klein-

wüchsige Gestrüpp hinterher, so passiert es mitunter, daß plötzlich Roy Black hinter einem Wacholderbusch hervorspringt und "Grün ist die Heide, die Heide ist grün" zwitschert! In Wirklichkeit, liebe Wander-

freunde, ist Heide entweder rosa (im August) oder braun und vertrocknet (sonst). Etwas weiter finden wir ein Zeugnis einheimischer Lyrik auf einem Findling: "Es stehen drei Birken ...-Hermann Löns". Löns war der Lokalheld des vorigen Jahrhunderts. Tagtäglich schleppte er sich nach dem Dichten an seinem Stock durstig in die Schänke "Lönskrug". Hier treffen wir übrigens ganz unvermittelt unseren Freund, den Wirt, der, eben noch als echter Heidjer und Schnucken-Hirte verkleidet vor den Touristen durch die Heide getänzelt, nun seine Schnucken verfüttert. Sonderbarerweise entdecken wir auf der Speisekarte den vom Landwirtschaftsminister ebenfalls in dieser Schänke als Spezialität ausgezeichneten "echten Gifhorer Zickenbraten". Es ist dabei völlig unklar, warum ausgerechnet der Zickenbraten typisch gifhornisch sei. Denn in der Heide und im Topf sind die Schnucken und auf dem Stadtwappen prunkt ein goldener Löwe. Die Idee mit der Zicke erschien dem Stadtrat aber derart absurd, daß er sogleich eine bronzene Zicken-Plastik anfertigen ließ, die man im Zentrum aufstellte.

Für Kultur sind in Gifhorn der emsige Kulturverein, der Kunstverein und die Volksbank da. Außerdem gibt es drei Cafés und kein Kino. Doch die Dorfjugend läßt sich das Feiern nicht nehmen. Gibt es mal keine Partykeller zu zertrümmern, setzt sich die Jugend ins Auto und klappert die zahlreichen Dorf-Diss'n ab. Einen Eindruck davon bekommt man in den Seitenwegen der mörderischen B188, wo die Wracks vom Wochenende liegen - Gifhorn trägt den traurigen Rekord bei tödlichen Disco-unfällen.

Daß Gifhorn vor nicht allzu langer Zeit Deutschlands drittgrößter Drogenumschlagplatz war und nun den show-down osteuropäischer Bandenaktivität erlebt, möchte niemand so recht wahrhaben. "Gifhorn - Hier geht's rund!" proklamierte man salomonisch zur 800 Jahr-Feier 1996. Eben bestens gerüstet für das nächste Jahrtausend.

antobus

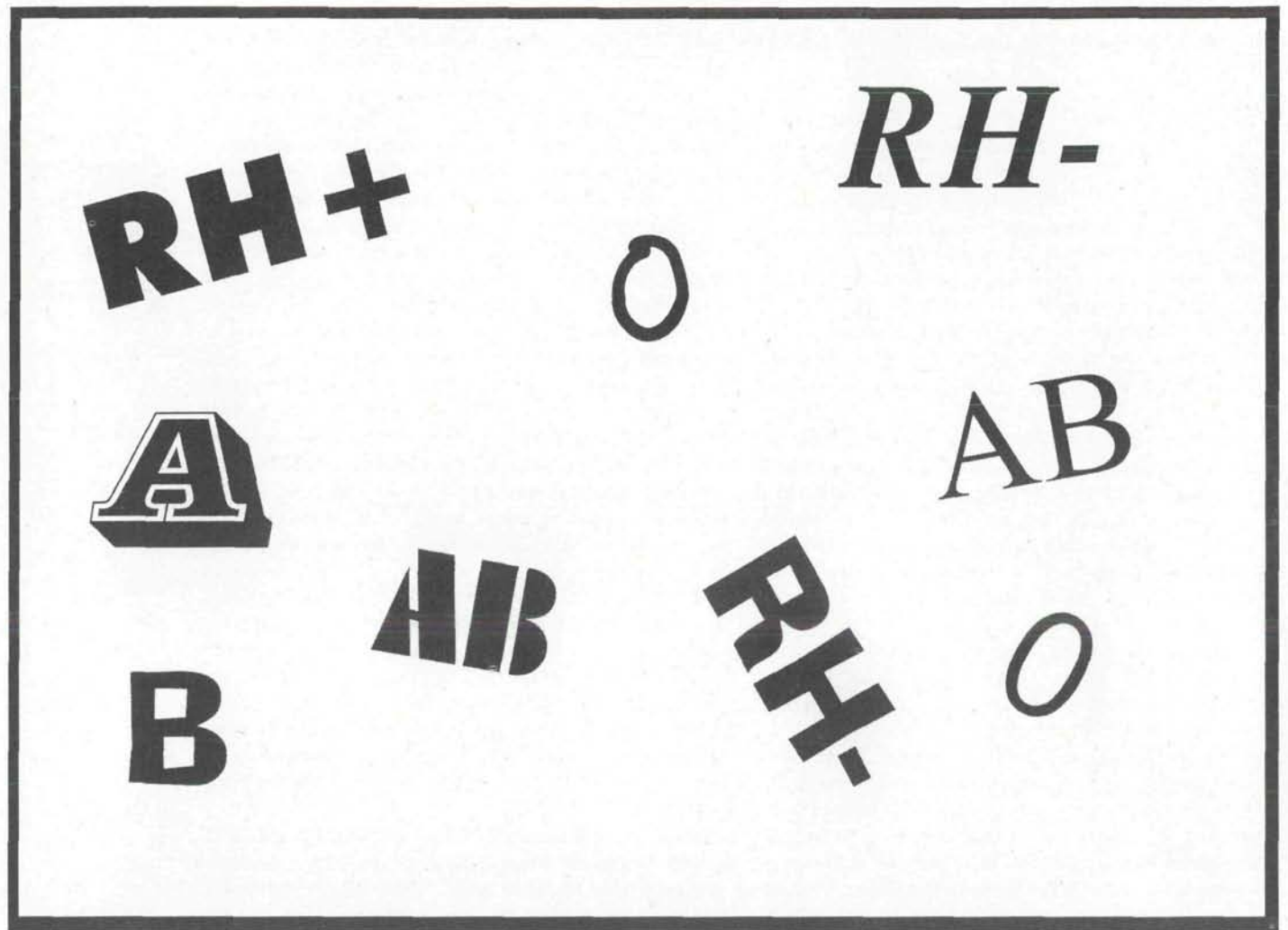
Folge II

Die Zicke - Symbol einer modernen, der Zukunft zugewandten Stadt im Herzen Deutschlands.



Foto: antobus

Sie sind unser Typ!



Was Sie auch immer für eine Blutgruppe haben, Ihr Plasma wird gebraucht, um Menschenleben zu retten.

Für Ihren Zeitaufwand erhalten Sie **40,- DM.** Sie können bis zu 6 mal pro Monat spenden.

Mo+Mi 10.00-18.00 Uhr
Di+Do 8.00-18.00 Uhr
ab 1.10.96
Freitag 8.00-15.00 Uhr

Seroplas

Tel. 030/2 53 74 70
Axel-Springer Str. 42
(ehem. Lindenstraße)
10969 Berlin
U-Kochstraße
U-Spittelmarkt

Es ist schon toll. Nie hatte ich soviel Zeit. Nie habe ich soviel Zeit verstreichen lassen um des Verstreichens willen. Nie konnte ich der verstreichenden Zeit so ausgiebig zusehen – es ist schon toll.

Ich koche gerade ein Nudelsüppchen, und zwar in einer aufgeräumten Küche, esse aus poliertem Geschirr – und das ist so, weil ich so viel Zeit habe. Diesen Umstand verdanke ich meinem Willen zur Veränderung, der besagt, daß ich mich von einer Studentin in einen Azubi verwandeln soll.

Und wie ich mich so verwandle, erscheint die Uni mir nur noch in weiter Ferne so nah, mit widerwilligen Gefühlen absolviere ich letzte Pflichtkurse und habe plötzlich Zeit. Es ist schon toll!

Wie gemütlich ist so ein Morgen, im Bett verbracht! Wie herrlich, streßfrei ein Buch zu lesen, ohne Ein- und Zuordnungsfimmel. Ei, wie gemütlich und herrlich ist es, Zeit zu haben! So konnte ich bereits im Oktober mit der Herstellung von Weihnachtsgeschenken beginnen und hatte im Dezember soviel Zeit, daß ich mir die Geburtstagsgeschenke für's erste Quartal im neuen Jahr ausdachte. Ist das nicht toll? Mein großer Schrank ist voller Geschenke. Wann konnte ich mich das letzte Mal so ausführlich meinen Lieben und weniger Lieben widmen?

Wenn ich so um mich schaue, in die diplomzerfurchten Gesichter, fällt mir vor lauter Selbstglück nichts mehr ein. Eigentlich könnte ich jedem Diplomanden einen Prüfungsglücksbringer basteln. Mit der Zeit kommen einem ja solche Ideen.

Mit der Zeit gehen die Ideen auch wieder. Meine ungelesenen Bücher stapeln sich. Überhaupt ist mein Lesepensum in unerklärlicher Weise in die Tiefe gesunken. Habe ich einen Germanistikschaden? Anders kann ich mir meine spitzen Finger nicht erklären, mit denen ich neuerdings jedes Buch ab-

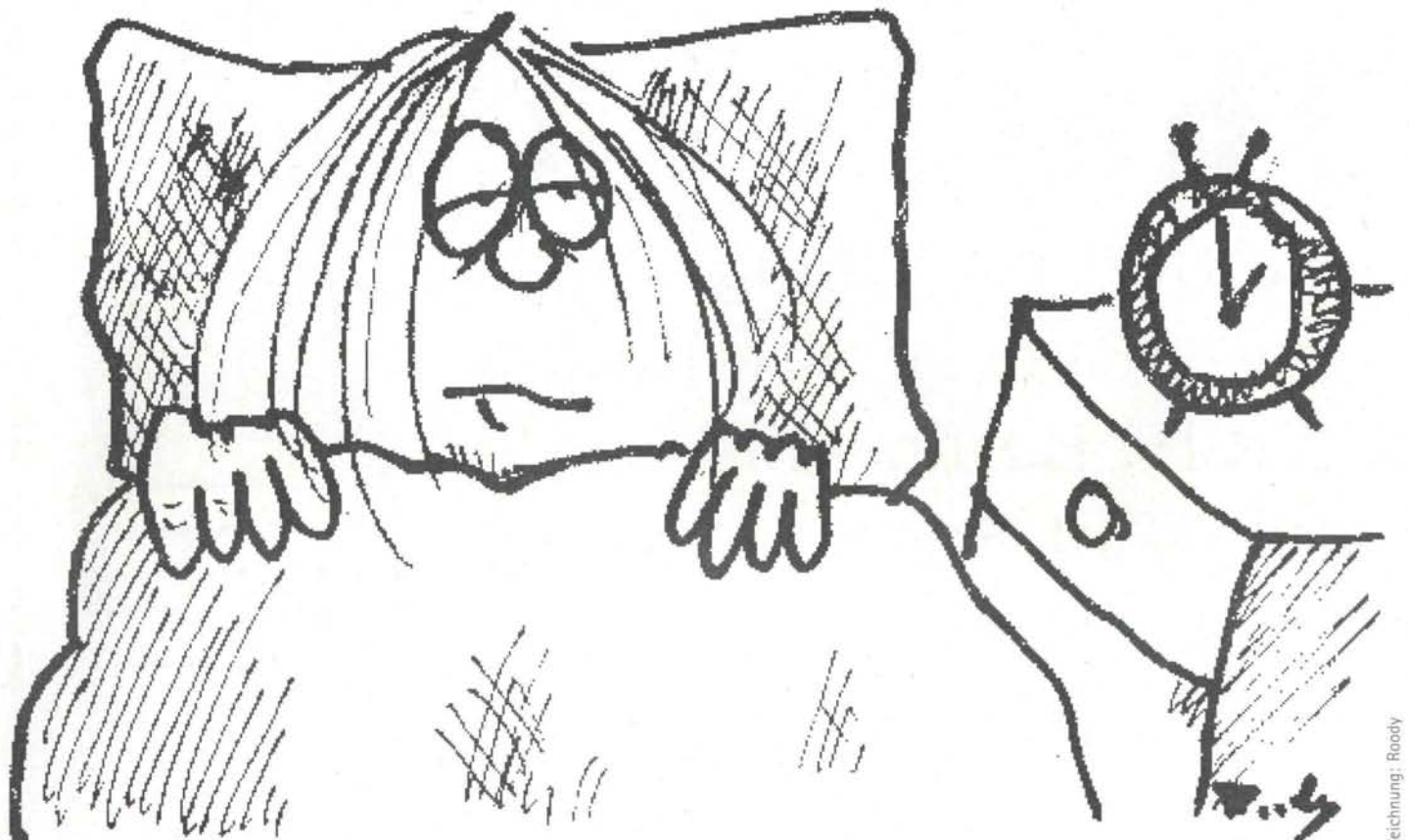
wäge. Ich habe mich als bücherverdrängender Zeitungsleser entpuppt. Zeitungen sind überhaupt das Dollste: Sie dienen der kurzzeitigen Beschäftigung,

bilden so ein bißchen und zerstreuen zugleich. Bei mir bleibt dann immer der Cartoon hängen, und so habe ich den ganzen Tag zu lachen, während ich so überlege, wie ich meine schöne Zeit nun noch füllen könnte. Richtig lästig kann das werden, immerzu dieses: Und was mache ich jetzt?! Plötzlich gibt es sinnvolle und sinnlose Tätigkeiten. Wie menschlich ich bin! Schon steht das ganze Sein in Frage. Eine Arbeit muß her! Aber stupide darf sie nicht sein. Und ist so ein geregeltes Hin- und Hergehete nicht wieder die Umkehrung dessen, was ich mir so lobe: Zeit zum Basteln zu haben? Dumm, daß Weihnachten vorbei ist und im nächsten Quartal so wenig Leute Geburtstag haben. Die Tage vergehen, und mit der Zeit (mit der Zeit, die ich habe) sind sie sich ähnlich: Aufstehen zu früher Stunde klappt nicht, weil ich jedesmal auf den Wecker haue und ausschlafe... ausgedehntes Frühstück, ausgedehnt auch die Tageszeitung zwischen allerlei Kost... mittags wird die hasenverdeckte Stube auf Vordermann gebracht... es folgen, je nach Wetterlage, ausgedehnte Spaziergänge oder diverse Basteleien... ist das ein Leben? Zugegeben – es gibt auch andersverlaufende Tage, ich übertreibe ja gern. Trotzdem ist das alles pensionärshaft! Soll ich mir peinlich sein?

Nie war ich so zeitungsbildet! Nie so ausgeruht! Nie so widersprüchlich!

Ach ich find das einfach toll... total toll... nein, wirklich es könnte nicht besser sein... es ist schon toll...

HeLe





Morgenduft, Rabattenzeit

16. Fortsetzung

Adalbert schäumte vor Wut. Den mit Efeu und Hypotheken überwucherten Kasten loszuwerden, war die eine Sache. Die Gewißheit aber, daß ihn Berte von Wittgenstein nun nie ehelichen würde, steigerte seine Wut ins Unermeßliche. Nicht, daß er großartige Gefühle für die Witwe Wittgenstein hegte, nein – seine Liebe galt der Rente, die ihr der Graf hinterlassen hatte. Er begab sich mit eiligen Schritten zu der Hausbar am anderen Ende des Raumes und trat dabei auf eine Tube Henna, mit deren Resten er den ihm einst so wertvoll erschienenen Marmorfußboden beschmutzte.

König Berti, wie er sich in den ansässigen Wirtshäusern gern nennen ließ, öffnete das antike Schränkchen und mußte zu seinem Leidwesen feststellen, daß der trunksüchtige Kutscher wieder einmal schneller gewesen war – lediglich eine Flasche Kümmerling konnte Adalbert zwischen Chips und Erdnüssen entdecken.

„Paßt zu meiner Stimmung“, flüsterte er geknickt und dachte nun ernsthaft an Selbstmord; vor diesen Stimmungsschwankungen hatte ihn sein Analytiker ja immer gewarnt (es war übrigens der Selbige, den auch Sophie, pardon – Katharina regelmäßig aufsuchte).

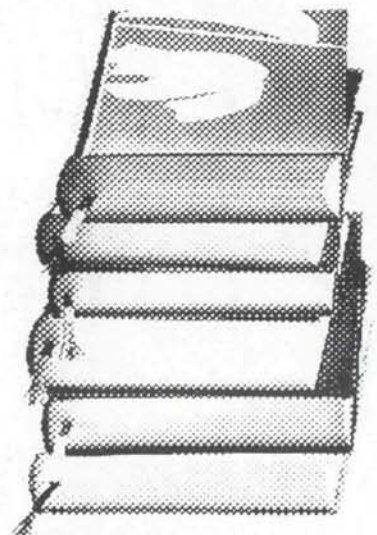
Ein lautes Rülpsen riß ihn aus seinen, ach so gottlosen, Gedanken. Der Kutscher, sternhagelvoll, kam, um ihm mitzuteilen, daß das junge „Frollein“ die Kutsche „und sogar die Pferde, hick“, mitgenommen habe. Das war nun aber doch zuviel! Adalbert schmiß die Schrotflinte, jene, die er eben noch in liebevoller Abschiedsstimmung gestreichelt hatte, zu der leeren Henna-Tube und rief: „Sattel die Pferde!“ Ihm war nun aufgegangen, daß er betrogen worden war; schändlich betrogen sogar! In seiner Eile bemerkte er nicht den volltrunkenen Kutscher auf dem Boden, der Mühe hatte, seinem Herrn nochmals zu erklären, daß es mit den Fortbewegungsmitteln schlecht bestellt sei auf dem Gut. Um seinen Worten Ausdruck zu verleihen, griff der Pferde knecht nach des Betrogenen Stiefelschaft – Adalbert stolperte, trat zum zweiten Mal an diesem unglückseligen Tag auf die verdammte Tube – fiel in die Schrotflinte – und Schuß!

ix

Anzeige

Kiepert an der Humboldt-Uni

Die Buchhandlung
in der Georgenstraße 2,
in 10117 Berlin-Mitte,
nahe Bhf. Friedrichstr.
Telefon 203 99 60
Telefax 208 18 29





zu: UnAuf 81

Lieber Liebesbriefredakteur!

Noch leicht Silvester-bedudelt spähte ich seit dem 2. Jänner (Hartung???) nach UnAuf. Lange vergeblich. Die Angst: Hat man die Zuschüsse gesperrt? UnAuf monetär tot? Gott sei Dank fand ich heute Ihr Blatt in Preußisch-Blau. Krähenfüßig eilte ich in die Profi-Mensa zurück.

Jubeltöne schallten durch den Hinterhof. Ich begoß UnAuf-Freude bei Kellnerin Marion.

Helmut Schinkel

Lieber Herr Schinkel!

Niemals würden wir uns so einfach monetär tot und mittellos machen lassen. Und auch den Versuchen anderer, unsere Zeitung durchs Foyer zu werfen oder sie stapelweise davonzutragen, haben wir uns noch erwehren können.

Ihr Liebesbriefredakteur

zu: UnAuf 81

Liebe UnAuf,

in aller Eile ein HURRA! für die Umbenennung der UnAuf mit neuem Untertitel: Studentinnen- und Studentenzeitung. Wie Ihr gemerkt habt, tut ein bißchen Progressivität nicht weh. Im Gegenteil! Doch solltet Ihr Euch darauf nicht ausruhen: Wo ward Ihr am 15.1.97, einer Podiumsdiskussion über Widerstand an der Universität? Und danach wieder heftig Kritik üben wollen!

Wer guten Journalismus betreiben will, muß sich auch um aktuelle studentische Belange kümmern. Seid es nicht hauptsächlich Ihr, die sich dies ehrbare Ziel auf die Fahnen geschrieben habt? O.K. das nächste Mal, wollt Ihr objektive Berichterstattung leisten, bitte ich Euch in Zukunft auf solchen Treffen zu erscheinen. Nicht nur in Eurem Interesse, es würde viel Arbeit und Verständigungsprobleme ersparen, wenn Ihr Euch auch ein bißchen einbringt, anstatt „nur Meinungsbildung zu betreiben.“

Nicht immer nur schimpfen, reden.

Gruß, Sonja Dreher

Referentin für Fachschaftskoordination im RefRat

zu: UnAuf 81

Liebe Redaktionäre!

Endlich weiß ich, warum meine Briefe immer mal wieder gekürzt werden. Wäre ich eine Leserin und würde Leserinnenbriefe schreiben, könntet ihr nicht kürzen. Zumindest steht's so im Impressum. Trotzdem ein Lob für den Mut zum langen Titel, obwohl mir ja „Die Zeitung der Studierenden an der HUB“ besser gefallen hätte.

Apropos gefallen, sehr gut fand ich das Gespräch zwischen Eva Quistorp und Kathrin Schlieter. Auch wenn es etwas schwer zu lesen war. Aber vielleicht liegt das daran, daß ich ein Mann bin.

Ach ja, ohne letzte Zeile ist mir das Rätsel doch etwas rätselhaft geblieben. HIOB RAUNT wird wohl kaum die Lösung sein, deshalb bitte beim nächsten Mal wieder ein komplettes Rätsel.

Nils Floreck

Lieber Nils Floreck!

UnAuf untersuchte ein repräsentatives Sample von Leserbriefen unter der Maßgabe, eine eventuelle geschlechtsspezifische Diskriminierung bei unseren Kürzungen zu determinieren. Zu unser aller Aufatmen war das Ergebnis negativ: Männliche Liebesbriefschreiber sind bei UnAuf nicht überproportional stark von Kürzung betroffen! Auch ist nicht beabsichtigt, männliche Leser etwa durch besonders subtil geführte Gespräche zu diskriminieren (wie es der Blondinenwitz in UnAuf 78 vielleicht dem sensiblen Leser hätte suggerieren können)... Die Tendenz zum Abschweifen in dem Artikel zum UnAuf-Namenswechsel resultierte vielmehr aus der Intention, die SprachScheinDebatte zu vermeiden und sich stattdessen über alle Sprachgrenzen hinweg zu verbrüÄHHHschwestern.

Kathrin Schlieter

in Umgehung des Liebesbriefredakteurs

Lieber Nils,

am verkürzten Rätsel war – wie so oft – der Compi schuld. Naja, DOSe. Und wenn Du mir jetzt mit „das Problem sitzt immer davor“ kommst, dann hau ich Dir eine. Ehrlich.

der Setzer

dito

SCHLEIF MASCHINENVERLEIH



HOLZ SIEGEL

Mo-Fr 9-18
Sa 10-13 Uhr

Leben auf Holz

Farbdielen oder Parkett
selbst abschleifen
und versiegeln mit
umweltfreundlichem Klarlack!

Prenzlauer Berg: Winsstr. 60
☎ 442 80 60

Friedrichshain: S.-Dach-Str. 13
☎ 291 00 76

Neukölln: Emser Str. 103
☎ 625 11 59 (Nähe Hermannstraße)

Wedding: Brüsseler Str. 8
☎ 454 27 34

Leihgebühr: (incl. Randschleifer):
pro Tag: 25,- / Fr-Mo: 35,-

MATERIALVERKAUF:
robuste Schleifmittel, Öl & Wachs,
strapazierfähige Lacke, Scheuerleisten...



